Freilich
DAS MAGAZIN FÜR SELBSTDENKER

POLITISCHE STUDIE 7

Die Grünen

Konturen einer linksextremen Gruppe

FEBRUAR 2021

Freilich

Das Magazin für Selbstdenker – jetzt abonnieren!

„Haltungs-journalismus? Nicht mit mir.“

Fakten, Reportagen, alternative Meinungen und mehr
jetzt zweimonatlich im FREILICH-Magazin.
Bestellung auf www.freilich-magazin.at

Ausfüllen

Fotografieren

Absenden

E-Mail	abo@freilich-magazin.at
Adresse	Aboservice Freilich Medien GmbH Mandellstraße 7 8010 Graz Österreich
Online	www.freilich-magazin.at

Freilich will ich ein Abo. Ich bestelle 6 Ausgaben als

☐ **Normal-Abo** für € 85,– / Jahr (DE € 94,–)

☐ **Sozial-Abo*** für € 49,– / Jahr (DE € 58,–)

☐ **Förder-Abo** für € 170,– / Jahr (DE € 192,–

Erscheinungsweise zweimonatlich / 6 Ausgaben im Jahr. Das Abo verlängert sich bis auf Weiteres um den angegebenen Zahlungszeitraum zum gültigen Bezugspreis, wenn es nicht vier Wochen vor Ablauf schriftlich gekündigt wird. * Für Schüler, Studenten, Wehrdiener ist ein Nachweis zu erbringen.

Vorname Nachname

Straße Hausnr./Stiege

PLZ Wohnort Land

Telefon E-Mail

Ich will FREILICH verschenken:

◯ **Geschenk-Abo** Lieferanschrift des Abo-Empfängers ▼ Rechnungsanschrift ▲

Vorname Nachname

Straße Hausnr./Stiege

PLZ Wohnort Land

Datenschutzhinweis: Ich bin einverstanden, dass mir schriftlich, per E-Mail oder telefonisch weitere interessante Angebote der Freilich Medien GmbH unterbreitet werden und dass die von mir angegebenen Daten für Beratung, Werbung und zum Zweck der Marktforschung durch den Verlag gespeichert und genutzt werden. **Vertrauensgarantie:** Eine Weitergabe meiner Daten an andere Unternehmen erfolgt nicht. Meine Einwilligung kann ich jederzeit mit Wirkung für die Zukunft widerrufen.

Datum Unterschrift

Inhaltsverzeichnis

1. Wurzeln und Anfänge der österreichischen Grünbewegung 4

1.1 Vorgeschichte und Anfänge 4
1.2 Parteiwerdung und Unterwanderung 6
1.3 Die kommunistischen Wurzeln der Grünen 8

2. Strategien und Ziele 10

2.1 Gewalt und Extremismus 10
2.2 Das Selbstbild der Grünen 14
2.3 Klimakampf ist Klassenkampf 19
2.4 Angst, Schuld und moralische Erpressung 24
2.5 Die Verbotspartei 26

3. Ideologie und inhaltliche Positionen 31

3.1 Nation, Heimat und Landesverteidigung 31
3.2 Zuwanderung, Multikulti und Islam 34
3.3 Ökonomie und Technologie 40
3.4 Kampf gegen rechts 43

4. Die Netzwerke der Grünen 49

4.1 Medien 49
4.2 Kunst und Kultur 54
4.3 Bildung und Wissenschaft 55
4.4 Zivilgesellschaft und NGOs 56

5. Literatur 58

6. Quellenverzeichnis 60

1. Die Geschichte der österreichischen Grünbewegung

„Die Weltanschauung der Partei übertrug sich gewissermaßen am erfolgreichsten auf Leute, die unfähig waren, sie zu begreifen.“[1]

— George Orwell, „1984“

1.1 Vorgeschichte und Anfänge

Die ersten Umweltbewegungen im deutschsprachigen Raum entstanden in der Romantik. Sie waren eine Reaktion auf Industrialisierung und Urbanisierung. Die Natur wurde als das Ursprüngliche, Echte, Gesunde gesehen. Es entwickelten sich unterschiedliche Strömungen, wie die Heimatschutzbewegung, die Lebensreformbewegung oder die Anthroposophie. Auch in den USA begann Anfang des 19. Jahrhunderts die Debatte über den Schutz von Natur und Landschaft. Das erste US-Naturschutzgebiet, der heutige Yosemite-Nationalpark in Kalifornien, entstand 1864.

Die Bewegungen, die man unter dem Begriff „Lebensreform“ zusammenfasst, waren vor allem in Deutschland und der Schweiz verbreitet. Ihr Motto: Zurück zur Natur. Man propagierte eine naturnahe Lebensweise ohne Genussmittel, mit ökologischer Landwirtschaft, vegetarischer Ernährung, Reformkleidung und Naturheilkunde[2]. 1883 wurde der „Deutsche Verein für Naturheilkunde und für volksverständliche Gesundheitspflege“ gegründet. 1913 hatte er rund 148.000 Mitglieder.

Natur- und Heimatschutz war eine Domäne der Bürgerlichen und Rechten. Die kulturpessimistischen, lebensreformerischen Bewegungen gingen bruchlos im Nationalsozialismus auf. Dort blieben sie allerdings aufgrund ihres Antimodernismus nur eine Randerscheinung.

„Überall griff eine rücksichtslose industrielle Ausbeutung zerstörend in die Lebensgenossenschaften des Erdballs und brachte vorübergehenden Nutzen oder der Eitelkeit des weißen Menschen die Zierde unserer Mutter Erde zum Opfer. Da ist es dann wohl angebracht, dass auch der wissenschaftliche Forscher aufsehe von seinen Büchern und Instrumenten und seinen Blick aus dem Laboratorium hinauswerfe, um mit Schrecken zu erfahren, dass wir einer traurigen Verarmung unserer allgeliebten Natur entgegengehen, dass, wenn wir nicht energisch eingreifen im Sinne ihres Schutzes, wir verstummen müssen vor den Anklagen, welche schon eine nahe Zukunft uns entgegenschleudern wird, dass wir ihr, aus dumpfem Hinbrüten zu spät erwachend, eine verödete Welt hinterlassen haben; darum: Wachet auf! ruft auch uns der Wächter Stimme, und da nun die Welt erobert ist, gilt jetzt, die Welt zu erhalten.“[3]

— Paul Sarasin, 1910

Auch nach dem Zweiten Weltkrieg kam „erster ökologischer Widerstand vorerst von biologistischen und rechtskonservativen Zirkeln“. Umweltschutz, Naturliebe und Zivilisationspessimismus blieben weiterhin Themen und Anliegen konservativer Kreise.

1973 verhinderte eine Bürgerinitiative die Verbauung des Sternwarteparks im 18. Bezirk in Wien. Diese erste grüne Manifestation in Österreich wurde nicht von Linksalternativen, von ’68ern getragen, der Widerstand gegen die Zerstörung von städtischem Naturraum kam von Honoratioren aus dem 18. Bezirk, der Österreichischen Umweltschutzbewegung (USB) und der „Kronen Zeitung“. Die USB trat 1978 unter anderem Namen bei der Wiener Gemeinderatswahl an. Spitzenkandidaten waren Funktionäre der rechten „Volkssozialistischen Arbeiterpartei“[4].

Mit der ’68er-Bewegung kamen Umweltschutz und Fortschrittsfeindlichkeit auch auf die Agenda der Linken. Für dieses politische Milieu war das 1972 vom Club of Rome herausgegebene Buch „Die Grenzen des Wachstums“ eine Initialzündung.

Diese alarmistische Studie, die mit simplen Modellen das baldige Ende von Rohstoffen wie Erdöl prophezeite, sorgte für ein Umdenken bei vielen Linken. Der bis dahin in diesen Kreisen verbreitete Fortschrittsoptimismus schlug in einen „wachstumsdogmatischen Strukturkonservatismus“[5] und eine sich schnell verbreitende Technikfeindlichkeit um. Der Alarmismus, Kulturpessimismus und die Verkündigung des drohenden Weltunterganges ist neben dem marxistischen Fundament zum zentralen Element linksalternativer bzw. grüner Politik geworden.

Ressourcenknappheit, Umweltverschmutzung und -zerstörung sind seither Themen, die die mediale Berichterstattung und den öffentlichen Diskurs im Westen und vor allem im deutschsprachigen Raum bestimmen, vom Waldsterben über das Ozonloch bis zum rezenten Klimaalarmismus. In den 1970ern entstehen im ganzen Land Initiativen und Protestbewegungen, die sich vor allem gegen Großprojekte richten. Es ist das Jahrzehnt der Bürgerinitiativen, was zu einer Politisierung vieler Menschen außerhalb des traditionellen Parteienspektrums führt. Damals gab es, wie Wolfgang von Geldern von der CDU analysierte, rote, braune, bunte und grüne Grüne[6].

Solche Protestbewegungen entstehen anfänglich im gesamten politischen Spektrum. Vom rechten bis zum linken Rand. Wobei die Linken diese neuen politischen Strömungen dominieren. Historisch bedeutend für die österreichische linksalternative Szene ist die Besetzung eines ausgedienten Schlachthofes in St. Marx in Wien im Jahr 1976. Die „Arena-Bewegung" war ein Sammelbecken linker Künstler, Medienleute und Politaktivisten, sie war der Ausgangspunkt für viele weitere solcher Gruppen und Aktionen.

„Die vielen zunächst heterogenen Gruppierungen – von extrem linken K-Gruppen bis zu eher deutschnationalen Romantikern –, die letztlich zur grünen Bewegung verschmolzen, einte nicht ein Konzept zur Verbesserung gesellschaftlicher Problemlagen. Die gemeinsame Klammer dieser verschiedenen Gruppen war vielmehr die soziale Herkunft aus einem ‚radikalisierten Teil' des deutschen Bildungsbürgertums und dessen vor- bzw. antimoderner Vorstellungswelt."[7]

— Manfred Güllner, 2012

Bestimmenden Einfluss gewinnen die linken und linksextremen Kräfte, die frühzeitig das Potenzial dieser überall entstehenden Bürgerinitiativen und der „sozialen Bewegungen" erkannten. Diese neuen politischen Gruppierungen engagieren sich vor allem in der Umwelt-, Friedens- und Frauenpolitik. Dabei stehen in der ersten Phase weniger konkrete Probleme im Mittelpunkt, die Entstehung dieser Bewegungen beruht nach einer von Ronald Ingelhart entwickelten These auf einem „Wertewandel", wonach in entwickelten Gesellschaften die materialistischen Ziele der „Alten Politik" – wie Wohlstand und soziale Sicherheit für alle Schichten – ersetzt werden durch postmaterialistische Ziele einer „Neuen Politik" – wie sexueller Freiheit, alternativen Lebensentwürfen, Minderheitenrechten, umfassender politischer Teilhabe.[8]

Kommunistische Gruppen und Grüppchen der '68er-Generation waren die „Ursuppe, aus der sich die späteren Grünen konstituierten"[9]. Für sie ist Umweltschutz kein echtes, nicht ihr primäres Anliegen, sondern Mittel zum Zweck, das Vehikel, um ihre gesellschaftspolitischen, antikapitalistischen, marxistischen Utopien umzusetzen. Der Umweltschutz ist nur der Hebel für den linken Systemwandel.

Waren solche Bewegungen anfangs zumeist lokal und isoliert gewesen, entsteht mit dem Kampf gegen die Kernkraft erstmals eine österreichweite, heterogene Bewegung. Sie ist für die bürgerlichen Grünen und vor allem für die Linksalternativen von elementarer Bedeutung. Die Anti-AKW-Bewegung wurde in ihren Anfängen, die bis in die 1960er zurückreichen, von konservativen Kräften getragen, etwa dem

Foto: Quelle: trend 2/1992

Der Revolutionäre Marxist Peter Pilz bei einer Anti-AKW-Demo 1979.

„Verband zum Schutz des Lebens", der gegen ein geplantes AKW in St. Pantaleon[10] in Oberösterreich kämpfte.

1976 konstituiert sich eine bundesweite Dachorganisation der AKW-Gegner. Sie wird vom maoistischen „Kommunistischen Bund"[11] dominiert, der gegen die „imperialistische Energiepolitik" mobilisiert. Viele andere linke und linksextremistische Gruppen schwenken auf diesen Kurs ein, darunter die „Gruppe Revolutionärer Marxisten", der unter anderem Peter Pilz angehört. Auch die Arena-Leute schließen sich der Anti-AKW-Bewegung an, darunter Willi Resetarits und viele andere Künstler, die in den folgenden Jahrzehnten das heimische Kulturgeschehen und die Politik beeinflussen werden.

Erster Höhepunkt ist eine Demo in Tulln im Juni 1977, an der rund 7000 Menschen teilnehmen. Einer der führenden Köpfe der Anti-AKW-Bewegung ist damals Alexander Tollmann, der später immer mehr ins Verschwörerische abdriftet.

1978 kommt es zur Volksabstimmung über die Inbetriebnahme des Atomkraftwerkes Zwentendorf. SPÖ, Sozialpartner und FPÖ sprechen sich dafür aus. Auch die moskautreue KPÖ, was viele ihrer Anhänger ins linksalternative Lager wechseln lässt. Eine Woche nach der Abstimmung, die die Zwentendorf-Gegner mit 50,5 % knapp für sich entscheiden können, findet in Graz unter dem Titel „Erstes gesamtösterreichisches Alternativentreffen" eine Art Siegesfeier statt.

Neben der Anti-AKW-Bewegung entsteht auch in Salzburg eine neue politische Kraft. Der B-Movie-Schauspieler Herbert Fux engagiert sich dort für den Schutz der historischen Stadtlandschaft. Die auch von lokalen Honoratioren unterstützte Bürgerliste erreicht 1977 bei den Salzburger Gemeinderatswahlen 5,6 %. Sprecher dieser lokalen Initiative ist von 1977 bis 1982 Johannes Voggenhuber.

Eine wichtige Persönlichkeit der frühen grünen Bewe-

gung ist der frühere Sozialdemokrat Josef Buchner, der mit seiner „Steyregger Bürgerinitiative für Umweltschutz" bei den Gemeinderatswahlen 1979 18 % erreicht, Vizebürgermeister der oberösterreichischen Stadt wird und später eine wichtige Rolle bei den bürgerlichen Grünen, der VGÖ, spielt.

1.2 Parteiwerdung und Unterwanderung

Anfang der 1980er-Jahre gewinnt die zum Teil von der DDR gesteuerte bzw. unterwanderte[12] Friedensbewegung an Bedeutung. Sie steht wie die Umweltbewegung, mit der es große Überschneidungen gibt, am Anfang der grünen Bewegung. Die alternative Linke marschiert gegen das nukleare Auf- und Wettrüsten, wobei sich die Kritik und der Protest entsprechend der ideologischen Ausrichtung vor allem gegen die USA und die NATO richten.

Nach Zwentendorf werden in ganz Österreich aus Bewegungen, Initiativen und Vereinen Parteien, es entstehen quer durchs Land Wahllisten. Zwei Strömungen kämpfen um die grüne Vorherrschaft: die eher bürgerlichen „Vereinten Grünen Österreichs" (VGÖ) und die linke bis linksextreme „Alternative Liste Österreichs" (ALÖ).

Vor der Nationalratswahl 1983 verhandeln VGÖ und ALÖ über eine gemeinsame Kandidatur. VGÖ-Chef Alexander Tollmann lehnt eine Zusammenarbeit mit der „linksextremen"[13] ALÖ ab. Bei der Wahl am 12. April 1983 scheitern die VGÖ mit 1,93 % der Stimmen klar am Einzug in den Nationalrat, obwohl sie in den Umfragen bis kurz vor der Wahl gut im Rennen lagen. Grund für den Absturz war ein Interview mit Herbert Fux in der von den Brüdern Fellner gegründeten Zeitschrift „Basta". In dem Interview sprach Fux von seinem ausschweifenden Sexualleben. Das Gespräch war von „Basta" weitgehend frei erfunden worden, der Ruf von Fux und den bürgerlichen Grünen aber war zerstört.

Vereinzelt kooperieren VGÖ und ALÖ auf Bundesländerebene. Erfolgreich ist aber nur der Zusammenschluss in Vorarlberg. Dort ziehen die Grünen 1984 mit ihrem Spitzenkandidaten, dem Biobauern Kaspanze Simma, mit 13 % in den Landtag ein. Heute spricht Simma enttäuscht von seiner Partei, sie habe sich zu weit links positioniert.

Auch die linke Alternative Liste selbst ist gespalten. Hier konkurrieren Graz und Wien, der linke und der linksextreme Flügel miteinander. Die steirische Hauptstadt ist das Zentrum der etwas gemäßigteren ALÖ, die Wiener bewegen sich am äußeren linken Rand. Hier stehen sich „Maoisten, Trotzkisten, linke Gewerkschafter, Ex-KPÖler, Öko-Fundamentalisten sowie unorganisierte ‚Spontis' gegenüber".[14] Die ALÖ schafft es – wie auch die VGÖ – 1983 nicht in den Nationalrat, trotz kräftiger Unterstützung durch die grünen Vorfeldorganisationen GLOBAL 2000[15] und Greenpeace, die mediengerecht während des Wahlkampfes Schornsteine besetzen.

Auftrieb bekommt die grüne Bewegung nach diesem desaströsen Wahlergebnis durch den Konflikt um Hainburg. Neben der „Kronen Zeitung" engagieren sich zahlreiche Promis gegen den Bau des Donaukraftwerkes. Bei der „Pressekonferenz der Tiere" zum Start der Intensivkampagne sind Günther Nenning (SPÖ, ORF-Moderator), der Wiener Stadtrat Jörg Mauthe (ÖVP), Peter Turrini, Othmar Karas (ÖVP) und sogar Hubert Gorbach (FPÖ) dabei. Unterstützung kommt unter anderem von Freda Meissner-Blau (SPÖ), Friedensreich Hundertwasser und Arik Brauer.

Die von zahlreichen Prominenten und Medien unterstützte Bewegung setzt Bundeskanzler Fred Sinowatz erfolgreich unter Druck und verhindert den Bau, obwohl die Zustimmung der Bevölkerung zur Errichtung des Donaukraftwerkes während der Besetzung, der Proteste und der „Kronen-Zeitung"-Kampagne ansteigt.

ALÖ und VGÖ spielen in Hainburg keine entscheidende Rolle. Der von der SPÖ ausgeschlossene Günther Nenning gründet die „Bürgerinitiative Parlament" (BIP), eine Art Promi-Wahlplattform, der sich Bürgerlisten-Stadtrat Johannes Voggenhuber, Peter Pilz und mehrere Vertreter der ALÖ anschließen. Anfang 1986 beschließt die BIP, bei der Bundespräsidentenwahl Freda Meissner-Blau zu unterstützen. Meissner-Blau erreicht 5,5 % der Stimmen. Das ist der erfolgreiche Probelauf für die kommende Nationalratswahl.

Das linksalternative, linksextreme und grüne Lager ist zu diesem Zeitpunkt unübersichtlich und zersplittert, es gibt unterschiedlichste Parteien, Gruppierungen, Bewegungen, Abspaltungen und Wahlplattformen. Nenning, der mit Hainburg große Bekanntheit erlangt hat, will, dass die Grünen „mit beiden Flügeln fliegen", also mit einem rechten (bzw. was Nenning darunter versteht) und einem linken. Dieses Bündnis kommt nicht zustande. Freda Meissner-Blau und Pius Strobl gründen stattdessen „Die Grüne Alternative – Liste Freda Meissner-Blau".

Das stößt im linksalternativen Lager nicht auf ungeteilte Zustimmung. Meissner-Blau wird vor allem von den linksradikalen Wienern angefeindet. Es kommt, wie der „Falter" berichtet, „zu hasserfüllten Wortgefechten"[16]. Bei einer der vielen Sitzungen bezeichnet Freda Meissner-Blau die GRAS (eine Wiener Abspaltung der ALÖ) als „linkslinks" – was aus dem Mund einer Linken etwas heißen mag – und als „kommunistische Putschisten"[17]. Danach fällt sie in Ohnmacht. Peter Pilz versucht in der linken Wochenzeitung „Falter", die Wogen zwischen den Linken und dem linken Rand zu glätten: „Und Kampf gegen die Linken führen wir keinen. Können wir auch gar nicht, weil wir keine Lust haben, gegen uns selbst zu kämpfen."[18] Es kommt trotzdem zum Bruch. Viele Personen aus dem linkslinken Wiener

Lager tauchen allerdings später bei den Grünen wieder auf.

Die gemäßigten und zum Teil wertkonservativen bzw. bürgerlichen Kräfte werden in der Anfangszeit der Grünen rasch vom linken Flügel verdrängt. Die grüne Bewegung wird politisch gesäubert. In den 1990er-Jahren spielen Bürgerliche innerhalb der Grünbewegung kaum noch eine Rolle. Umweltschützer wie Nobelpreisträger Konrad Lorenz, der die Galionsfigur der heimischen Anti-AKW-Bewegung und Namensgeber des Konrad-Lorenz-Volksbegehrens gegen den Bau des Donaukraftwerkes Hainburg wird, dienen vor allem dazu, für eine größere und breitere Akzeptanz in der Bevölkerung zu sorgen. Nach der Etablierung der Bewegung werden mehr oder weniger alle nichtlinken Umweltschützer verdrängt. Fortan ist auch nicht mehr der Umweltschutz, sondern der „Kampf gegen rechts" der politische USP der Grünen. Zwentendorf und Hainburg sind sozusagen Türöffner für die neuen linken Kräfte.

Am 13. September 1986 wird Jörg Haider am FPÖ-Parteitag in Innsbruck zum neuen Parteichef gewählt. Bundeskanzler Franz Vranitzky löst die SPÖ-FPÖ-Koalition auf, die Nationalratswahl wird vorgezogen. Die „Grüne Alternative – Liste Freda Meissner-Blau (GRÜNE)" wird gegründet und schafft mit 4,82 % der Stimmen den Einzug ins Parlament. Für die bürgerlichen VGÖ bedeutet dieser Sieg mehr oder weniger das Ende, auch wenn zwei VGÖ-Vertreter, Josef Buchner und Herbert Fux, aufgrund eines Übereinkommens Sitze im Nationalrat bekommen. Die bürgerlich orientierten Grünen sind damit Geschichte. Die Linken haben sich nach einer turbulenten Anfangsphase durchgesetzt. Wo Freda Meissner-Blau politisch stand, unterstrich sie auch noch im hohen Alter von 85 Jahren: „Mit dem Kapitalismus wird es nicht gehen. Aus, Punkt"[19], sagte sie im März 2012.

„Bis heute sind die Grünen eine kleine Partei geblieben, aber ihre Anliegen haben das ganze Land politisch und gesellschaftlich durchdrungen. Sie fanden besonders viele Anhänger in den akademischen Milieus, bei Studenten, Lehrern, in den Medien, bei Kulturschaffenden aller Art, was ihre kulturelle Dominanz erklärt."[20]

— Giovanni di Lorenzo, Chefredakteur „Die Zeit"

Mit dem Einzug ins Parlament können sich die Grünen als neue politische Kraft etablieren. Die linken Ideologen haben sich durchgesetzt, die konservativen Umweltschützer versinken rasch in der Bedeutungslosigkeit. Fortan dienen der Umweltschutz und die Warnung vor dem baldigen Weltuntergang den Grünen vor allem als Vorwand und politisches Macht- und Steuerungsinstrument, um ihre gesellschaftspolitischen Ziele und Utopien durchzusetzen. Mit dem neuen Kurs der FPÖ und ihres Chefs Jörg Haider haben die Grünen zudem ein zweites politisches Standbein. Sie positionieren sich als Bollwerk „gegen rechts".

Die Partei wird von den wenigen verbliebenen Nichtlinken gesäubert. Josef Buchner, einziger grüner Bürgerlicher im Nationalrat, wird nach nur wenigen Monaten aus dem Parlamentsklub ausgeschlossen und als „reaktionärer Lump"[21] beschimpft. Grünen-Abgeordneter Karl Smolle nach seinem unfreiwilligen Abgang 1990: „Abweichlertum wird heute bei den Grünen im Stile der Volksgerichtshöfe unseligen Andenkens bestraft. [...] In Zukunft geben sowohl in der Partei als auch in der Parlamentsfraktion die SP- und KP-Dissidenten den Ton an."[22] Die Grünen werden zum Tummelplatz für Kommunisten, Autonome, Maoisten und '68er.

„Nach 27-jähriger Unterbrechung zieht wieder eine Gruppierung links von der SPÖ ins Hohe Haus ein. Mit wieviel Sehnsucht haben wir 68er, KP-Dissident/innen, linke SPler/innen, Feministinnen, Alternative, Autonome, Projektfrauen und -männer auf diesen Augenblick gewartet!"

— Zeitschrift „Grün", Jänner/Februar 1987

SPÖ-Sozialminister Jousef Hesoun warnt bereits 1984: „Wenn KPÖ-Parteiobmann Muhri auf dem letzten Parteitag zum Ausdruck brachte, daß sich seine Partei in den grünen Reihen gut etablierte habe, dann mußte das für uns ein alarmierendes Signal sein."[23]

Hesoun ist zu Recht alarmiert. Kommunisten, Autonome und Anarchisten, die sich mit wenig Erfolg in Kleinparteien, Vereinen und Studentengruppen engagieren, wollen nicht mehr länger außerparlamentarische Opposition sein, sondern mithilfe und als Teil der Öko-Bewegung das Land und seine Gesellschaft endlich auch aus den Volksvertretungen, den Gemeinderäten, Landtagen und Parlamenten heraus verändern. Der Umweltschutz und die Öko-Bewegung sind nur das Vehikel, Menschen, denen die Umwelt tatsächlich am Herzen liegt, sind für diese Kräfte vor allem nützliche Idioten.

Eine Strategie, die man aus Deutschland übernommen hat. 1978 schreibt der „Spiegel": „Die Umweltschützer, die sich auf grünen Listen bundesweit an Wahlen beteiligen wollen, sind zerstritten. Die Unterwanderung durch Radikale spaltet die Bewegung." Und weiter: „In den Bürgerinitiativen war es Kadern der maoistisch ausgerichteten Gruppen Kommunistische Partei Deutschlands (KPD), Kommunistische Partei Deutschlands – Marxisten/Leninisten (KPD/

ML), Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW) und Kommunistischer Bund (KB) zumindest gelegentlich gelungen, sich an die Spitze der Bewegung zu setzen und Demonstrationen gegen Kernkraftwerke zu gewalttätigen Konfrontationen mit der Polizei zu eskalieren."[24]

„Es ist vermutlich kein Zufall, dass sich unter ihnen [den Grünen, A. d. V.] ehemalige oder gescheiterte Linksextremisten wiederfanden, von Rudi Dutschke über Antje Vollmer und Jürgen Trittin bis zum heutigen Ministerpräsidenten Baden-Württembergs, Winfried Kretschmann. Wie dieser waren einige vorher in K-Gruppen aktiv und hatten sich damit abgefunden, dass die Übernahme der Macht zum Beispiel über den Kommunistischen Bund Westdeutschlands oder die Kommunistische Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten eher unwahrscheinlich war, jedenfalls zu ihren Lebzeiten."[25]

— Giovanni di Lorenzo, Chefredakteur „Die Zeit"

Ein Umweltschützer spricht in dem „Spiegel"-Artikel von „systematischer Wühlarbeit und Unterwanderung"[26] der Kommunisten. Und der ehemalige CDU-Mann Herbert Gruhl, der erste Grüne im Deutschen Bundestag, beklagt die „linke Unterwanderung"[27] seiner Bewegung.

Auch in Österreich erkennt die Linke, welche Möglichkeiten, welches Potenzial die neuen sozialen Bewegungen und der Umweltschutz bieten: „Die kommunistische Partei hat keine Zukunft. Das ist bitter, aber wahr. Bitter nicht nur für die vielen und aufrechten kritischen Genossen in der KPÖ, sondern auch bitter für die gesamte Linke. [...] Die KPÖ ist für die alternative und radikale Linke vor allem als Konkursmasse interessant"[28], schreibt Franz Schandl, Mitgründer der Grünen Alternative, in der grün-alternativen Zeitschrift „MOZ" im Jahr 1990.

Als 1992 die Sozialistische Jugend fünf Mitglieder ausschließt und mehrere Wiener Bezirksgruppen vorübergehend auflöst, weil diese von „trotzkistischen Gruppen" unterwandert worden sind, „die außerhalb der demokratischen Struktur Parallelorganisationen aufgebaut haben"[29], bieten ihnen die grünen Wiener Gemeinderäte Peter Pilz und Susanne Jerusalem politisches Asyl an. Kommunisten, Trotzkisten sind bei den Grünen offenbar willkommen, auch wenn sie außerhalb „demokratischer Strukturen" agieren.

1.3 Kommunistische Wurzeln

Das sollte nicht verwundern. Schließlich hat Peter Pilz, nachdem er aus dem Verband Sozialistischer Studenten

Foto: trend 2/1992

Linker Klassiker: Peter Pilz mit seiner Arbeitsbrigade auf Kuba.

(VSStÖ) wegen „trotzkistischer Abweichung"[30] ausgeschlossen wurde, seine politische Karriere bei der „Gruppe Revolutionärer Marxisten" fortgesetzt. Er ist der prominenteste kommunistische Revolutionär, der bei den Grünen gelandet ist, aber nicht der einzige, auch Ali Gonner oder Franz Floss kommen aus der GRM. Als linksradikale Studententruppe können Pilz und Co. von der sozialistischen Weltrevolution nur träumen. 1976 schreibt die GRM: „Wir wissen, daß wir hinter unseren europäischen Genossen weit zurück sind. So wie auch der proletarische Klassenkampf in Österreich noch sehr unterentwickelt ist."[31]

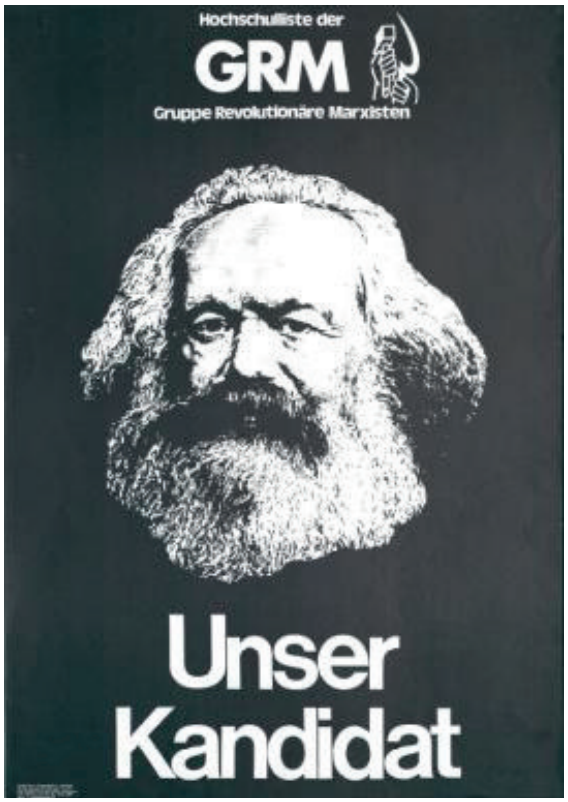
Mit den Grünen können sie nun den Klassenkampf von der Straße und den Universitäten in die Volksvertretungen tragen. Der angestrebte Systemwechsel wird realistischer. Die Revolutionären Marxisten, die sich später in SOAL umbenennen, docken bei den Grünen an: „Eine Politik innerhalb der Grünen zu verfolgen, die auf Klassenwidersprüche hinweist und eine sozialistische Perspektive angibt."[32] Franz Floss, Bundesgeschäftsführer der Grünen 1990–1992 und 2002–2004, schreibt: „Teile der SOAL arbeiten bei der Grünen Alternative mit, weil es hier Möglichkeiten/Ansätze gibt für die Entwicklung eines Protestpotentials [...]."[33]

Die Grünen sind, nachdem man die Partei von bürgerlichen, konservativen und linksliberalen Personen und Ansätzen gesäubert hat, an den linken politischen Rand gerückt. So haben nicht nur Kommunisten bei den Grünen eine neue politische Heimat und ein Betätigungsfeld gefunden, die Grünen bieten auch SPÖ-Politikern und -Funktionären eine attraktive Alternative, denen die Sozialisten zu wenig links und alternativ sind. Günther Nenning, Freda Meissner-Blau, Terezija Stoisits, Alexander Van der Bellen und viele andere wechseln zu den deutlich weiter links aufgestellten Grünen. Diese personellen Wechsel auf der einen Seite und der wachsende Einfluss der Grünen auf die Politik der SPÖ auf der anderen haben

nicht nur eine gegenseitige ideologische Durchdringung und Annäherung, sondern auch einen deutlichen Linksruck im ganzen Land zur Folge.

Die zahlreichen Verbindungen und inhaltlichen Überschneidungen der Grünen mit linken bis linksradikalen Gruppen existieren bis heute, die Grünen haben eine Scharnierfunktion zwischen Linksalternativen und Linksradikalen.

Viele prominente Grüne sind im kommunistischen bzw. linksradikalen Umfeld sozialisiert worden. Birgit Hebein, Chefin der Wiener Grünen und Koalitionsverhandlerin, begann ihre politische Karriere im kommunistisch-gewerkschaftlichen Umfeld; sie war in der Volxtheaterkarawane engagiert, bei der ARGE Wehrdienstverweigerung (Gruppe für Totalverweigerung)[34], und sie ist Schriftführerin der kommunistischen Freien Jugend Österreich (FÖJ), die auch das linksradikale Magazin „Akin" (Aktuelle Informationen) herausgibt. In einem Interview mit dem Blatt beklagt sie 2012: „Und ja, die Revolution hat halt noch nicht stattgefunden und ja, die Strukturen verändern sich extrem langsam."[35]



Radikale Kleingruppe mit wichtigem Kandidaten und später bedeutenden Mitgliedern: die GRM.

„Die grüne Partei wird nur verständlich, wenn man ihre Geschichte aus ihren gewalttätigen Tagen von ihren teils DDR-unterwanderten Anfängen über den bürgerkriegsähnlichen Wahnsinn der Frankfurter Spontiszene um Joschka Fischer und Daniel Cohn-Bendit und die brutalen Demonstrationen gegen die Frankfurter Startbahn West oder gegen Atomkraftwerke oder gegen jedes sogenannte Großprojekt, das sich irgendwo auftut, verfolgt und einordnet."[36]

— *Bettina Röhl*

Die Grünen sind nicht nur ein Sammel- und Auffangbecken für Kommunisten, Maoisten und Anarchisten, sie sind auch zu einer ideologischen Ausbildungsstätte für politische Nachwuchskräfte geworden. Manchmal sind die den erwachsenen Grünen aber zu wenig weit links, zu wenig revolutionär. Nach einem Streit schließen die Grünen 2017 ihre Jugendorganisation, die Jungen Grünen, aus der Partei aus. Michel Reimon, damals grüner EU-Abgeordneter, wettert auf Facebook: „Das sind lauter kleine Kurz-Kopien. Karrieristen, keine Revolutionäre."[37] Dass Reimon die „Jungen Grünen" offenbar zu gemäßigt sind, verwundert ein wenig, zumal sich die Jungen Grünen kurz darauf der KPÖ anschließen. Sie treten gemeinsam mit den einst moskautreuen Kommunisten unter dem Namen KPÖ PLUS bei den Nationalratswahlen 2017 an und erleiden mit etwas mehr als 1 % Schiffbruch.

Während der Migrationskrise im Herbst 2015 verlieren die Grünen durch ihre radikale Open-borders-Politik an Zustimmung, das Image der Partei ist angekratzt, die Grünen werden von der Öffentlichkeit zunehmend als politische Besserwisser, Oberlehrer und spießige Verbotspartei wahrgenommen. 2017 erreichen sie nur 3,8 % und sind damit erstmals seit 1986 nicht mehr im Nationalrat vertreten. Das politische Comeback gelingt den Grünen zwei Jahre später. Daran haben sie selbst wenig Anteil, da sie bis auf die Außenkommunikation keinen erkennbaren politischen Kurswechsel vollziehen und auch personell keine echte Neuaufstellung gelingt. Die Grünen profitieren von der Krise der Sozialdemokratie, dem zwischenzeitlichen Abschwellen der Massenzuwanderung, der Klimabewegung um Greta Thunberg und vor allem von der massiven Unterstützung der Mainstreammedien. Diese sorgen mit wohlwollender bis offen propagandistischer Berichterstattung für den Wiedereinzug ins Parlament und später auch für eine Regierungsbeteiligung der Grünen. Ohne die mediale Unterstützung, ohne den massiven medialen Druck wäre der politische Erfolg der Grünen nicht denkbar.

2. Strategien und Ziele

2.1 Gewalt und Extremismus

Die Grünen, die ihre Wurzeln unter anderem in der Friedensbewegung haben und sich von Anfang an für Abrüstung, Waffenverbote, Entmilitarisierung, ja für die Abschaffung unseres Bundesheeres eingesetzt haben, pflegen ein schlampiges Verhältnis zu Gewalt und Extremismus. Trotz oder weil man sich die Gewaltfreiheit auf die Fahnen heftet. Sie wird im grünen Grundsatzprogramm als einer der Grundwerte der Partei angeführt[38].

Gewaltfreiheit bzw. Pazifismus bedeuten allerdings nicht, dass man grundsätzlich gegen Gewalt ist. Der Sozialist und Pazifist Kurt Hiller: „Der revolutionäre Pazifismus hat immer wieder ausgesprochen, dass Pazifismus eine Doktrin des Ziels, nicht des Weges ist; dass der Weg zum Ziel durch Blut führen kann."[39] Kurt Tucholsky bezeichnete diese Haltung als „militanten Pazifismus". In dieser Tradition standen und stehen viele Grüne. Gewalt ist ein legitimes Mittel zur Erreichung einer utopischen Gewaltfreiheit. So stellen viele Grüne indirekt das staatliche Gewaltmonopol infrage und verteidigen, relativieren und verharmlosen linke Gewalt bis hin zum Terrorismus.

Das Ziel bzw. der Zweck rechtfertigen die Mittel: Rechtsbrüche, Gewalt, passiver und aktiver Widerstand gegen die Staatsgewalt sind für große Teile der „Neulinken" legitime Mittel zur Umsetzung ihrer politischen Ziele. Gerechtfertigt wird Gewalt von links unter anderem mit der Notwehr gegen eine aggressive und repressive Staatsmacht. Dazu gehören auch die überschießende Kritik, Verteufelung, Abwertung und Kriminalisierung der Sicherheitskräfte durch Grüne und Mainstreammedien, vor allem nach Einsätzen gegen gewalttätige linke Politaktivisten. Eines von unzähligen Beispielen dafür sind etwa die Reaktionen der Grünen auf einen Polizeieinsatz gegen gewalttätige linke Demonstranten 2014. „Die extrem gewalttätigen Übergriffe seitens der Polizei an der Demonstration gegen den Aufmarsch der Identitären verurteilen wir auf das Schärfste"[40], hieß es seitens der GRAS (Grüne & Alternative Student_innen). Der grüne Justizsprecher Albert Steinhauser: „Wenn PolizistInnen im Einsatz exzessiv vorgehen, schützt sie zu Unrecht die totale Anonymität"[41]. Auslöser für diese heftige Kritik an der Polizei war unter anderem die Behauptung, eine schwangere Demonstrantin habe nach dem brutalen Polizeizugriff ihr Kind verloren. Dieses Gerücht, das unter anderem von den Organisatoren der Demonstration, der „Offensive gegen rechts", gestreut und von den meisten Mainstreammedien ungeprüft übernommen wurde, stellte sich später als als linke Fake News heraus[42].

Deutschland stand in den 1970er- und 1980er-Jahren im Bann des RAF-Terrors. Die Linksextremisten überzogen das Land mit Gewalt und ermordeten 33 Menschen. Zwischen der Roten Armee Fraktion und den Grünen bzw. dem grünen Umfeld gab es zahlreiche nachweisbare Verbindungen. Brigitte Heinrich wurde verurteilt, weil sie Handgranaten bzw. Tretminen für eine Nachfolgeorganisation der Baader-Meinhof-Bande nach Deutschland schmuggelte. Nach Verbüßung ihrer Haftstrafe wurde ihr von den hessischen Grünen ein Listenplatz für die Europawahl angeboten[43]. Hans-Christian Ströbele, von 2002 bis 2009 stellvertretender Vorsitzender der Bundestagsfraktion von Bündnis 90 / Die Grünen, wurde wegen Unterstützung einer kriminellen Vereinigung zu zehn Monaten Haft auf Bewährung verurteilt. Er war als Rechtsanwalt „am Aufbau und an der Aufrechterhaltung des ‚Info-Systems' unter den Terroristenhäftlingen"[44] beteiligt. Die militante Vergangenheit von Joschka Fischer, einer der zentralen Figuren der Grünbewegung und von 1998 bis 2005 deutscher Vizekanzler und Außenminister, ist bis heute nicht vollständig geklärt. Fischer soll mit RAF-Terroristen in einer Wohngemeinschaft gelebt haben[45], und er wurde im Zusammenhang mit dem noch immer ungeklärten Brandanschlag auf den Polizisten Jürgen Weber festgenommen und wieder freigelassen. So wie Fischer fanden viele Linksextremisten bei den Grünen eine neue politische Heimat.

Österreich blieb vom RAF-Terror weitgehend verschont, die linken Terroristen hatten aber auch in der hiesigen linksextremen und linksalternativen Szene zahlreiche Sympathisanten. Auch unter den grün-alternativen Führungsfiguren. So schreibt das „Profil" im Jahr 1972 über Günther Nenning: „Als in den letzten Wochen die Nachrichten von der Zerschlagung der Baader-Meinhof-Bande kamen, saß er vor dem Fernsehschirm und empörte sich über Manipulation: Es werde bewußt verschwiegen, daß die linken Rebellen stets nur in Notwehr und auf der Flucht geschossen hätten."[46] Auch noch Jahre später sagte Nenning über sich: „Ich bin ein Alternativ-Extremer"[47].

Der Fall Ingrid Strobl zeigt, wie sehr die linksalternative und grüne Bewegung mit der Terroristenszene sympathisierte. Strobl, einst freie ORF-Mitarbeiterin[48], wird 1987 in Deutschland verhaftet, weil sie einen Wecker gekauft hatte, der im Jahr 1986 bei einem Bombenanschlag der Revolutionären Zellen / Rote Zora auf das Verwaltungsgebäude der Lufthansa in Köln verwendet worden war.

Ihre Verhaftung löst eine Solidaritätswelle bei den Linksalternativen und Grünen in Österreich aus. Die linke Wochenzeitung „Falter" und das linksradikale „TATblatt" berichten nicht nur ausführlich und wohlwollend über Strobl, sie rufen auch zu Spenden auf. Irene Brickner, mittlerweile Journalistin beim „Standard", sammelt die Gelder. Im „Falter" ist folgender Aufruf von ihr zu lesen: „Dr. Ingrid Strobl

ist eine politische Journalisten [sic] eine engagierte Feministin und eine sensible Literatur- und Kunsthistorikerin. Sie hat in der Frauenbewegung mitgearbeitet [...]. Seit 20. Dezember ist Dr. Ingrid Strobl in der Bundesrepublik Deutschland in Untersuchungshaft. Sie wird verdächtigt, Kontakte zu einer Terrororganisation gehabt zu haben. Zur Wahrung der Rechte von Dr. Ingrid Strobl und zur Sicherung ihrer Existenz ist finanzielle Hilfe nötig."[49]

Es wird ein Strobl-Solidaritätskomitee gegründet. Der „Falter" kündigt an, dass die grüne Nationalratsabgeordnete Helga Erlinger bei einem Frauentag die „Prozeßerklärung der derzeit in der BRD inhaftierten Journalistin Ingrid Strobl verlesen"[50] wird. Die von Grünen und Linken hofierte Strobl wird wegen Unterstützung einer terroristischen Vereinigung und Beihilfe zu einem Sprengstoffanschlag zu fünf Jahren Haft verurteilt. Das Urteil wird später aufgehoben und die Haftstrafe auf drei Jahre reduziert.[51] Sie war und ist für ihre politischen Freunde, Mitstreiter und Unterstützer in Österreich ein Opfer, Opfer eines repressiven Polizeistaates und des kapitalistischen Systems, keine Täterin. Die Revolutionären Zellen, die den Anschlag auf das Lufthansa-Gebäude verübt hatten, waren für 101 Brand-, 124 Sprengstoffanschläge und für die Ermordung des hessischen Wirtschaftsministers Heinz-Herbert Karry verantwortlich.[52]

Wie schlampig und problematisch das Verhältnis vieler Grüner zu Gewalt, Extremismus und Terrorismus ist, belegt auch ihr Verhältnis zum libyschen Diktator Muammar al-Gaddafi. Dieser unterstützte nicht nur den internationalen Terror, sondern auch ein grün-alternatives Magazin und möglicherweise auch die Grünen selbst, was diese allerdings stets vehement bestritten haben. Gesichert ist, dass Gaddafi, der unter anderem für den Lockerbie-Anschlag mit 270 Toten im Jahr 1988 verantwortlich gewesen sein soll, verdeckt die grüne-alternative „Monatszeitschrift" („MOZ") mit mehreren Millionen Schilling finanziert hat[53]. Als der „Kurier" eine Überweisung von fünf Millionen Schilling dokumentierte, gab die Geschäftsführung des grünen Blattes die Libyen-Connection zu.

Laut einem Pressebericht könnte Anfang der 1990er-Jahre libysches Geld auch direkt an die Grünen geflossen sein. Der damalige Bundessprecher der Grünen, der ehemalige Revolutionäre Marxist Peter Pilz, stritt diese Geldflüsse ab und bezeichnete ein entsprechendes Dokument, das der „Kurier" veröffentlicht hatte, als Fälschung[54].

Auch zur linksextremistischen Wiener Hausbesetzerszene gab es in den 1980er-Jahren Verbindungen. Die gewaltbereiten Hausbesetzer, bei denen auch zahlreiche Waffen gefunden wurden, hatten im grünen Umfeld viele Sympathisanten. In der vom „Falter" veröffentlichten Unterstützerliste finden sich nicht nur Promis aus Musik- und Kleinkunst, sondern auch zahlreiche Wiener Grünen-Politiker von Manfred Srb bis Thomas Prader.[55]

Als die Polizei versuchte, die illegal besetzten Häuser in der Aegidi- und der Spalowskygasse zu räumen, stießen sie auf erbitterten Widerstand. Pius Strobl, der Bundesgeschäftsführer der Grünen, versuchte, zu vermitteln. Bei der endgültigen Räumung wurden 67 Hausbesetzer festgenommen. Noch heute werden auf der Website der Grünen ihre Heldentaten mit bewunderndem Unterton gefeiert. Für die Grünen, daran lässt der Text keinen Zweifel, waren sie mutige Kämpfer und Opfer des „Systems", von Polizeigewalt und Kapitalismus. Es ist eine beliebte Methode der Grünen und anderer linker Gruppierungen, Täter zu Opfern zu machen, um mit dieser Umkehrung deren Gewalttaten zu legitimieren.

Folgender Brief erreichte uns wenige Tage nach dem Frauentag in unserer Redaktion:

Was tun wenn die Scheiben klirren?

in der nacht vom 7. auf den 8. 3. 1989 haben wir frauen mehrere sex-shops in wien angegriffen und entscheibt.
wix-läden sind die alltäglichste und offensichtlichste form der gewalt gegen frauen.
im imperialistisch/patriarchalen system ist der mensch ware als arbeitskraft, die frau zusätzlich als reproduktionsmaschine, als sexuelles objekt. wir haben was dagegen, sehr viel nämlich, daß mit der sexindustrie riesige profite abgezogen werden. diese industrie hat die funktion, die herrschenden gewaltverhältnisse gegen frauen zu manifestieren.
pornographie soll dazu dienen, sexuelle gewalt gegen frauen zu intensivieren und zu festigen.
"pornographie ist die theorie, vergewaltigung die praxis!!!"
für uns hat sexualität nichts mit porno, vergewaltigung und sexueller gewalt zu tun, und deshalb sind diese läden eine provokation.

Pornos, Peepshows, Wixzentralen; Weg damit sonst gibts Randale
Wir sind Frauen, wir sind viele, wir haben die Schnauze voll!!!

Das „TATblatt" als Szenemedium war eine Art Verlautbarungsorgan für linke Klein- und Hobbyterroristen.

Die Gewaltbereitschaft und Gewalttätigkeit der Hausbesetzer streiten nicht einmal die Grünen auf ihrer Website ab: „Sie bewarfen die Polizisten mit Kalk, Möbeln und Baumaterial"[56]. Die Wortwahl zeigt, wie man die brutale Gewalt gegen Polizisten mit einem Augenzwinkern verharmlost. Baumaterial klingt viel unverfänglicher und ungefährlicher als etwa Ziegelsteine, von denen man tödlich

getroffen werden kann.

Zum Kreis der Hausbesetzer gehörte auch der Linksterrorist Gregor Thaler, der sich 1995 bei einem Anschlagsversuch im niederösterreichischen Ebergassing gemeinsam mit seinem Komplizen unabsichtlich selbst in die Luft sprengt. Ein Jahr nach der Räumung der besetzten Häuser versicherten die damaligen Geschäftsführer der Grünen, Johannes Voggenhuber und Pius Strobl, der „Aegidigasse" ihre Solidarität.[57]

Das Organ der linksextremen Szene war von 1988 bis zu seiner Einstellung im Jahr 2005 das „TATblatt". Dieses Medium wurde auch vom BVT als „linksextremistisch" eingestuft. Es war das einzige Medium in Österreich, das die Anschlagserklärungen der militanten Linken im Originaltext abdruckte[58].

Das „TATblatt", das unter anderem vom späteren SPÖ-Innenminister Caspar von Einem mit Spenden finanziert wurde[59], gab unter anderem „praktische Tipps zur sinnvollen Freizeitgestaltung [...] von Farbeierbefüllratschlägen über Demomützenstrickanleitungen bis zu Molotowschen Cocktailrezepten"[60]. Offensichtlich das ideale Werbeumfeld für Grüne. Der den Grünen nahestehende Verkehrsclub Österreich (VCÖ) inserierte in diesem Blatt, das auch die Befreiung der später verurteilten Ingrid Strobl forderte: „Befreit Ingrid!"[61], titelte das „TATblatt" im März 1989, und man kritisierte die deutsche „Gesinnungsjustiz". Lukas Wurz, der Obmann des „TATblatt"-Herausgebervereins[62], macht später Karriere bei den Grünen, unter anderem als Mitarbeiter des Grünen-Abgeordneten Karl Öllinger, und ist nun im Vorstand der Grünen Bildungswerkstatt.

Ebenfalls am linken Rand angesiedelt ist die Zeitschrift „Akin". Birgit Hebein, Chefin der Wiener Grünen, ist Schriftführerin bei der „Freien Österreichischen Jugend – Bewegung für Sozialismus", die das Blatt herausgibt[63]. In „Akin" findet sich unter anderem ein Aufruf zum „Radfahren am Freitag", kurz RaF[64]. Die Autofahrer würden ausflippen, wenn die „RaF ihr Unwesen treibt"[65]. Darüber ist ein Logo zu sehen, das jenem der Terrororganisation RAF nachempfunden ist, nur dass die Maschinenpistole gegen ein Fahrrad ausgetauscht wurde. Linksextremistischer Humor auf Kosten der Todesopfer der Rote Armee Fraktion.

Auch die oftmals gewalttätigen Opernballdemonstrationen sind untrennbar mit den Grünen verbunden. 1987 wurde zum ersten Mal vor der Wiener Staatsoper demonstriert. Diese Demo hatten die Grünen angemeldet; sie endete in Tumulten. „Es flogen Steine, die Polizei setzte Schlagstöcke ein. Es gab mehrere Verletzte und rund 40 Festnahmen"[66]. Danach warfen die Grünen der Polizei vor, sie habe überreagiert. 1989 eskalierte die Opernballdemo völlig. Schon das Motto war ein Aufruf zur Gewalt: „Eat the rich". „Es flogen Molotow-Cocktails, Steine, Farbbeutel und Knallkörper gegen die Polizei [...]. Am Ende standen mehrere Dutzend Verletzte auf beiden Seiten und zwölf Festnahmen."[67]

Mit der ÖVP-FPÖ-Regierung wurden die Opernballdemos Anfang des Jahrtausends erneut gewalttätig, „obwohl die Teilnehmerzahl deutlich gesunken war: 42 Festnahmen und deutlich mehr als 20 Verletzte, lautete die Bilanz nach einer Nacht mit Krähenfüßen, Pflastersteinen, brennenden Müllcontainern und Schlagstöcken"[68], berichtete die „Presse" über die Opernballdemo 2001.

Nach dem Opernball wurde der WKR- bzw. Akademikerball zur Spielwiese linker bis linksextremer Randalierer und zum Vorwand für Gewalt und Randale. Der Widerstand gegen die Ballveranstaltung begann 2008. Von Anfang an waren die Grünen auf unterschiedlichste Art und Weise an den Demos beteiligt. So veranstalteten die GRAS 2008 gemeinsam mit Autonomen eine Gegenveranstaltung zum WKR-Ball[69]. 2009 wurden bei Ausschreitungen 24 Polizisten verletzt.

Die Polizei reagierte darauf im folgenden Jahr mit stärkerer Präsenz, was ihr Kritik von Karl Öllinger einbrachte: „Rechtsextremen wird öffentlicher Raum geboten, gegen Antifaschisten geht die Polizei vor"[70]. Wer an der Gewalt Schuld trägt, stand für die meisten Grünen stets außer Frage. So wetterte Grünen-Politiker Albert Steinhauser 2011: „Die Polizei hat nichts aus den Ereignissen des Vorjahres gelernt"; er sprach von „purer Eskalation"[71].

2012 kann die von den Grünen so heftig kritisierte Polizei gerade noch das Schlimmste verhindern: „‚Im 1. Bezirk wurde ein deutscher Tatverdächtiger mit einem Sprengsatz in Dosenform festgenommen. Der Sprengsatz wird derzeit untersucht', so Hahslinger gegenüber Heute.at. In Wien-Josefstadt versuchte eine Gruppe außerdem mittels Brandstiftung Ballgäste vom Veranstaltungsort fernzuhalten."[72] Die „Presse": „Dabei soll es sich nach Informationen der ‚Presse' um ein Sprengmittel mit einem Kilogramm Unkrautsalz gehandelt haben. ‚Es war explosiv', so ein Ermittler lapidar. [...] Zwei Randalierer, darunter der Bombenbauer aus Deutschland, befanden sich bis Samstagmittag in Polizeigewahrsam. Laut Schätzungen der Exekutive nahmen an den Protesten gegen den Ball knapp 3000 Menschen teil. Die Veranstalter sprachen von bis zu 8000. Die Polizei war mit 1200 Beamten aufmarschiert."[73]

„Ballgäste wurden angegriffen, ein Polizeibus mit Steinen beworfen."[74] Im linken Lager und von linken Medien werden diese Gewalttaten und der verhinderte Sprengstoffanschlag als Kavaliersdelikte abgetan. Der „Standard": „Die Kundgebung verlief ohne grobe Zwischenfälle [...]. Auch ein Sprengsatz sei sichergestellt worden."[75] Man stelle sich vor, wie Grüne, Journalisten und NGOs reagiert hätten, wenn bei einem rechten Demonstranten ein ein Kilo schwerer Sprengsatz gefunden worden wäre.

Die Jungen Grünen stellen den Demoorganisatoren aus der autonomen, sprich linksextremen Szene eine Internetseite zur Verfügung. „Nein, wir lieben dieses Land und seine Leute nicht", steht auf nein.antifanet.at. Es ist das Motto der Autonomen Antifa gegen den freiheitlichen Akademikerball. Diese Website ist auf die Grüne Jugend registriert.[76]

Die rot-grüne ÖH-Spitze aus VSStÖ, GRAS und KSV-LiLi unterstützt die gewalttätigen Proteste auch finanziell. Um die 1000 Euro sollen für Flyer, Plakate und eine Musikanlage an die Bündnisse „NOWKR" und „Offensive gegen Rechts" geflossen sein.[77] Mit den gewalttätigen Ausschreitungen hat man bei der rot-grünen ÖH keine Probleme: „In einer Sitzung der Universitätsvertretung in diesem Semester habe eine Studentin des Öffentlichkeitsreferats gemeint: ‚Nein, das tun wir nicht, uns gegen den schwarzen Block abgrenzen' [...]. ‚Auf Nachfrage, ob man sich wenigstens von Gewalt distanziere, bekamen wir die Antwort: ‚Wir distanzieren uns von Gewalt durch die Polizei'', schildert Florian Lattner von der AktionsGemeinschaft der Presse."[78]

Die Demo gegen den Akademikerball 2014 steht unter dem Motto: „Unseren Hass den könnt ihr haben". Diesen indirekten Aufruf zur Gewalt haben die Organisatoren erneut auf einer Website veröffentlicht, die auf die Jungen Grünen registriert ist. Als die Sache auffliegt, flüchtet sich der grüne Nachwuchs in die Schutzbehauptung, man habe den Autonomen den Platz nur zur Verfügung gestellt und mit den Inhalten nichts zu tun. Der propagierte grünlinke Hass mündet – wenig überraschend – in brutale Gewalt. Die linken und linksextremen Demonstranten ziehen ein Spur der Verwüstung durch die Wiener Innenstadt. „Schwere Krawalle nach Demo"[79], titelt der „Kurier". Polizisten „gerieten zwischen die Fronten, und wurden plötzlich von beiden Seiten angegriffen"[80].

Nachdem der linksextreme Mob Polizisten attackiert und Geschäftslokale verwüstet hat, zieht sich der harte Kern in die Akademie der Bildenden Künste am Schillerpark zur ‚Afterparty' zurück.[81] Dass die Polizei daraufhin die Akademie umstellt, bezeichnet die damalige Rektorin und nunmehrige Nationalratsabgeordnete der Grünen Eva Blimlinger als „Skandal".[82] Glawischnig reagiert verschnupft auf die bekannt gewordene Verbindung zwischen Jungen Grünen und gewalttätigen Anarchos. Die Grüne Jugend stellt aber nicht nur ihre Websites für Hassbotschaften zur Verfügung, es gibt noch weitere Verbindungen. Janine Wulz, frühere ÖH-Vorsitzende und Mitglied der Landeskonferenz der Wiener Grünen, ist auf YouTube-Videos zu sehen, wie sie „an der Spitze des Demonstrationszuges marschiert. Zwar außerhalb, aber unmittelbar neben den schwarz vermummten Demonstranten, die das Transparent mit dem Slogan ‚Unseren Hass, den könnt ihr haben!' tragen"[83].

Wulz soll laut einem „Kurier"-Bericht auch Verbindungen zu deutsche Extremisten unterhalten haben: „Jene Anarchisten, die anlässlich des Akademikerballes eine Spur der Verwüstung durch die Wiener City gezogen hatten, hatten bereits Erfahrung bei Ausschreitungen in Magdeburg und Hamburg gesammelt. Doch wie kamen diese gut organisierten Randalierer auf das Ziel Wien? Und gab es eine ‚Einladung' nach Österreich? Bereits während der Besetzung des Votivparks im vergangenen Jahr wurden Verbindungen zu österreichischen Studentenvertreterinnen augenscheinlich. Damals war es deutschen Extremisten gelungen, per Megafon Asylwerber im Flüchtlingslager Traiskirchen zum Marsch nach Wien zu überreden. Beim anschließenden Protestcamp vor der Votivkirche agierten dann die Studentenvertreterinnen Julia S. (VSStÖ) und Janine W. (GRAS) als Unterstützerinnen. Das Refugee-Camp war auch als Demonstrationsbasis gegen den damaligen WKR-Ball geplant, wurde aber wenige Tage vorher von der Polizei geräumt."[84]

Die Jungen Grünen, die vermutlich Beziehungen zu gewaltbereiten Linksextremisten unterhielten und sich auch nie glaubhaft von Gewalt distanzierten, wurden von der nunmehrige Klubchefin der Grünen, Sigrid Maurer, unterstützt. Sie sagte damals: „Es ist durchaus notwendig, solche Webseiten als Plattformen für Protest zur Verfügung zu stellen."[85] Die FPÖ kritisierte nach den Ausschreitungen 2014: „Angesichts der gestrigen Gewaltexzesse der linksfaschistischen Stiefeltruppen im Zuge der Demonstrationen in der Wiener Innenstadt müsse nunmehr auch die Frage nach der politischen Verantwortung gestellt werden. Hier zeige sich ein klares Bild, weil nämlich die rot-grüne Stadtregierung die Proteste bereits im Vorfeld unterstützt habe."[86]

Beim Akademikerball 2020 sorgt die Wiener Grünen-Chefin Birgit Hebein für Schlagzeilen. Die „Kronen Zeitung": „Beim Akademikerball tauchte sie beim MuseumsQuartier nach einer Attacke auf einen männlichen Maturaballgast, der nichts mit Burschenschaftern zu tun hatte, bei einer verdächtigen Truppe auf."[87] In einer schriftlichen Stellungnahme versuchte Hebein, sich zu rechtfertigen: Sie sei „zur Demo gestoßen, als sie sich bereits aufgelöst hat"[88].

„Wissen Sie, was der Unterschied ist in der Öffentlichkeit zwischen Gewalttaten von links und Gewalttaten von rechts? Bei rechter Gewalt ruft man dem Täter zu: ‚Nazis raus!' Bei linker Gewalt ruft man dem Opfer zu: ‚Nazis raus!'"[89]

— Staatsrechtler Dietrich Murswiek

Egal, ob bei den Hausbesetzern in den 1980ern, bei den Opernball- oder WKR-Demos – Gewalt von linker Seite wird von den Grünen zumeist pro forma verurteilt und oft-

mals mit unberechtigten Vorwürfen gegen die Polizei begründet und gerechtfertigt. Gängige Argumentationslinie ist, die Polizei und den Klassenfeind, also die FPÖ, Rechtspopulisten, Opernballbesucher etc. für die Gewalt verantwortlich zu machen. Man praktiziert die hier bereits beschriebene Täter-Opfer-Umkehr. Linke und Grüne stehen auch nicht unter Druck, sich glaubhaft von Gewalttaten aus ihrem direkten politischen Umfeld zu distanzieren, zumal ein Großteil der Medien ohnehin mehr oder weniger offen mit gewalttätigen linken Demonstranten sympathisiert.

Hier zeigt sich, welch hochproblematisches Verhältnis viele Grüne zu Gewalt und Extremismus haben. Gewalt wird nur verdammt, wenn sie nicht von linker Seite kommt. Gewalt oder andere ungesetzliche Methoden zur Umsetzung sozialistischer Ziele und Utopien werden verschwiegen, relativiert, legitimiert oder als Notwehr gerechtfertigt. Das zeigt sich auch im Umgang mit und der Aufarbeitung von sozialistischen Verbrechen, die bisher rund 100 Millionen Menschen das Leben gekostet haben. Die Linke, also auch die Grünen, halten trotz all dieser Verbrechen von Folter, Verfolgung, und Unterdrückung bis hin zum Massenmord, trotz aller gescheiterten linken Gesellschaftsexperimente an dieser mörderischen Ideologie fest. Die im Namen des Sozialismus Ermordeten, Gefolterten oder Vertriebenen habe es nur gegeben, weil der Sozialismus bisher noch nie richtig umgesetzt worden sei.

2.2 Das Selbstbild der Grünen

„Was moralisch richtig ist, wissen wir sowieso, und wir blicken mitleidig auf die anderen, die noch nicht soweit sind." Für diese Aussage erntet Bastian Hermisson, Leiter der grünen Heinrich-Böll-Stiftung in Washington, am Parteitag der deutschen Grünen im Jahr 2016 tosenden Applaus. Hermisson fordert die Grünen angesichts ihrer damaligen Imagekrise auf, nicht nur auf die einfachen Menschen, also aus der Sicht der Grünen auf die Dummen, Abgehängten, ungebildeten Modernisierungsverlierer herabzusehen, sie weniger zu verachten, sondern sie stattdessen wie Kinder an die Hand zu nehmen, sie zu besseren Menschen, sprich: zu Grünen zu erziehen. Im paternalistischen Tonfall sagt Hermisson weiter: „Man müsse mit Andersgesinnten Kontakt aufnehmen."[90] Andersdenkende als Aliens, mit denen die Grünen nach rund 30 Jahren in der Politik in Kontakt treten wollen. Diese Aussage, die bei Politikern und Funktionären anderer Parteien Befremden ausgelöst hätte, wird von den damals verunsicherten und krisengeschüttelten Grünen und den linken Mainstreammedien begeistert aufgenommen.

„Der deutsche Intellektuelle nebst seinen Visionen vom Guten, Schönen und Humanen ist durch keine noch so massive Tatsachenfülle widerlegbar."[91]

— Günter Kunert

Hermissons Rede und die Reaktionen am grünen Parteitag zeigen, wie sich die Grünen selbst sehen, wo sie sich verorten, welchen Stellenwert und welche Position sie in der Gesellschaft, in der sozialen Hierarchie und im Staat für sich beanspruchen. Sie fühlen bzw. wähnen sich als moralische Elite, als die fortschrittlichen, guten bzw. besseren Menschen, als die Weltoffenen, Toleranten, die dem dummen, an Heimat und Familie orientierten, latent rassistischen Fußvolk intellektuell, moralisch und in allen anderen relevanten Bereichen des Lebens überlegen sind. Kurz, man fühlt sich als geistige und moralische Elite. Nur die eigene Ideologie, Sichtweise und Politik sind dazu angetan, die Gesellschaft, den und die Menschen zu verbessern. Das ist eine genuin linke Haltung, die einen perfekten Zustand der Welt erträumt und versucht, ihn mit untauglichen Mitteln herbeizuführen. Diese Großartigkeits- und Weltrettungsfantasien treten auch bei der aktuellen Klimadebatte besonders augenfällig zutage.

Grüne sind fest davon überzeugt, dass ihre Politik alternativlos ist. Aufgrund dieser Haltung und Überzeugung sehen sie in Andersdenkenden Kinder, die man erziehen, Kranke, die man heilen, Feinde, die man bekämpfen, oder Kriminelle, die man wegsperren muss. In keinem Fall aber Menschen, mit denen man auf Augenhöhe diskutiert, die gleichberechtigt die Zukunft der Gesellschaft, des Landes und der Menschheit mitbestimmen sollten.

Die dogmatischen Grünen sind zu einem Diskurs weder willens noch in der Lage. Wer Meinungen vertritt, die den Grünen widersprechen, wer andere Moralvorstellungen oder ein anderes Wertegerüst hat, wird pathologisiert (Islamophobie, Homophobie etc.), kriminalisiert (Verhetzung), dem werden niedrige Beweggründe unterstellt (Hass), der wird als politisch Unmündiger oder von Rechtspopulisten Verführter betrachtet und entsprechend behandelt. Die Grünen haben diese Denkweise und Methoden von den Sozialisten übernommen, weiterentwickelt, verfeinert und camoufliert. Die im bürgerlichen, rechten Lager verbreitete Angst, dass bei einem Machtzugewinn der Grünen Meinungs- und Pressefreiheit weiter eingeschränkt oder Andersdenkende politisch verfolgt und kriminalisiert würden, ist angesichts ihrer ideologischen Verwurzelung im Marxismus begründet und berechtigt, zumal wir wissen, wie im real existierenden Sozialismus, von dem ja viele Grüne nach wie vor träumen, mit Andersdenkenden verfahren wurde: Sie landeten in Gefängnissen, Umerziehungslagern, in der Psychiatrie oder wurden „auf der Flucht erschossen".

Aus dieser binären grünen Weltsicht, aus dieser Haltung heraus wird auch verständlich, warum in einer Gesellschaft, in der Grüne wichtige Positionen besetzen, die kulturelle Hegemonie errungen haben, ein echter Diskurs nicht mehr möglich ist. Es finden in solchen Gesellschaften überwiegend Scheindebatten statt, weil grüne Politik und grüne Lösungsansätze, egal ob es um Umwelt, Zuwanderung, Umverteilung oder Sicherheit geht, alternativlos sind. Es kann und darf nur darüber diskutiert werden, wie man diese von den Grünen und den ihnen nahestehenden Kräften in Medien, Kultur und Zivilgesellschaft vordefinierten Ziele erreicht. Die Ziele selbst stehen außer Streit. Dass „wir" Zuwanderung brauchen, „unser" CO_2-Ausstoß reduziert werden muss, „die" Reichen mehr für die Allgemeinheit tun müssen, darf nicht infrage gestellt werden. Wer hier Widerspruch anmeldet, andere politische Ziele verfolgt und auf Meinungsfreiheit pocht, riskiert seine Reputation und soziale Existenz.

Einer der wichtigsten Vordenker der Grünen ist der italienische Kommunist Antoni Gramsci. Als er von den Faschisten eingesperrt worden war, beschäftigte er sich mit der Frage, wie man eine linke Revolution entfachen könnte. Seine Gedanken schrieb er in den berühmten „Gefängnisheften" nieder: Um die Macht zu erringen, müsse man die wichtigsten Stellen in Staat und Gesellschaft besetzen, den Kampf um die Köpfe gewinnen. Gramsci spricht von der „kulturellen Hegemonie", die es zu erringen gelte. „Für linke Gruppen jeder Art hatte das Konzept eine so große Anziehungskraft, weil es für sie bedeutete, dass es vor der politischen Herrschaft schon die geistige geben kann."[92]

Giovanni di Lorenzo, Chefredakteur der „Zeit": „Bis heute sind die Grünen eine kleine Partei geblieben, aber ihre Anliegen haben das ganze Land politisch und gesellschaftlich durchdrungen. Sie fanden, als hätte Gramsci die Fäden gezogen, besonders viele Anhänger in den akademischen Milieus, bei Studenten, Lehrern, in den Medien, bei Kulturschaffenden aller Art, was ihre kulturelle Dominanz erklärt."[93] Die Grünen und andere Neue Linke haben den vorpolitischen Raum erobert, die kulturelle Hegemonie errungen, darauf baut ihr überhöhtes Selbstbild auf, aus diesem Umstand leiten sie ihre moralische Sonderstellung, ihre Hypermoral ab.

Man bestimmt den öffentlichen Diskurs. Medien, Kultur und Geisteswissenschaften sind fest in linker Hand und produzieren entgegen ihren ursprünglichen und eigentlichen Funktionen nur noch linke Ideologie. Ernst zu nehmende Kritiker und Gegner aus dem bürgerlichen, rechten und liberalen Spektrum wurden marginalisiert, desavouiert und vom öffentlichen Diskurs ausgeschlossen. Man hat sich eine Blase, eine linke Traumwelt geschaffen, in der man reflexionslos agieren kann, wo dissidente Haltungen und Gegenmeinungen kaum noch existieren. Dies hat zu einer intellektuellen Verkümmerung bzw. Denkfaulheit geführt, die man mit Moralismus und quasireligiösen Haltungen zu kompensieren versucht.

Im Zuge der Migrationskrise von 2015, in deren Folge die etablierten Parteien und Medien einen Glaubwürdigkeits- und Bedeutungsverlust erlitten, die sozialen und alternativen Medien das Meinungsmonopol der alten Medien aufbrachen, entstand erstmals seit vielen Jahren eine ernst zu nehmende politische Gegenbewegung zu den Grünen und anderen Multikultiapologeten. Mit diesen neuen Kräften, die die Linken aus ihrer politmedialen Komfortzone rissen, waren diese in einer ersten Phase heillos überfordert. Damals begann in ganz Europa der Aufstieg der sogenannten Rechtspopulisten. Sie zwangen die Grünen und andere linke Kräfte dazu, ihre Komfortzone zu verlassen und die politische Auseinandersetzung auf eine neue Ebene zu heben, Methoden jenseits demokratischer Regeln anzuwenden.

Es dauerte nicht lange, bis man die Strategie adaptierte und vom Multikulturalismus zum Klimaalarmismus wechselte. Damit gelang es den Grünen und den ihnen nahestehenden Kräften, die Themenführerschaft zurückzugewinnen, ihre angestammte Rolle als Weltretter, als irdische Erlöser bzw. Heilsbringer wieder einzunehmen und von den von ihnen selbst verursachten Problemen und Verwerfungen abzulenken. Die Flüchtlingskrise und die daraus erwachsenden gesellschaftlichen Gegenbewegungen zum linken Gutmenschentum haben bei den Grünen kein grundsätzliches Umdenken, keinen politischen Paradigmen- und auch keinen Kurswechsel ausgelöst, wie auch der am Anfang des Kapitels zitierte Hermisson belegt.

Man gelobte öffentlich Besserung und kommunizierte nach außen, man werde mehr auf die Menschen zugehen und die grüne Politik besser und verständlicher kommunizieren, da Nichtgrüne nach Ansicht der Grünen ja intellektuell beschränkt sind. Die eigentliche Strategie war, seine Kritiker, die neuen politischen Kontrahenten und deren Kommunikationskanäle frontal anzugreifen. Man unterstellte ihnen, sie würden Fake News, Verschwörungstheorien, Hass, Hetze und Rassismus verbreiten. Die linken Kräfte etablierten unter diesem Vorwand unterschiedlichste Zensurmaßnahmen. Da die Vormachtstellung und die Deutungshoheit der alten Mainstreammedien und damit der Grünen in Gefahr war, mussten die Internet- und Social-Media-Kanäle vom Staat, sprich von den tonangebenden grünen Kräften, an die kurze Leine genommen werden, was mithilfe des Netzwerkdurchsetzungsgesetzes in Deutschland oder der umfassenden Novellierung der Verhetzung in Österreich gelang.

Man schaffte es dank seiner Netzwerke und seiner Vormachtstellung, die Ängste und Befürchtungen, die als Folge der weitgehend unkontrollierten Massenzuwanderung aus der Dritten Welt in weiten Teilen der Bevölkerung entstan-

den, zu kanalisieren, zu unterdrücken und seine sozialistischen Ziele unter anderen Vorzeichen und Vorwänden weiterzuverfolgen.

Mit der medial entfachten Klimapanik konnten die Grünen von den realen Problemen einer multikulturellen Gesellschaft ablenken und wieder zu ihren Wurzeln zurückkehren, als die Menschen mit Atomkraft, Ozonloch und Waldsterben in Angst und Schrecken versetzt wurden, um sie besser lenken und manipulieren zu können. Die Klimaapokalypse ist die kaum noch steigerbare Weiterentwicklung solcher Schreckensszenarien, eine irdische Hölle – oder, wie es Grünen-Chef Werner Kogler formuliert hat, der Klima-Kollaps[94].

Man brauchte derart schweres Geschütz, ansonsten hätte man die Bürger von den dramatischen Folgen der Masseneinwanderung aus dem islamischen und afrikanischen Raum nicht erfolgreich ablenken können. Es ging darum, die öffentlichen Debatten und die Kritik an den dafür verantwortlichen Open-borders-Politikern und Unterstützern zu beenden, indem man die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf ein Scheinproblem lenktt, um sich wieder als politisch kompetent und handlungsfähig, als Retter der Menschheit inszenieren zu können. Dass den Grünen das trotz widriger Umstände gelungen ist, zeigt, wie groß die Macht ihrer Netzwerke tatsächlich ist, egal, aus welchen Kräften sich die Regierung gerade zusammensetzt.

„Viele Anhänger der grünen Bewegung sind bis heute in ihrer Selbsteinschätzung der festen Überzeugung, nicht nur gute, von allen akzeptierte Ziele zu verfolgen, sondern auch selbst ‚gute' Menschen zu sein."[95]

— Manfred Güllner, 2012

Man konnte seine elitäre Blase wieder gegen andere Meinungen und Haltungen abdichten, seine Vormachtstellung absichern und mithilfe von kriminellen oder zumindest dubiosen Methoden (Stichwort: Ibiza-Video) sogar Regierungsverantwortung übernehmen.

Als selbst ernannte Retter vor der Klimaapokalypse konnten die Grünen wieder jenen Platz in der Gesellschaft einnehmen, den sie seit jeher für sich beanspruchen: hoch über der arbeitenden Durchschnittsbevölkerung, den „Somewheres". Diese moralische und intellektuelle Selbsterhöhung ist für das grüne Selbstverständnis, für die grüne Identität stets von zentraler Bedeutung gewesen. Diese Selbsterhöhung wird von den Medien gefördert und unterstützt, sie fungieren als Verstärker und Feedbackkanal, der wie bei einer Rückkopplung diesen grünen Narzissmus immer weiter hochschaukelt.

Foto: trend 2/1992

Plakat der Grün-alternativen Jugend (GAJ): Abwertung und Verachtung staatlicher Symbole als Teil des grünen Selbstverständnisses.

Foto: trend 2/1992

Die Grünen waren nicht immer so integriert-europabegeistert wie heute. In den Anfängen überwog die Kritik am kapitalistischen Projekt.

Man klopft sich für seine Geisteshaltung, seine Klugheit, seine Moral, seinen Mut, sein Engagement und seinen Weitblick gegenseitig auf die Schultern, versichert sich unablässig, auf der richtigen Seite der Geschichte zu stehen. Das ist eine der wichtigsten Funktion der Mainstreammedien, wenn einmal mehr linke Utopien an der Realität zerschellen. Die rezenten multiplen Krisen in Europa haben ihre Wurzeln und Ursachen allesamt in grünlinker Politik. Um das zu verdrängen, um die Verantwortlichkeiten zu verschleiern, ist es nötig, sich trotz aller offensichtlichen Fehleinschätzungen, Fehlurteile und Fehlentscheidungen der Richtigkeit und Wichtigkeit seines Tuns zu versichern. Das ist zur Hauptaufgabe des ORF und anderer Mainstreammedien, linker Experten und Staatskünstler geworden. Sie tun kaum noch etwas anderes.

Die Journalisten informieren nicht mehr, die Kabarettisten und andere Kulturschaffende halten der Gesellschaft und den Mächtigen keinen Spiegel mehr vor, und die Universitäten lehren nicht mehr. Man versichert sich gegenseitig, dass man die richtige Ziele verfolge, das Richtige tue, dass man ein guter Mensch sei. So gelingt es den Politikern, Aktivisten und Anhängern der grünen Bewegung auch, nicht „nur ihren Zielen, sondern auch sich selbst das Etikett ‚gut' anzuheften und das Bild der Grünen als ‚Gut-Menschen' in weiten Teilen der deutschen Bevölkerung zu verankern. Damit wurde auch das individuelle, besonders moralische Selbstwertgefühl stabilisiert"[96].

Grünsein ist ein Statussymbol, der bevorzugte Lifestyle des linken Kleinbildungsbürgertums, des geisteswissenschaftlichen Prekariats, jener, die den linken Nanny-Staat zum Überleben brauchen. „Die führenden Köpfe der neuen Elite sind Politiker, Journalisten, Führungskräfte von NGOs, Professoren in Fächern mit geringer wirtschaftlicher und technologischer Bedeutung wie Kulturwissenschaft, Gender-Studies und Soziologie und der Mittelbau und die Spitzen von Verwaltungen. Sie alle haben eines gemeinsam: Der Kampf um ihre wirtschaftliche Existenz ist eng verbunden mit dem Kampf um den Zugriff auf öffentliche Mittel und die Förderung durch die Politik und durch sie unterstützende Gesetze"[97], so der Autor Stefan Laurin.

Um sich als grüne Elite von den einfachen Menschen abzugrenzen und abzuheben, sind Herkunft, Geld und Erfolg ungeeignet, es zählt vielmehr ein bestimmter Habitus, ein kulturelles Kapital, wie es der Soziologe Pierre Bourdieu in seinem Klassiker „Die feinen Unterschiede" beschrieben hat. Dazu gehören Geschmack, Bildung, Lebensstil, Einstellungen, Beruf, Ernährung etc. Teil der grünen Elite zu sein, ist nicht mehr eine Frage der Herkunft oder des Besitzes, es ist eine Frage der Gesinnung und des Lifestyles. Es geht dabei um Abgrenzung, Identität, Macht und Hegemonie.

In der linken Wochenzeitung „Die Zeit", dem Zentralorgan des grünen Milieus in Deutschland, schreibt Feuilletonchef Adam Soboczynski ganz offen über die Verachtung, die diese selbst ernannte Elite gegenüber der Arbeiterschaft, der Mittel- und Unterschicht empfindet: „Es gibt sie natürlich nach wie vor, aber sie sind unsichtbar. Keine satisfaktionsfähige TV-Serie zeigt ihren Alltag (eher kommt eine krasse 4-Blocks-Unterschicht ins Bild), kein Werbespot würde sie

Staatstragend mit Alexander Van der Bellen. Seine Präsidentschaftskampagne hatte teilweise sogar deutlich identitäre Züge.

Staatstragend mit Alexander Van der Bellen. Seine Präsidentschaftskampagne hatte teilweise sogar deutlich identitäre Züge.

zum Handlungsträger machen, niemand in meiner Akademikerschicht sind sie noch ein über die Dienstleitung hinausgehender Bezugspunkt oder gar ein Vorbild, nach dem man sein Leben ausrichtet. Sie sind nicht arm, sie sind nur unbedeutend und out."[98]

Wir leben, so der Philosoph Alexander Grau, in einer antielitären Gesellschaft. Und in dieser „gibt sich die Elite selbst antielitär und elitenkritisch"[99]. Weshalb die Grünen, die längst zum Establishment gehören bzw. das Establishment sind, den Ton in Politik und Gesellschaft vorgeben, sich selbst aber als antielitär definieren, als Außenseiter und Widerständige inszenieren. Das gehört zum grünen Selbstverständnis und Lifestyle. Das drücken sie unter anderem mit ihrem konformistisch-nonkonformistischen Kleidungstil aus. Dass Vizekanzler Werner Kogler bewusst auf Krawatte und Frisur verzichtet, gehört zur rebellischen, antibürgerlichen, grünen Tradition, die nie mehr als eine Attitüde war, und zum grünen Selbstverständnis, Institutionen, Einrichtungen und Symbole der Republik und des Nationalstaates zu missachten und abzuwerten.

Zu diesem grünen Anderssein und dieser infantilen Underdog-Inszenierung gehört auch, sich nach außen als mutig, couragiert, kritisch und widerständig zu verkaufen. Obwohl man längst alle wichtigen Schaltstellen des Staates und der Gesellschaft bis hinauf zum Bundespräsidenten und Vizekanzler besetzt hat, obwohl die eigene Weltsicht längst die dominierende ist und man die Deutungs- und Meinungshoheit errungen hat, gefällt man sich in der Pose des mutigen und couragierten Rebellen, Widerstandskämpfers und Verfolgten. Es hat in den vergangenen Jahrzehnten so gut wie keinen Wahlkampf gegeben, wo die Grünen nicht das Wort „Mut" plakatiert hätten.

Dieser im wahrsten Sinne des Wortes plakative Mut ist nur ein Gratismut, einer, der keinerlei nennenswerte Risiken oder Gefahren birgt, eine billige Inszenierung. Man kämpft gegen Schimären, gegen einen aufgeblasenen Popanz, und rennt offene Türen ein. Die Grünen sind Weltmeister im Schattenboxen, sie meiden reale Gefahren und Gegner durch Ignorieren, Verleugnen, Umdeuten, Unterwerfen und vorauseilenden Gehorsam. Das ist einer der Gründe, warum der Kampf gegen rechts und nicht etwa die Kritik am politischen Islam für die Grünen eine derart zentrale Rolle spielt. Ohne jeden Zweifel ist der Islamismus schon allein aufgrund der globalen und demografischen Entwicklungen die weitaus größere Bedrohung für Demokratie, Rechtsstaat, Frieden und Freiheit.

Islamisten stellen allerdings für ihre Kritiker eine reale Gefahr dar, sie sind keine Gegner, die man öffentlichkeitswirksam und ohne jedes Risiko „bekämpfen" kann. Wer offen und vehement den politischen Islam kritisiert, riskiert viel, unter Umständen auch sein Leben. Viele Islamkritiker im deutschsprachigen Raum, wie etwa der Politikwissenschaftler Hamed Abdel-Samad, müssen unter ständigem Polizeischutz leben. Wer hingegen gegen Burschenschaften und Rechte wettert, hat außer sozialer Anerkennung, Medienauftritten und Ehrungen nicht viel zu befürchten. Der Autor und Journalist Henryk M. Broder hat es so auf den Punkt gebracht: „Die Antifa gedeiht dort am besten, wo es keinen Faschismus gibt."[100]

„Das Wort Linksintellektueller war lange Zeit ein Pleonasmus, heute wird es zu einem Oxymoron."[101]

— Jacques Juillard

Zum Selbstbild der Grünen gehört auch die Inszenierung als Weltbürger, Modernisierungs- und Globalisierungsgewinner. Weil für das grün-alternative, urbane Milieu bloßes Linkssein zu proletarisch, zu „Unterschicht", zu wenig glamourös wäre, versucht man, sich zudem als nonkonformistisch und liberal zu verkaufen. Diese Selbstzuschreibungen sind allerdings weitab von der Realität. So ist das Adjektiv linksliberal ein Oxymoron, ein Widerspruch in sich. Links und liberal (nicht im US-amerikanischen Sinne) sind nicht vereinbare politische Gegensätze, man kann nicht beides zugleich sein. Dies hier näher auszuführen würde zu weit gehen, aber: Zentrale liberale Wesensmerkmale wie Eigenverantwortung, Freiheit und Individualismus sind das, wogegen grüne Kollektivisten am entschiedensten kämpfen. Die Grünen sind mit ihrem Etatismus, ihrer Staatsgläubigkeit, ihrem Antikapitalismus das Gegenteil von liberal.

Wer der grünen Wertgemeinschaft angehören will, muss sich in allen Lebensbereichen an strenge Vorgaben und Regeln halten, selbst kleinste Abweichungen werden mit Ächtung und Ausschluss sanktioniert. Das grüne Regelwerk umfasst von der richtigen Ernährung über Fortbewegung und Freizeitverhalten bis hin zu zwischenmenschlichen Beziehungen das gesamte menschliche Dasein. Ähnlich umfassend und strikt ist in Österreich vermutlich nur der Islam. Auch hier bestimmt ein Vorschriftenkatalog, die heiligen Schriften des Islam, das gesamte Leben und den Tagesablauf eines Gläubigen. Mit Individualität, Selbstbestimmung und Freiheit haben beide Glaubenssysteme, das grüne wie das islamische, nichts zu tun.

Der genormte grüne Lifestyle ist, zumindest an der Oberfläche, Moden unterworfen. „Die geballte anonyme Mehrheit, angeführt von Influencern und der Twitterati-Klasse, hat das erste und letzte Wort und verschiebt laufend den Rahmen dessen, was in ihre binäre Weltsicht passt. Wer es wagt, dem moralischen Konsens zu widersprechen, wird zum Paria erklärt. Die etablierten Medien tragen diesen Zu-

stand im Wesentlichen mit, indem sie die Denkschablonen übernehmen. In diesem verhärteten Umfeld, das keine Zwischentöne und keine Ironie kennt, regiert die Willkür."[102]

Wir leben in einer Reputationsökonomie, wo es gilt, das eigene Image – gemessen an Likes, Followern, Shares, Mentions und sonstigen Formen digitaler und sozialer Anerkennung – zu maximieren. Das bedeutet, dass jede öffentlich geäußerte Meinung, die vom grünen Mainstream abweicht, ein unkalkulierbares Risiko darstellt und weitreichende Folgen haben kann. Die Reputationsökonomie gleicht dem chinesischen Social-Credit-System, nur dass es ohne offenen staatlichen Zwang auskommt, dass dieses Zwangssystem nicht von oben geplant und gesetzlich verankert wurde, sondern im vorpolitischen Raum, wo die Grünen und Linken den Ton angeben, entstanden ist. Wer die falsche, sprich vom grünen Mainstream abweichende Haltung oder Meinung zu Marktwirtschaft, Armutsmigranten, Islam oder sozialer Gerechtigkeit hat, wer seine Lebensweise nicht auf den von der Elite vorgegebenen Zeitgeist abstimmt, der steigt auf der sozialen Leiter mit allen Konsequenz ab, bis zur Vernichtung der sozialen Existenz. Als drastisches Beispiel kann etwa Martin Sellner von der Identitären Bewegung angeführt werden, der nicht einmal mehr ein Bankkonto eröffnen oder unbehelligt eine Veranstaltung besuchen kann.

Das von den sozialen Netzwerken unerbittlich durchgesetzte Diktat des grünen Gruppendenkens steigert die Angst vor dem überall lauernden Rufmord. Das betrifft vor allem die urbanen Schichten, die sogenannte Wokeness-Bewegung. Dieser enorme soziale Druck, der durch die neuen Medien weiter verstärkt wurde, ist unter anderem dafür verantwortlich, dass sich grüne Politik und grünes Denken auch in allen anderen Parteien und Milieus, selbst in der FPÖ, in vielen Bereichen durchgesetzt hat. Ohne sich dessen bewusst zu sein, denken, sprechen und handeln auch viele Rechte längst in grünen Kategorien und Schablonen.

2.3 Klimakampf ist Klassenkampf

Mit der inszenierten Rettung des Klimas und des Planeten haben die Grünen einen Hebel gefunden, um ihre gesellschaftspolitischen Umgestaltungspläne nach zwischenzeitlichen Rückschlägen wieder mit aller Kraft durchzusetzen. Mit dieser neuen Strategie können sie ihre politische Macht ausbauen, den Klassenkampf nach dem Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus und der Krise der Linken nach dem Willkommensherbst 2015 fortsetzen. Klima, das ist das magische Wort, das den Grünen und Linken derzeit alle Türen öffnet und Wege ebnet, deshalb hört man es auch so oft in Medien, Hörsälen, auf Bühnen, von Kanzeln und in TV-Diskussionen. Das Klima ist das derzeit alles beherrschende Thema.

Es geht vordergründig um die Rettung des Planeten und der Menschheit. Mit dieser apokalyptischen Vision einerseits und der grünen Allmachtsfantasie andererseits lassen sich Maßnahmen rechtfertigen, die demokratische Grundrechte beschneiden oder aushebeln, lässt sich die Gesellschaft in das von den Linken ersehnte sozialistische Utopia umbauen. Mit der geschürten Klimapanik lassen sich Kritiker mundtot machen, alle Lebensbereiche reglementieren und steuern und die freie Marktwirtschaft in eine Planwirtschaft umbauen. Der Journalist Roland Tichy sieht im „grünen Klima-Sozialismus" nur die Vorstufe zum „CO_2-freien Klimakommunismus"[103].

„Ökologisch bedeutet daher viel mehr als nur Natur- und Umweltschutz. Das Umschwenken in eine ökologisch tragfähige Gesellschaft geschieht als Abbau der Verdrängungskonkurrenz zwischen den Menschen, als Abbau des Patriarchats und anderer Herrschaftsverhältnisse."[104]

— *Auszug aus dem Programm der Alternativen Liste Österreich aus den 1980ern*

Das klingt überzogen, alarmistisch, wie es die Grünen sind? Nein. Diese Gefahr ist real, sowohl Deutschland als auch Österreich sind auf dem Weg Richtung Ökodiktatur schon weit gekommen. In der Klimadebatte erheben die Grünen wie in allen anderen Politikbereichen einen exklusiven Wahrheitsanspruch. In der Klimadebatte gibt es keine Zwischentöne, keine Graustufen, nur Schwarz und Weiß, Freund und Feind, Falsch und Richtig. Wer nicht die richtige Haltung hat, ist ein „Klimaschädling"[105], wie es ZDF-Moderatorin Maybrit Illner formuliert hat, ist also Ungeziefer, das beseitigt werden muss. Wer die grünen Klimadogmen hinterfragt, ist ein „Klimaleugner", was eine wenig subtile Anspielung auf Holocaustleugner ist und zeigt, wo Skeptiker des menschengemachten Klimawandels von Grünen politisch eingeordnet werden.

Wenn es um die Rettung der Menschheit geht, deren Untergang den Grünen zufolge nur verhindert werden kann, wenn deren Glaubenssätze und Maßnahmen nicht infrage gestellt und vollständig umgesetzt werden, sind quasi alle Mittel erlaubt, auch eine Sprache des Hasses und der Vernichtung. Diese ist aber nur der erste Schritt.

Sie soll den Boden für politische Maßnahmen und das Vorgehen gegen Andersdenkende bereiten. Als politische Vorhut und Fußtruppen dienen die grünen Vorfeldorganisationen, die mit ihren radikalen Forderungen, Botschaften und ihrem Aktionismus den politischen Boden bereiten und im Verbund mit den Mainstreammedien die öffentliche Meinung und Stimmung in die richtige Richtung für den

ökosozialistischen Umbau der Gesellschaft lenken. Die sogenannten Nichtregierungsorganisationen sind die Einklatscher für die Grünen und ihre Politik. Organisationen wie „Fridays for Future", „Extinction Rebellion", „GLOBAL 2000", „Greenpeace", „SOS Mitmensch", „Asyl in Not" etc. decken im außerparlamentarischen Raum alle Kernbereiche grüner Politik ab.

Sie machen Stimmung, beeinflussen die öffentliche bzw. veröffentlichte Meinung, verbreiten Angst und Schrecken und erzeugen Schuldgefühle, die die Grünen mithilfe von moralischer Erpressung politisch verwerten können. Wenn „wir" nicht dieses oder jenes tun, wird der Meeresspiegel oder die globale Durchschnittstemperatur in einer mehr oder weniger fernen Zukunft um x Meter oder Prozent steigen, werden Hunderte Millionen Menschen krepieren. Immer steht eine Drohung, ja die Vernichtung der Menschheit im Raum. So warnt etwa David Wallace-Wells im „New York Magazine", wenn sich die globale Temperatur auch nur um 0,5 Grad mehr erhöhe, stürben um 150 Millionen mehr Menschen: „150 million more people would die from air pollution alone in a two-degree-warmer world than in a 1.5-degree-warmer one. Numbers that large can be hard to grasp, but 150 million is the equivalent of 25 Holocausts."[106]

Zur radikalen Klimavorhut gehört auch „Extinction Rebellion" („Rebellion gegen das Aussterben") mit ihrem Slogan „Hope dies – Action begins", die selbst das linke Nachrichtenmagazin „Spiegel" als „grüne Sowjets"[107] bezeichnet. Und die Galionsfigur der Klimaaktivisten, Greta Thunberg, sagt: „Ich will, dass ihr in Panik geratet."[108] Das Schüren von Ängsten, die Verbreitung von apokalyptischen Untergangsszenarien mit Millionen von Toten und die Ausrufung eines Klimanotstandes, all das dient dazu, den Menschen zu signalisieren: Wir haben keine Zeit mehr für Abstimmungen, Wahlen und andere langwierige und vor allem lästige demokratische Entscheidungsfindungsprozesse. Weil Klimanotstand herrscht, muss nun eine Elite von Wissenden und Experten, für die sich die Grünen tatsächlich halten, die Führung der Menschheit übernehmen und eine sozialistische Öko-Technokratie errichten.

„Extinction Rebellion" oder „Fridays for Future" sind nur die Vorhut, die Avantgarde und die Fußtruppen, die Grünen sind der parlamentarische Arm dieses Milieus, der die radikalen Forderungen der linken Ökos in leicht abgeschwächter und breitenwirksamerer Form politisch durchsetzt, nach dem bekannten Schema von Good Cop und Bad Cop. Bei diesem politischen Weltuntergangskult geht es, wie bei Sekten, Religionen und totalitären Ideologien, nicht um Fakten – entscheidend sind der richtige Glaube, die richtige Haltung und Einstellung. Zweifler und Ungläubige werden zu Klimaleugnern, zur Gefahr für das Allgemeinwohl, für das Überleben der gesamten Menschheit. Totalitäre Ideologien und Religionen akzeptieren keine Andersgläubigen.

Im real existierenden Sozialismus nannte man das Klassenstandpunkt. Dieser wurde durchgesetzt, auch wenn er offensichtlich unmenschlich und zerstörerisch war. Das ist insofern skurril, weil sich die Grünen in der Klimadebatte gern auf Fakten und Wissenschaftlichkeit berufen, behaupten, dass Konsens in der Wissenschaft bestehe, sich „alle" Experten einig seien. Wer nicht im Klimamainstream schwimmt, dem werden Qualifikation und Seriosität abgesprochen, dem darf keine Bühne mehr geboten, der muss vom wissenschaftlichen Diskurs, der ohnehin keiner mehr ist, ausgeschlossen werden. Dieser Konsens wurde, entgegen den Regeln der Wissenschaft, vor allem durch sozialen Druck und finanzielle und strukturelle Abhängigkeiten erreicht.

Im Übrigen war auch der geistige Urahn der Grünen, Karl Max, überzeugt, er habe „historische Gesetzmäßigkeiten" entdeckt, auf die er seine Lehren aufbaute. Auch das war wissenschaftlicher Humbug, seine Annahmen sind bereits x-fach widerlegt worden. Die Linken glauben aber noch immer an seine Irrlehren. Der angestrebte grüne Totalumbau der Gesellschaft erinnert in vielerlei Hinsicht an Maos Sprung nach vorn, dem Totalumbau der chinesischen Gesellschaft, den viele Millionen Chinesen nicht überlebt haben.

Beim europäischen Klimasprung wird es ebenfalls viele Verlierer und Opfer geben. Der Kampf gegen die Klimaerwärmung ist nichts anderes als eine linke Kulturrevolution im Ökogewand, Klimakampf ist Klassenkampf. Das ist keine neue Idee. Das Konzept, den Umweltschutz als Vehikel für den linken Systemwechsel zu missbrauchen, wurde bereits in den 1960ern entwickelt.

Die sozialen Bewegungen, sprich die Umwelt-, Anti-AKW- und Friedensbewegungen, waren von Kommunisten unterwandert und zum Teil auch aus dem Osten, der DDR und der UdSSR, gesteuert bzw. infiltriert. Timofejewitsch Frolow, Chefredakteur der Zeitschriften „Kommunist" (des Organs der KPdSU) und der „Prawda", Sekretär des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei der Sowjetunion und Vollmitglied des Politbüros der KPdSU, hat den Umweltschutz bzw. das Klima in den 1970er-Jahren als Möglichkeit erkannt, die Gesellschaften nach sozialistischen Vorstellungen umzubauen. In seinem Buch „Global Problems and the Future of Mankind" schreibt er: „Eine umfassende Lösung dieses Problems kann nur durch radikale soziale Umgestaltung der Welt und durch Überwindung der Klassengegensätze erreicht werden."[109]

Frolow betont, welch wichtige Rolle die kommunistischen Parteien beim Aufbau der Ökobewegungen in Westeuropa gespielt haben. Joschka Fischer, deutscher Außenminister, Vizekanzler und grüner Vordenker, schrieb in seinem Buch „Der Umbau der Industriegesellschaft": „Denn der

ökologische Umbau wird die Industriegesellschaften auch zu einem kulturellen Umbruch nötigen [...]."[110] Fischer sprach dezidiert von einer „ökologischen Kulturrevolution"[111]. Und Peter Pilz protestierte mit seinen Kampfgenossen von den Revolutionären Marxisten gegen das AKW Zwentendorf.

Dass es den Linken, die die neuen sozialen Bewegungen kaperten, bestenfalls am Rande um Umweltschutz ging, belegt auch eine Broschüre der Gruppe Revolutionärer Marxisten: Darin heißt es unter der Überschrift „AKWs – Nur für Kapitalisten notwendig": „Das bisher gesagte zeigt deutlich genug, daß Atomkraftwerke nur geschaffen wurden, um bessere Profitbedingungen für Kapitalisten herzustellen, und sich auf Kosten [...] der Arbeiterklasse zu bereichern."[112] Und weiter: „Es ist die Masse all jener, die die AKWs bekämpfen, weil sie unzufrieden mit der bestehenden Gesellschaft sind und im Kampf gegen die AKWs einen Ausgangspunkt für die Änderung des Bestehenden sehen."[113]

Damals wie heute dient der Umwelt- bzw. Klimaschutz vor allem dazu, die Gesellschaft zu verändern, das verhasste bestehende System zu überwinden. Nation, Tradition, Marktwirtschaft, Familie[114], alles, was Linke bekämpfen, wird auch von den Klimaschützern attackiert. Diese Überschneidungen, diese Kontinuität sind selbstredend kein Zufall. Die Linken, Kommunisten und Extremisten, die in den 1980ern gegen Zwentendorf und Hainburg mobilgemacht haben, würden heute bei „Fridays for Future" gegen Klimawandel und Kapitalismus marschieren. Damals wie heute ist ihr Ziel nicht der Schutz der Umwelt, sondern ein linker Systemwechsel.

Die Parolen und Ziele der rezenten Klimaaktivisten gleichen jenen der Anti-AKW-Bewegung auffallend. Das deutsche Aushängeschild der „FfF"-Bewegung, Luisa Neubauer: „Es ist eine zentrale Frage, ob der Kapitalismus, den wir gerade erleben, und Klimaschutz vereinbar sind."[115] Dass das nur eine rhetorische Frage ist, beweisen die Forderungen und Transparente, die man beim kollektiven Schulschwänzen gegen den Klimawandel sieht und hört. Wie etwa: „Burn capitalism not coal"[116] oder „Capitalism kills"[117].

Greta Thunberg posiert in Antifa-T-Shirts und lässt sich mit Gruppen wie „Ende Gelände" fotografieren, die laut deutschem Verfassungsschutz von „der linksextremistischen Szene unterstützt"[118] werden. Diese Gruppe hat einen Aufruf gestartet, den auch Abgeordnete der Grünen und der Linken unterschrieben haben. Darin heißt es: „Wir müssen den Kapitalismus mit seinem Wachstumszwang und seinen Ausbeutungsmechanismen überwinden."[119]

Die Linksextremisten unterwandern und instrumentalisieren die Klimabewegung wie die K-Gruppen in den 1980ern die Umweltbewegung. Wobei sie ohnehin auf wenig Widerstand stoßen und zumeist offene ideologische Türen einrennen. „Die Sicherheitsbehörden beobachten das Phänomen unterdessen mit wachsender Sorge. Grund: Nach Erkenntnissen von Polizei und Verfassungsschutz versuchen Linksextremisten, die „Fridays for Future"-Bewegung für ihre Zwecke zu missbrauchen"[120], so das Nachrichtenmagazin „Focus".

Ein deutscher Verfassungsschützer: „Unter dem Deckmantel der Klimaproteste verstärken sie ihren zum Teil gewaltsamen Kampf gegen unser Gesellschaftssystem."[121] Die Grünen, die zwar unablässig vor der Gefahr von rechts warnen, sehen in diesen Entwicklungen keinerlei Bedrohung für Demokratie und Rechtsstaat. So wird im türkis-grünen Regierungsprogramm kein einziges Mal der Linksextremismus erwähnt, während der Kampf gegen rechts zentraler Auftrag ist. Das ist ein klares Bekenntnis, eine eindeutige politische Positionierung. Was Peter Pilz und Genossen einst forderten, wird nun von der Regierung zumindest in Teilen umgesetzt.

Die Grenzen zwischen Grünen, der Klimabewegung, dem linken Rand und Linksextremisten sind fließend, es lässt sich nur schwer beurteilen und nachzeichnen, wie weit die Klimabewegung, etwa ihr Aushängeschild „Fridays for Future", im Kern linksradikal sind und inwieweit sie erst von Linksextremisten unterwandert wurden und instrumentalisiert werden. Klar ist jedenfalls, dass die „FfF"-Bewegung sehr straff organisiert ist: „Bei deutschen Demo-Auftritten Thunbergs weichen zwei Personen der 16-Jährigen so gut wie nie von der Seite: Luisa Neubauer, eine Art Klimajugend-Beauftragte der Grünen, und Jakob Blasel, Greenpeace-Aktivist und Mitglied der Grünen Jugend. Zwei gutaussehende und mediengewandte junge Grüne, ein praktisch unkritisierbares Kind im Rang einer ‚Prophetin' (Göring-Eckardt) – das Trio wirkt so smart zusammengecastet wie eine der notorischen Neunziger-Jahre-Boybands."[122]

Eine glaubhafte Abgrenzung vom linken politischen Rand gibt es von den Führern dieser Bewegung, von Greta Thunberg oder Lisa Neubauer nicht. Das trifft auch auf die Grünen zu, bei denen es große ideologische, inhaltliche und strategische Übereinstimmungen und Schnittmengen mit dem linken politischen Rand gibt.

Die grüne Bewegung, egal, ob sie gerade gegen sauren Regen, Atomkraftwerke, das Ozonloch, Feinstaub oder CO_2 kämpft, war und ist nur ein Vehikel, eine politische Tarnung für Linksradikale und -extremisten. Die Grünen dienen dabei als Scharnier und Verbinder zwischen dem linken Rand und der politischen Mitte. Mit der Angst vor dem Weltuntergang sollen sozialistische Ziele und Dogmen in der Mitte der Gesellschaft verankert werden. Dass der Kampf für das Klima nur ein billiger Vorwand ist, dessen sind sich sogar einige Politiker der einst bürgerlichen christlich-sozialen Parteien bewusst. Kristina Schröder, ehemalige CDU-Familienmi-

nisterin, in einer TV-Sendung: Ihr Problem sei, „dass der Klimaschutz oft nach vorne gestellt wird, im Grunde aber die Systemfrage gestellt wird – also das marktwirtschaftliche und das parlamentarische System infrage gestellt wird.“[123] Volltreffer. Leider sind solche Erkenntnisse und Meinungen in Union und ÖVP erstens die Ausnahme und zweitens nicht gerne gehört.

„Man darf sich nicht länger täuschen lassen, dass hinter den Aufrufen zur Rettung der Welt die Gefahr eines neuen Totalitarismus lauert, der in der Sprachkontrolle sein wirksamstes Instrument entwickelt. Die intellektuelle Arroganz, die früher nur die kleine Gruppe der Privilegierten kennzeichnete, nämlich die Vorstellung, dass man nach einigen Lehrstunden auf der Schule oder ein paar Universitätssemestern schon eine mündige Persönlichkeit sei, und auf der Grundlage, was ‚durch Lehrer oder Bücher in (den) Kopf kommt‘, dazu befähigt wäre, ‚vollerwachsene und endgültige Urteile über alles abzugeben‘, erfasst heute Massen von Jugendlichen, Teenies und selbst Kinder. Ohne Hemmung fühlen diese sich dazu berufen, über Dinge zu reden, von denen sie nur sehr schwach eine Ahnung haben, aber eine starke Meinung ausdrücken.“[124]

Dass diese Bewegungen vorgeben, mit dem Kampf gegen den Kapitalismus und das westlich-demokratische System das Klima und den Planeten retten zu wollen, ist insofern absurd, weil ausgerechnet die kommunistischen Staaten Osteuropas mit ihrer Planwirtschaft zu den größten Umweltsündern der vergangenen Jahrzehnte gehörten. Sie gefährdeten, verschmutzten und vergifteten mit ihrer veralteten und wenig ausgereiften Technik nicht nur die Umwelt, sie waren nicht einmal in der Lage, sich ohne Hilfe aus dem Westen selbst zu versorgen. „In der Praxis war der SED-Staat einer der größten Umweltverschmutzer der Erde. Kein anderes Land in Europa stieß so viel Schwefeldioxid und Staub aus wie die DDR.“[125] Dass die Umweltschützer mit sozialistischen Rezepten aus der Mottenkiste, wie der Planwirtschaft, nun das Klima retten wollen, ist ein Treppenwitz der Geschichte.

Um die Umwelt zu schützen, um Energie zu sparen, braucht es Innovation, Kreativität, neue Konzepte und technischen Fortschritt. Öko-Planwirtschaft, von oben verordnete staatliche Programme und Forschung, eine kitschige Verklärung der Natur und Technikfeindlichkeit sind hingegen völlig untaugliche Rezepte.

Klima als Vorwand für den sozialistischen Umbau der Gesellschaft: Entsprechend der marxistischen Tradition beruft man sich dabei auf „die“ Wissenschaft, beschwört, dass alle Wissenschaftler bezüglich des anthropogenen Klimawandels auf einer Linie lägen. Werden jedoch Ideologismen, wird Glaube zu Wissenschaft, besteht die primäre Aufgabe dieser Pseudowissenschaft darin, alle Widersprüche, Einwände und widersprechenden Fakten, die das Denkgebäude, das Glaubenskonstrukt zum Einsturz bringen könnten, abzuwehren. Das ist das genaue Gegenteil von Wissenschaft. Trotzdem hat sich dieses Denken in unserer Gesellschaft etabliert, in Universitäten, Medien, Politik, Kunst: Wer versucht, die These vom anthropogenen, sprich: menschengemachten Klimawandel zu widerlegen, oder auch nur den Anteil des Menschen am Klimawandel geringer als von der allgemeingültigen Lehrmeinung vorgegeben einschätzt, dieses grüne Dogma anzweifelt, schließt sich damit automatisch aus dem öffentlichen Diskurs aus. Erlaubt und akzeptiert ist, die linken Glaubenssätze zu bestätigen, ein Diskurs ist nur noch innerhalb des vorgegebenen grünen Rahmens möglich.

Die linke Internetenzyklopädie Wikipedia: „Die Leugnung der menschengemachten globalen Erwärmung (teils auch als Klimaleugnung, Klimawandelleugnung oder Klimawissenschaftsleugnung bezeichnet) ist das Ablehnen, Nicht-wahrhaben-Wollen, Bestreiten oder Bekämpfen des wissenschaftlichen Konsenses der Klimaforschung zur gegenwärtig stattfindenden globalen Erwärmung. Hierzu zählen insbesondere die Trendleugnung, also das Abstreiten, dass sich die Erde zurzeit erwärmt, die Ursachenleugnung, also das Abstreiten, dass der Effekt menschengemacht ist und die Folgenleugnung, also das Abstreiten, dass die Erwärmung große gesellschaftliche und ökologische Probleme zur Folge hat. Neben diesen drei Grundkategorien wird häufig auch die Konsensleugung hinzugezählt, also das Bestreiten, dass die Kernaussagen in der Forschung seit langem unstrittig sind.“[126]

Entgegen jeder Wissenschaftlichkeit schottet die Linke ihr Glaubenssystem, ihre Ideologie gegen neue Erkenntnisse, neue Theorien und Kritik ab. Die Klimaapokalypse als weltlicher Religionsersatz im nur scheinbar säkularisierten Europa. „Aber längst hat die angebliche Wissenschaft den Rang unumstößlicher Glaubenssätze erreicht“[127], so der Journalist und Autor Roland Tichy. Wie schnell und weitgehend widerstandslos die Linke ihre Glaubenssätze in den westlichen Gesellschaften etabliert hat und wie radikal sie mit dem Vehikel des Klimakampfes diese Gesellschaften und das demokratische System in Richtung sozialistischer Ökodiktatur umbaut, illustriert ein Artikel in der deutschen Tageszeitung „Die Welt“. Unter der Headline „Die CO_2-Theorie ist nur geniale Propaganda“ erschien 2011 ein Kommentar von Günther Ederer. Darin heißt es: „‚Alle Parteien der Industriestaaten, ob rechts oder links, werden die CO_2-Erderwärmungstheorie übernehmen. Dies ist eine einmalige Chance, die Luft zum Atmen zu besteuern. Weil sie damit angeblich die Welt vor dem Hitzetod bewahren, erhalten die Politiker dafür auch noch Beifall. Keine Partei wird dieser Versuchung widerstehen.‘ Dies prophezeite mir schon 1998 Nigel Calder, der vielfach ausgezeichnete britische Wissenschaftsjournalist, jahrelanger Herausgeber vom „New Scientist“ und BBC-

Autor. [...] Er hat mit seiner Einschätzung der Parteien Recht behalten. Die Ergebnisse der Forscher, die wissenschaftliche Arbeiten über die Auswirkungen der Sonne und der Strahlungen aus dem Weltall auf unser Klima beinhalten, aber werden weitgehend totgeschwiegen. Damit können die Politiker nichts anfangen. Das würde bedeuten, dass die Flut von Gesetzen, mit denen die Bürger zu immer neuen Abgaben und Steuern gezwungen werden, um die Welt zu retten, nicht mehr zu rechtfertigen wäre. Weder Glühbirnenverbot noch die gigantischen Subventionen für die so genannte erneuerbare Energie würden einen Sinn machen. Statt mit Steuern den Klimawandel zu beeinflussen, müssten sie sich mit den Folgen des natürlichen Klimawandels beschäftigen."[128]

Einen solchen Text würde und könnte heute keine Tageszeitung in Deutschland oder Österreich mehr abdrucken, ohne sich sofort einem gewaltigen Shitstorm und heftiger Kritik auszusetzen. Der enorme mediale und politische Druck, der hier aufgebaut worden ist, hat zu einer flächendeckenden Selbstzensur geführt. Kritik an der vorherrschenden Klimaideologie bzw. Politreligion findet fast ausschließlich in den reichweitenschwachen und von der herrschenden politmedialen Klasse an den gesellschaftlichen Rand gedrängten alternativen Medien statt. Personen, Institutionen und Medien, die die sozialistische Klimalehre auch nur in Teilbereichen kritisieren und anzweifeln, werden für diesen Frevel vom grünen Establishment und seinen medialen, wissenschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Helfershelfern bekämpft und marginalisiert. So konnte etwa das Europäische Institut für Klima & Energie (EIKE) eine geplante Konferenz in einem Münchner Seminarhotel nicht abhalten, weil sogenannte Klimaaktivisten dagegen protestieren und die Hotelleitung massiv unter Druck setzten[129]. Das störte weder die Politik noch die Behörden noch die Mainstreammedien. Im Gegenteil, der Berliner „Tagesspiegel" triumphierte: „Klimawandel-Leugner müssen sich neuen Veranstaltungsort suchen"[130]. Wenn es um die vermeintliche Rettung der Welt, sprich: um den sozialistischen Systemumbau geht, spielen auch demokratische Grundrechte wie die Versammlungsfreiheit keine Rolle mehr.

So wie auch in der Zuwanderungsfrage werden die Grünen beim Thema Klima von der Kirche unterstützt. Katholiken und Protestanten versuchen, mithilfe der Klimaangst aus ihrer tiefen Krise zu finden und wieder eine gewisse gesellschaftliche Relevanz zu erlangen. „Jeder katholische Moraltheologe muss vor Neid erblassen, wenn er sieht, wie exakt sich in der neuen Klimaweltreligion ein Zusammenhang zwischen Sünden und Strafen berechnen lässt."[131] Der Berliner Bischof Heiner Koch: „Mich erinnern die Freitagsdemos an die biblische Szene vom Einzug Jesu [...]. Ich möchte jedoch daran erinnern, dass unsere Gesellschaft und auch unsere Kirche von Zeit zu Zeit echte Propheten braucht, die auf Missstände und Fehlentwicklungen hinweisen und Lösungswege vorschlagen."[132] So wie auch die Grünen will die Kirche die Klimaangst und deren wichtigste Verkünderin, Greta Thunberg, für ihre Zwecke instrumentalisieren. Den Grünen ist das, wie deutsche Umfrage- und österreichische Wahlergebnisse zeigen, gelungen. Angesichts solcher Allianzen verwundert es nicht, dass die öffentlich-rechtlichen und andere linke Mainstreammedien de facto nur noch Klimapropaganda betreiben. Die Instrumente dafür sind die Vereinnahmung „der" Wissenschaft, die Postulierung „der" Wahrheit, die Herabsetzung „der" Zweifler und die Ankündigung „der" Apokalypse[133].

Dass es den Grünen nicht um die Rettung des Planeten oder des Klimas geht, obwohl das grüne Fußvolk aufgrund seiner latenten Selbstüberschätzung und linker Autoritätshörigkeit daran glauben mag, zeigt sich auch daran, dass alle von den Grünen bisher angedachten, geplanten, propagierten und bereits umgesetzten Maßnahmen, den CO_2-Ausstoß zu verringern, noch keinerlei Ergebnisse gebracht haben.

Es handelt sich vielmehr um Symbolpolitik. Mit dieser plakativen Umweltshow will man die Menschen möglichst rasch und widerstandslos entmündigen, enteignen und entrechten. Man stellt Windräder nicht in die Landschaft, um das Klima zu retten, das können sie gar nicht. Sie sind weit sichtbare Symbole – oder, aus anderer Perspektive: Mahnmale – dieser Ideologie, dieses marxistischen Derivates. Deshalb ist es auch egal, dass Windräder so wie viele andere „grüne" Technologien der Umwelt eher schaden als nutzen. Es spielt es auch keine Rolle, dass die grüne Elite nicht umwelt- und klimabewusst lebt. Keine andere Wählergruppe steigt etwa so oft ins Flugzeug wie die Wähler der Grünen.[134]

Dass Elektroautos nicht nur eine miserable CO_2-Bilanz aufweisen, sondern zusätzliche Umweltprobleme verursachen und in vielen Bereichen völlig praxisuntauglich sind, ist zwar evident, wird aber von den Mainstreammedien ausgeblendet. Gleichzeitig werden von den Grünen Atomkraftwerke verdammt, obwohl sie helfen könnten, den weltweiten CO_2-Ausstoß zu reduzieren. Das hat sogar Klimaikone Greta Thunberg erkannt und mitgeteilt, sie wurde aber sofort von ihren PR-Leuten und Hintermännern zurückgepfiffen[135], die das Mädchen und die Klimakampagne steuern.

Dazu kommt, dass viele Grüne Technologie und Wissenschaft als seelenlos empfinden, als etwas, das die Menschen von der Natur entfremdet und grundsätzlich bedrohlich ist.[136] Das ist auch einer der Gründe, warum die grüne Klimabewegung bisher keine tauglichen oder praktikablen Lösungen zur Rettung des Weltklimas gefunden hat. Keine der Maßnahmen, auch nicht der „Green Deal" der Ursula von der Leyen, sind dazu angetan, das Klima zu steuern. Der

Klimakampf eignet sich hingegen hervorragend, um von jenen Krisen abzulenken, die die politmediale Elite nicht lösen kann, denen sie ohnmächtig gegenübersteht. Diese politische Ohnmacht wird mit infantilen Weltrettungsfantasien kompensiert, mit denen man darüber hinaus die Menschen weiter belasten, steuern und unterdrücken kann.

In einem Kommentar in den „Tagesthemen", der wichtigsten Nachrichtensendung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, stellt Werner Eckert fest: „Mit ein paar Biotopen und einem freiwilligen Veggie-Day ist es nicht mehr getan. Wir müssen uns jeden Tag einen gangbaren Weg suchen zwischen Kopf in den Sand stecken vor Verzweiflung und dem Ruf nach einer Öko-Diktatur." Und bist du nicht willig, dann brauch' ich Gewalt. Unterwerfen sich die Bürger nicht freiwillig dem Öko-Diktat, kommt die Öko-Diktatur. Sprich: Die Öko-Diktatur ist, wie so vieles im postdemokratischen linksalternativen Europa, alternativlos. Unverblümt auch ARD-Hauptstadtkorrespondentin Kristin Joachim: „Der Mensch funktioniert eben nicht über Freiwilligkeit. Er will gezwungen werden."[137] Unter dem Vorwand, den Planeten retten zu müssen und zu können, lassen die Grünen und Linken immer öfter ihre demokratischen Masken fallen.

Widerstände gibt es nur noch vereinzelt, weshalb auch der Umbau von der Markt- zur Ökoplanwirtschaft in Deutschland und Österreich zügig voranschreitet. Dafür nimmt man auch in Kauf, dass etwa die deutsche Autoindustrie, eine der letzten Schlüsselindustrien, zerstört wird. Schon Anfang des Jahrtausends diagnostizierte der Historiker Martin Haidinger: „Die VGÖ mochte die Industrie nicht, weil sie stank und schmutzte, die ‚Alternativen' hassten die Industrie, weil ihre Chefs Hauptträger des kapitalistischen Systems waren."[138] Und weil sich zweitere durchgesetzt haben, bekämpft man jetzt unter dem Klimadeckmantel den Kapitalismus, die Marktwirtschaft und die Konzerne, sprich: das westlich-demokratische System.

2.4 Angst, Schuld und moralische Erpressung

„Die Klimapolitik benötigt ein Element der Furcht"[139], so Herrmann Ott, ehemaliger Abgeordneter der deutschen Grünen. Er bringt damit ein Kernelement grün-linker Politik auf den Punkt: das Spiel mit der Angst. Seit ihren Anfängen in den 1970er-Jahren schüren und erzeugen die Grünen in der Bevölkerung Ängste, Panik, warnen vor dem baldigen Untergang der Zivilisation, der Welt, vor einer Apokalypse. „Wann immer es Politiker, gleich welcher Couleur, nach der absoluten Herrschaft verlangte, haben sie zunächst Ängste geschürt, um sich nachher als Retter in der Not aufzuspielen. War es ihnen erst einmal gelungen, für die nötige Hysterie zu sorgen, wurde die sachliche Begründung ihres Handelns zur Nebensache. Mehrheitlich vertrauten ihnen die Geblendeten blindlings."[140]

In dieser Disziplin haben es die Grünen zur wahren Meisterschaft gebracht. Seit ihren Ursprüngen und Anfängen warnen sie die Bürgern vor überall lauernden Gefahren und Risiken, prophezeien den Untergang der Menschheit. Die Rohstoff-Knappheit Anfang der 1970er, die Atomkraft, der saure Regen, das Waldsterben, das Ozonloch, der Feinstaub. Die Grünen waren stets die guten Menschen, die die Menschheit vor den Risiken der Technik und des Fortschrittes bewahrten. Ihnen gelang es, ein neues Lebensgefühl zu erzeugen und zu bewirtschaften. Die Grünen schufen eine Generation der Ängstlichen: Atomkraftwerke, Atomkrieg, Gentechnik, Chemie, Plastiksackerl, Umweltverschmutzung etc. Dass die Grünen im deutschsprachigen Raum besonders erfolgreich sind, liegt vermutlich auch daran, dass die Bevölkerung einen Hang zu apokalyptischen Zukunftsängsten hat, den man international unter dem Begriff „German Angst"[141] kennt. Die Grünen verstanden es am besten, dieses Wesensmerkmal, diese latenten Ängste für ihre Zwecke politisch zu nutzen und weiter zu verstärken. „Ob Atomkrieg, Waldsterben, Kernenergie oder Migration: In Deutschland werden Debatten schnell mit apokalyptischen Ängsten befeuert."[142]

Weil sich die Realität aber nicht an grüne Untergangsszenarien hält und die von den Grünen prophezeiten Katastrophen stets ausbleiben, verwandelte sich die zum Teil berechtigte Kritik der Grünen an den herrschenden Zuständen immer mehr in Ideologie, ihre Warnungen und Untergangsszenarien wurden immer apokalyptischer. Wir sind nun beim Hitzetod der Erde angelangt. Das hat gegenüber früheren Schreckensszenarien den Vorteil, dass die Welt erst in einer mehr oder weniger fernen, nicht näher bestimmbaren Zukunft untergeht, sich die gesetzten politischen Maßnahmen also nicht auf ihre Wirksamkeit und Sinnhaftigkeit hin überprüfen lassen, und dass sich praktisch jedes Wetterphänomen im Sinne der kommenden Klimaapokalypse interpretieren und deuten lässt.

„Angst zu machen ist ihr Geschäft. Heute kämpfen sie gegen Pflanzengentechnik und immer noch gegen den Erzfeind Atomkraft. In der Zwischenzeit auch gegen Straßenausbau, Kohlekraftwerke, Computer, PET-Flaschen, Mobiltelefone, den Transrapid, Stammzellenforschung, Flughäfen, PVC-Fensterrahmen, medizinische Gentechnik, ICE-Trassen und eigentlich jeden technischen Fortschritt außer Windrädern und Solaranlagen. Grünes Denken skandalisiert erfolgreich die Risiken neuer Technologien."[143]

Mit der Angst vor der Klimakatastrophe haben die Grünen neben ihrer Faschismuskeule eine zweite, äußerst wirkungsvolle politische Waffe an der Hand. Angesichts des drohenden Unterganges ist alles erlaubt, wird selbst von

bürgerlichen Wählern vieles bisher Undenkbares akzeptiert: „Bis vor kurzem galt es noch als weithin unakzeptabel oder mindestens radikal zu behaupten, ausgerechnet kollektive Panik und Unterdrückung jedes Zweifels könnte die Lösung eines Problems befördern. Mittlerweile scheint vielen Politikern und auch Bürgern bis weit in die Mittelschicht gerade diese Sichtweise akzeptabel."[144]

Dass ausgerechnet die Grünen den Rechten und Konservativen vorwerfen, sie würden mit den Ängsten der Menschen spielen, sie für ihre Zwecke instrumentalisieren, ist angesichts der Geschichte und der Methoden der Grünen sowie der Tatsache, dass sie diese Klaviatur am besten beherrschen, nicht verwunderlich, sondern ein geschicktes Ablenkungsmanöver. Man ruft: Haltet den Dieb!

„Grüne Positionen gelten fast automatisch als ethisch hochwertig und damit als etwas Besseres als die Argumente der politischen Konkurrenten."[145]

— Michael Miersch

Auch vieles mehr, was die Grünen den Rechten bzw. Bürgerlichen vorwerfen, ist lediglich Projektion – etwa der Vorwurf, sie würden die Gesellschaft spalten, obwohl kaum jemand Andersdenkende so kompromisslos ausgrenzt, abwertet, verfolgt und attackiert wie die Grünen und ihr mediales Um- und Vorfeld. Oder der Vorwurf, Rechte würden sich gern als Opfer inszenieren. Man kennt die Kommentare der Journalisten und politischen Experten, die FPÖ-Politikern oder nichtlinken Persönlichkeiten vorwerfen, sie würden sich in der Opferrolle gefallen, sich gerne als Opfer inszenieren, mit dem stets anklagenden Unterton, sie seien in Wahrheit die Täter, weshalb ihre Ausgrenzung und Marginalisierung schließlich gerechtfertigt sei.

Zudem beanspruchen Grüne die Opferrolle exklusiv für sich und ihre politische Klientel. Es ist ein Instrument, eine Strategie, ein Geschäftsmodell. Opfer zu sein, ist in der linken postheroischen, feminisierten Gesellschaft auch ein Statussymbol. Es ist ein regelrechter Wettbewerb darum entstanden, wer oder welche Gruppe mehr unterdrückt, ausgebeutet und diskriminiert wird.

Das hängt mit dem Selbstbild und -verständnis der Grünen zusammen, mit ihrer aufgesetzten Antiestablishmenthaltung. Dass man gegen die Mächtigen, gegen das System kämpfte, traf zumindest teilweise auf die sozialen Bewegungen der 1970er-Jahre zu. Mittlerweile ist man nach dem erfolgreichen Marsch durch die Institutionen selbst zum Establishment geworden, die Haltung aber ist geblieben. Obwohl die '68er und ihre grünen Epigonen die kulturelle Hegemonie errungen haben, über die Deutungs- und Meinungshoheit verfügen und viele wichtige Positionen in Gesellschaft und Staat bis hinauf zum Vizekanzler und Bundespräsidenten besetzt haben, inszenieren sie sich noch immer als widerständig, kritisch, unbequem und unangepasst. Damit diese Inszenierung halbwegs glaubwürdig wirkt, braucht man einen Antagonisten, einen Gegner. Deshalb spielt der Kampf gegen rechts für die Grünen eine zentrale Rolle.

Die Rolle des Bedrohten kann man nur glaubwürdig einnehmen, wenn der Feind als mächtig, skrupellos und gefährlich wahrgenommen wird, auch wenn die realen Machtverhältnisse völlig andere sind, der vermeintlich Schwache und Bedrohte nur gegen einen Popanz kämpft und längst selbst zur größten Gefahr für Freiheit und Demokratie geworden ist. Deshalb wird von linker Seite eine permanente Bedrohung von rechts konstruiert, obwohl unsere Freiheit, unser Friede, unser Wohlstand und unsere Demokratie von ganz anderer Seite angegriffen werden. Gelingt es, sich als Opfer zu positionieren, von der Allgemeinheit als solches gesehen zu werden, kann man daraus nicht nur politisches Kapital schlagen: Wer Opfer ist, hat in einem politisch korrekten System auch ein Anrecht darauf, von „der" Gesellschaft oder den vermeintlichen Tätern mit Geld, Sonderrechten, Anerkennung, Aufmerksamkeit, attraktiven Posten und Subventionen versorgt zu werden. Weil sich ein Opferstatus in unserer Gesellschaft lohnt, gibt es immer mehr Verfolgte, Diskriminierte, Benachteiligte, Unterdrückte. Zu ihnen gehören Frauen, Zuwanderer, Transgender, Schwule, Übergewichtige etc.

Weil jedes Opfer einen Täter, jeder Unterdrückte einen Unterdrücker, jeder Ausgebeutete einen Ausbeuter braucht, weil fast jeder zu einer Opfergruppe gehören möchte und es keine homogene Mehrheit mehr in unserem antielitären Multikultistaat gibt, die man kollektiv als Tätergruppe verantwortlich machen könnte, bleibt unterm Strich als der Unterdrücker, der Täter, als Feindbild und Bösewicht schlechthin der „alte weiße Mann" (mit der falschen politischen Einstellung).

Das ist keine rechte Opferinszenierung, wie viele Linke reflexartig anmerken würden, das haben selbst Medien wie die linke Wochenzeitung „Die Zeit" erkannt: „Er ist das Feindbild nicht nur vieler Feministinnen: der ‚alte weiße Mann'"[146]. „Der Weltbösewicht ist nunmehr der Alte Weiße Mann (AWM). Er wird auch gern als ‚Boomer' bezeichnet, weil er der Babyboom-Kohorte angehört."[147] In einer für Sozialisten typischen Selbstbezichtigung – Selbstkritik wurde innerhalb kommunistischer Parteien als kommunikative Praxis verstanden – schreibt Mark Heywinkel auf einem Internetangebot des deutschen „Zeit"-Verlages über den „weißen Hetero-Mann", was nach einigen Protesten in „Mann" geändert wurde: „Er ist gewalttätig. Er ist brutal. Er ist ein Problem."[148]

Dieser Erbschuld entkommt der weiße Mann nur, wenn er sich politisch korrekt verhält, die erwünschte linke Geisteshaltung übernimmt. In diesem Fall ist er sich „seiner Weltschuld immerhin bewusst, was das Leben für ihn ein bisschen erträglicher macht und ihn zu einem besseren Menschen“[149]. Dieser von den Grünen instrumentalisierte und geförderte europäische Schuldkult und Selbsthass, mit der die Verehrung bzw. Verklärung des Fremden, des Exotischen einhergeht, hat mehrere Wurzeln. Eine davon liegt im simplen marxistischen ökonomischen Verständnis. Vereinfacht ausgedrückt, ist aus Sicht der Linken die Wirtschaft ein Nullsummenspiel.

Das heißt, reich kann nur werden, wer anderen etwas wegnimmt, sie ausbeutet. Somit ist Reichtum aus linker Sicht immer etwas Unanständiges, Ungerechtes und mit Schuld Behaftetes. Deshalb hat Europa bzw. der Westen eine permanente Schuld gegenüber der Dritten Welt. Solange der Wohlstand – aus welchen realen Gründen auch immer – in Europa größer als in Afrika ist, solange sind „wir“ schuld an der Armut Afrikas. Angela Merkel sprach während der Flüchtlingskrise, als sie die Deutschen davon zu überzeugen versuchte, dass Deutschland bzw. die EU noch mehr Menschen aufnehmen müsse, von einer „tiefen Schuld gegenüber dem afrikanischen Kontinent“[150]. Menschen mit Schuldgefühlen lassen sich leichter moralisch erpressen. Dass der Aufstieg und Reichtum Europas sehr viele Ursachen hat und die Ausbeutung der Dritten Welt dabei eine eher untergeordnete Rolle spielt, wird aufgrund dieser Sichtweise völlig ausgeblendet. Ebenso wie die Tatsache, dass einige ehemalige Kolonialstaaten Europa auch ganz ohne Hilfe der Europäer wirtschaftlich längst überflügelt haben. Man denke etwa an Singapur.

Hier treten wie beim Klima wieder die Großartigkeits- und Allmachtsfantasien der Grünen, ihr Wunsch, einer globalen Elite anzugehören, ungeschminkt zutage. „Wir“, sprich die Europäer bzw. der Westen, sind für alle Widrigkeiten und Fehlentwicklungen dieser Welt verantwortlich, wir nehmen alle Schuld auf uns. Wir tragen die Verantwortung für die Klimaerwärmung, die Armut in Afrika, die Konflikte in der islamischen Welt und für alle anderen Ungerechtigkeiten auf diesem Planeten.

In der politischen Realität spielt Europa auf der internationalen Bühne kaum noch eine Rolle, wird für sein infantiles Gutmenschentum belächelt – in China werden europäische Liberale verächtlich „Baizuo“ genannt. Wirtschaftlich und zunehmend auch technologisch ziehen Staaten wie China, Korea oder Singapur an Europa vorbei, und auch in Afrika geben längst die Chinesen den Ton an. Deshalb ist es völlig illusorisch, wenn die Grünen die Einwanderung nach Europa eindämmen wollen, indem sie Afrika zu Frieden und Wohlstand bringen möchten. Dazu ist Europa nicht in der Lage. Man müsse die Fluchtursachen in den Herkunftsregionen bekämpfen, hört man in diesem Zusammenhang gebetsmühlenartig von den Grünen[151]. Dabei haben Jahrzehnte europäischer Entwicklungshilfe wenig bis keine Fortschritte gebracht, im Gegensatz zum rezenten wirtschaftlichen Engagement Chinas.

Wenn es seitens der Grünen angesichts von Klima- und Migrationskrise oder sozialer Ungerechtigkeit heißt, „wir müssen“, sprich: unverblümt Zwangsmaßnahmen eingefordert werden, sind damit stets die Bürger oder, genauer gesagt, die Nettosteuerzahler angesprochen. Sie müssen noch mehr leisten, sprich: Steuern zahlen, damit die Grünen mit dem Geld der anderen einmal mehr die Welt vor den von ihnen selbst verkündeten oder selbst geschaffenen Katastrophen retten können. Zu diesem Zweck wird den Bürgern von den Grünen, deren Vorfeldorganisationen und Medien permanent eingetrichtert, sie trügen an der Armut der Afrikaner ebenso wie an der Klimaerwärmung eine große Mitverantwortung. Diese Schuld könne nur abtragen, wer erstens den Handlungsanweisungen und Vorgaben der Grünen folge und zweitens noch mehr von seiner Arbeitsleistung und Zeit (= Steuern) an die herrschende linke Politklasse abtrete.

Mit dem so generierten Schuldgefühl lassen sich die Bürger moralisch er- und finanziell auspressen. Schließlich geht es uns nur gut, weil es anderen schlecht geht. Diese ebenso simple wie falsche Schuldgleichung ist der Hebel für die permanente Erpressung und die Rechtfertigung für immer neue Belastungen der Bürger. Und vom Umverteilen und von der Rettung der Welt profitieren vor allem die Grünen selbst.

Um für das Elend und den angeblich schlechten Zustand unser Welt, an der Klimakatastrophe und den Konflikten in der Dritten Welt die Verantwortung zu tragen, reicht es, ein weißer Mann zu sein. In grün-linken Kreisen macht gerade der aus den USA stammende Slogan „Check your privilege“ Karriere: „Sind sie weiß? Männlich? Am Ende gar heterosexuell? Ganz schlecht, Test nicht bestanden. Ihre gesellschaftliche Existenz besteht offensichtlich nur auf unverdienten geerbten Privilegien, mit denen Sie andere unterdrücken.“[152]

Dieser neue linke Trend zeigt: Es geht nicht um tatsächliche Schuld und Verantwortung, es geht um einen neuen Mechanismus, eine Methode, die Bürger zu steuern und zu unterdrücken. Das funktioniert mit Schuld, Angst und moralischer Erpressung. „Den Grünen ist das Geschäft mit der Angst am besten gelungen“[153], so Burkard Dregger, CDU-Fraktionschef im Berliner Abgeordnetenhaus.

2.5 Die Verbotspartei

Grüne Lösungsvorschläge und Zukunftsstrategien laufen entsprechend der ideologischen Grundierung und der marxistischen Denktradition dieser politischen Bewegung stets in die gleiche Richtung: mehr Staat, mehr Steuern, mehr

Bürokratie, mehr Regelungen, mehr Verbote. Im Umkehrschluss bedeutet das, weniger Selbstbestimmung, weniger Eigenverantwortung. Grüne hegen ein tief in der linken kollektivistischen Ideologie verwurzeltes Misstrauen gegenüber der Freiheit, nicht nur, was den Markt, also die Ökonomie betrifft. Die Freiheit des Individuums im Allgemeinen: Meinung-, Presse-, Kunst-, Vertragsfreiheit etc. All das ist den meisten Grünen suspekt, zumal sie, wie bereits dargelegt, der festen Überzeugung sind, dass nur sie allein wissen, wie man die Menschheit in eine bessere Zukunft führt, wie man einen besseren Menschen erschafft. Wer den Wahrheitsanspruch stellt, für den sind andere Standpunkte und Meinungen entweder nur lästig oder bedrohlich.

In der linken Wochenzeitung „Die Zeit" bringt es Autorin Mely Kiyak, die Thilo Sarrazin als „lispelnde, stotternde, zuckende Menschenkarikatur"[154] bezeichnet hat, auf den Punkt: „Ja klar, Verbote. Was denn sonst? Es braucht nicht weniger Regulierung, sondern mehr. Bitte, bitte noch mehr Verbote!"[155]

Dass das keinesfalls ironisch gemeint ist, unterstreicht sie mehrmals in ihrem Artikel: „Es gibt Bürger, für die der Gedanke, anderen zu schaden, unerträglich ist. Diese Bürger unterstützen vielleicht die internationalen Hilfsorganisationen wie Medico International oder zahlen einen Jahresbeitrag für Amnesty. Sie laufen bei Fridays For Future mit, bei #Unteilbar oder Pulse of Europe. Sie unterstützen vielleicht vor Ort kleinere Initiativen und haben das Greenpeace Magazin abonniert. Sie sind verstreut, nicht immer miteinander vernetzt, aber sie sind da. Zivilisation und Fortschritt entstanden noch nie aus Massenbewegungen, sondern sind das Verdienst der Avantgarde."[156]

Und weil sich die Grünen, so wie von Frau Kiyak hier beschrieben, für diese Avantgarde, diese moralische Elite halten, der die Menschheit Zivilisation und Fortschritt zu verdanken haben, ist es schlicht notwendig, dass ebendiese Avantgarde die anderen, die weniger Guten und Progressiven, also die lispelnden Menschenkarikaturen, sprich: die minderwertigen (Unter-)Menschen erzieht, anleitet und steuert. Die effektivsten Instrumente der grünen Klassisten sind Verbote, Zwang und Strafen. „Was denn sonst?"

„Verbote sind die Bedingung für Freiheit."[157]

— Robert Habeck, Bundesvorsitzender der Grünen

Grüne sind, wie alle Sozialisten, Feinde der Freiheit. Sie haben einen sehr eingeschränkten respektive pervertierten Freiheitsbegriff. Er entspricht jenem von Rosa Luxemburg. Deren Notiz: „Freiheit ist immer die Freiheit der Andersdenkenden"[158], wird von Linken gern zitiert und in der Regel falsch interpretiert. Denn die Kommunistin Luxemburg war alles andere als eine Freundin von Meinungsfreiheit und Demokratie, sie meinte lediglich die Freiheit im linken Binnendiskurs, die Diskussion und den Meinungsaustausch zwischen den unterschiedlichen linken Strömungen.

Auch die Grünen wollen Meinungsfreiheit nur in einem von ihnen festgelegten und exakt definierten Rahmen zulassen. Wer diesen politisch korrekten Meinungskorridor verlässt, also grüne Dogmen infrage stellt, gilt als Rechter, als Nazi, als Hetzer, und hat dementsprechend sein Recht auf freie Meinungsäußerung verwirkt. Schließlich sei „Hass keine Meinung", so der Titel eines Buches der grünen Spitzenpolitikerin und Ex-Ministerin Renate Künast. Stimmt, Hass ist eine Emotion, aus der Innovationen, Meinungen etc. entstehen können, doch Künast und die Grünen verwenden dieses Wort in einer missverständlichen bzw. missbräuchlichen Weise, um dem politischen Gegner sein Recht auf freie Meinungsäußerung absprechen zu können. Längst haben Hass und Hetze Eingang in die Gesetze gefunden und dienen nun der Einschüchterung Andersdenkender.

„In den demokratischen Republiken geht die Tyrannei ganz anders zu Werk; sie kümmert sich nicht um den Körper und geht unmittelbar auf den Geist los. Der Machthaber sagt hier nicht mehr: ‚Du denkst wie ich, oder du stirbst'; er sagt: ‚Du hast die Freiheit, nicht zu denken wie ich; Leben, Vermögen und alles bleibt dir erhalten; aber von dem Tage an bist du ein Fremder unter uns. Du wirst dein Bürgerrecht behalten, aber es wird dir nicht mehr nützen, denn wenn du von deinen Mitbürgern gewählt werden willst, werden sie dir ihre Stimme verweigern, ja, wenn du nur ihre Achtung begehrst, werden sie so tun, als versagten sie sie dir. Du wirst weiter bei den Menschen wohnen, aber deine Rechte auf menschlichen Umgang verlieren. Wenn du dich einem unter deinesgleichen nähern wirst, so wird er dich fliehen wie einen Aussätzigen; und selbst wer an deine Unschuld glaubt, wird dich verlassen, sonst meidet man auch ihn. Gehe hin in Frieden, ich lasse dir das Leben, aber es ist schlimmer als der Tod.'"[159]

— Alexis de Tocqueville (1805–1859)

Es ist kein Zufall, dass im Zuge der Masseneinwanderung, des damit einhergehenden Glaubwürdigkeitsverlustes der Mainstreammedien und der Imagekrise der grünen und roten Sozialisten in Deutschland das Netzwerkdurchsetzungsgesetz eingeführt und in Österreich der Straftatbestand der Verhetzung[160] erweitert worden sind. Der infolge dieser Krisen erwachte politische Widerstand wurde dem linken Establishment zu gefährlich, weshalb man versuchte, oppo-

sitionelle Meinungen zu kriminalisieren. Es galt, im Sinne Gramscis die Deutungshoheit über die Krise zu behalten und unliebsame bzw. schädliche Informationen (oftmals als Fake News diffamiert) zu unterdrücken.

Die Grünen und die geistigen Grünen der anderen Parteien haben das Feld des Erlaubten, also das akzeptierte Meinungsspektrum, in den vergangenen Jahren immer weiter eingeengt. Mittlerweile werden selbst bürgerlich-liberale Medien wie etwa „Die Achse des Guten" von Henryk M. Broder oder „Tichys Einblick" als rechtsextrem diffamiert: Die grüne Bundestagsvizepräsidentin Claudia Roth hatte die beiden Medien als „neurechte Plattformen, deren Geschäftsmodell auf Hetze und Falschbehauptungen beruht"[161], bezeichnet und wurde nach einer Klage von einem Gericht bestätigt.

Auch einer der renommiertesten bürgerlichen Journalisten Österreichs, Andreas Unterberger, wurde von der vom Grünen Karl Öllinger betriebenen Plattform „Stoppt die Rechten" als „rechter Online-Troll"[162] beschimpft. Mit dem bei den Grünen beliebten Slogan: „Hass und Hetze sind keine Meinungen", kann man die Meinungsfreiheit mit einem gutmenschlichen Gestus aushebeln und Andersdenkende kriminalisieren, zumal es die grünen und linken Meinungsführer und -wächter sind, die dank ihrer kulturellen Vormachtstellung und ihrer Deutungshoheit bestimmen können, was noch eine erlaubte Meinung und was bereits verbotener Hass ist. Hier gilt die Faustregel: Auf linker Seite ist de facto alles erlaubt, selbst widerlichster Menschenhass oder Aufrufe zur Gewalt. Hier gibt es keinerlei Niveau-, Scham- oder sonstige Untergrenzen. So hat etwa das Rattengedicht eines freiheitlichen Lokalpolitikers einen internationalen[163] Skandal ausgelöst, obwohl er in seiner gereimten Fabel alle Menschen als Ratten dargestellt hat, auch seine eigene Familie, während der Presserat die Darstellung von Heinz-Christian Strache und Johann Gudenus als Ratten in der „Kronen Zeitung" nicht als Ethikverstoß[164] gewertet und die Schauspielerin Julia Stemberger in einem „Kurier"-Interview Rechte als „Kanalratten"[165] bezeichnet hat, ohne dass es irgendwelche kritischen Reaktionen der sonst stets empörten und besorgten Journalisten und Grünen gegeben hätte.

Der Schweizer Kommunist Jean Ziegler, der bei den Grünen viele Fans und Sympathisanten hat[166], hat im ORF offen zum Mord an Spekulanten aufgerufen[167]. Der Skandal blieb aus, Ziegler ist nach wie vor gern gesehener Gast im ORF und hat noch immer viele Anhänger bei den Grünen. Hass, Hetze und Menschenverachtung machen Grüne nur beim politischen Gegner aus. Kommt er aus den eigenen Reihen bzw. von politisch Nahestehenden, gilt: Der Zweck heiligt die Mittel. Die Grünen kämpfen schließlich für das Gute. Deshalb ist es für sie auch kein Widerspruch, dass eine politische Forderung, die vor wenigen Wochen noch als dumm und menschenverachtend skandalisiert wurde, weil sie ein rechter Politiker vorgebracht hat, in dem Augenblick gut und richtig ist, wenn sie von einem linken Politiker übernommen wird.

In diesem Kontext spielt auch die Pathologisierung von Andersdenkenden eine herausragende Rolle. „Diese erfolgt oftmals explizit mittels der Attestierung geistiger und/oder moralischer Defizite, die den politischen Kontrahenten persönlich angreifen, diskreditieren und ihn somit aus der öffentlichen Diskussion ausschließen sollen. Man will ja solchen Personen ‚keine Bühne bieten'. Viel öfter jedoch wird diese Pathologisierung implizit vollzogen, von vermeintlich unparteiischen und objektiven Berichterstattern und Kommentatoren."[168]

„Die Grünen stellen sich einmal mehr an die Spitze der Freiheitsgegner. Seit jeher erklären sie Menschen zu Unfreien und nehmen sie ans Gängelband ihrer Ideologie. Als selbsternannte Hüter der einzigen Wahrheit zwingen sie den Bürgern nicht nur ihr Mantra von einer kulturellen Bereicherung auf, sondern schreiben ihnen auch vor, wie sie ihr Leben zu führen haben. Wo immer sie können, tun sie dies, indem sie Alternativen verteuern oder gesetzlich gleich ganz verbieten lassen. Doch allein wären die Grünen zu schwach. Ihr unseliges Treiben ist nur deshalb von Erfolg gekrönt, weil sie von zigtausend Journalisten unterstützt werden, die sich mit stolzgeschwellter Brust zur links-grünen Doktrin bekennen."[169]

— Ramin Payani

Das Verhältnis der Grünen zur Meinungsfreiheit gleicht dem zu Demokratie und Rechtsstaat. Es ist keinesfalls so eindeutig, wie sie selbst, insbesondere der Bundespräsident in seinen Ansprachen und Sonntagsreden, es darstellen. Die Demokratie, also die Herrschaft des Volkes, ist aus ihrer Sicht nur so lange die beste aller Staatsformen, wie das Volk, also die Wähler, Entscheidungen im Sinne der Grünen treffen. Tun sie das nicht, werden diese sofort infrage gestellt, versuchen die Grünen im Zusammenspiel mit anderen linken Kräften, die für sie unangenehmen Wahl- oder Abstimmungsergebnisse auszuhebeln, zu umgehen oder sonstwie rückgängig zu machen.

Wobei die linken und grünen Netzwerke in der Regel ohnehin versuchen, wichtige politische Weichenstellungen an den demokratischen Institutionen und Bürgern vorbei von oben durchzudrücken. Das funktioniert am besten weitab von den Bürgern – auf europäischer Ebene. Hier werden zukunfts- und richtungsweisende Entscheidungen getroffen, in der Zuwanderungs-, Außen-, Verteidigungs-, Gender-, Finanz- oder Umweltpolitik, über die nie ein europäischer

Bürger befragt wurde. Auch das ist ein Grund, warum die Grünen von EU-Kritikern zu glühenden Europäern mutiert sind und Vizekanzler Werner Kogler, als er 2019 grüner EU-Spitzenkandidat war, eine „Europäische Republik" propagiert hat.

Die Österreicher haben sich aus Sicht der Grünen 2017 „verwählt", als ÖVP und FPÖ gemeinsam auf 57,44 % der Stimmen kamen und die Grünen mit 3,8 % aus dem Nationalrat flogen. In der Folge unternahmen die Grünen, ihre Vorfeldorganisationen und deren soziales und mediales Umfeld größte Anstrengungen, um die ihnen so verhasste konservativ-rechte Regierung möglichst schnell zu Fall zu bringen. Dabei arbeiteten sie mit allen Mitteln, mit Halbwahrheiten, Verdrehungen, Unterstellungen, Übertreibungen. Mithilfe von Halbweltgestalten, mafiösen Methoden und zwei linken deutschen Medien gelang es der vereinten Linken schließlich, die Regierung zu sprengen. Welch problematisches Verhältnis die Grünen zur Demokratie und dem Wählerwillen haben, bewies im Zuge der Ibiza-Affäre auch Bundespräsident Van der Bellen, als er ankündigte, Herbert Kickl nicht mehr als Minister angeloben zu wollen. Unabhängig vom Wählerwillen. Dass das grüne Staatsoberhaupt einem unbescholtenen Bürger und Politiker ein solches Amt verwehrt, sollte – zumindest außerhalb von Bananenrepubliken und Diktaturen – triftige und nachvollziehbare Gründe auf gesetzlicher Basis haben. Van der Bellen hielt es nicht einmal für notwendig, diesen drastischen Schritt plausibel zu begründen. Das brauchte er auch nicht, die Mainstreammedien unterstützten und bejubelten den demokratiepolitisch hochproblematischen Standpunkt Van der Bellens.

Als Bundeskanzler Sebastian Kurz die „Identitäre Bewegung" verbieten lassen wollte, waren es neben der FPÖ Politiker der SPÖ und der NEOS, die das kritisierten, zumal nichts strafrechtlich Relevantes gegen diese Gruppierung vorlag. In einem Rechtsstaat entscheiden nicht Politiker, sondern die Justiz über ein solches Verbot. Irmgard Griss, frühere OGH-Präsidentin und damalige NEOS-Justizsprecherin, warnte: „Da muss man sehr aufpassen, dass nicht die Gesinnung bestraft wird. Wenn es in erster Linie darum geht, Ideen zu verbreiten, ist das ein zu scharfes Schwert. Man sollte nicht mit Kanonen auf Spatzen schießen"[170]. Werner Kogler hatte keinerlei Bedenken, im Gegenteil, er kritisierte Kurz dafür, dass er die „Identitäre Bewegung" nicht schon früher verbieten lassen wollte: „Auch schon aufgewacht, Herr Kurz?"[171], ließ Kogler via Presseaussendung verlauten. Hier offenbarte er, dass er Menschenrechte durchaus für teilbar hält, sein Bekenntnis zum Rechtsstaat nicht mehr als ein Lippenbekenntnis ist.

Wer, wie Kogler, Gesinnung und Meinung unter Strafe stellen möchte, wie Irmgard Griss es richtig erkannt hat, der hat die Grundprinzipien einer liberalen Demokratie entweder nicht verstanden – oder er ist kein Demokrat.

„There is freedom of speech, but I cannot guarantee freedom after speech."

— Idi Amin zugeschrieben

Wer die Wahrheit für sich beansprucht, wer davon überzeugt ist, zu wissen, wie man die Menschheit und den Planeten vor einer selbst erdachten Apokalypse retten kann, wer überzeugt ist, einer moralischen Elite, der geistigen Avantgarde der Menschheit anzugehören, und zu wissen, was für andere, weniger fortschrittliche Geister am besten ist, für den sind Demokratie, Wahlen, Rechtsstaat vor allem eines: lästig und hinderlich.

Grüne verstehen sich nicht als Vertreter des Volkes, sondern als Erzieher, Vordenker, Lehrer, Führer, Elternfiguren. Die Bürger sind Unmündige, Unaufgeklärte, Menschen, denen das Klassen- bzw. Klimabewusstsein fehlt, die man deshalb zu ihrem Glück zwingen muss. Diese Geisteshaltung ist im grünen Denken tief verwurzelt und der Grund, warum Grüne das Leben der Menschen in allen, selbst in privaten und intimsten Bereichen, lenken und kontrollieren wollen. Alles muss politisch durchdrungen werden. „Das Private ist politisch", dieser Slogan bzw. dieses Konzept der Frauenbewegung wurde von den sozialen Bewegungen, den Vorläufern der Grünen, in den 1970er-Jahren übernommen. Es handelt sich dabei um eine Art politische Guerillataktik.

Man will dem Klassenfeind, also dem bürgerlichen, rechten Menschen keinen Rückzugsraum lassen. Man bekämpft das Bürgerliche bzw. den Bürgerlichen immer und überall. Vor allem auch im Privaten, in seiner Privatsphäre. „Die Trennung von Person und Meinung (wahlweise Weltanschauung, Glauben, Überzeugung ...) wird aufgehoben. Der ganze Mensch ist entweder nur Verbündeter oder nur Feind."[172] Die Grünen wollen mit Verboten, Bestrafungen, Zwängen und sozialer Ächtung das Verhalten der Menschen steuern. Es gibt keinen Bereich, den die Grünen davon ausnehmen, nicht kontrollieren und lenken wollen: „Was nicht ins Weltbild passt, verbieten"[173], so CDU-Politiker Michael Fuchs, dessen Hobby es ist, grüne Verbotsideen zu sammeln.

Die deutschen Grünen forderten sogar einen Veggie-Day[174], also einen Tag, an dem Fleischkonsum verboten werden sollte. In einem ersten Schritt in öffentlichen Kantinen. Die grünen Weltretter wollen den Bürgern sogar diktieren, was sie wann und wie zu essen haben. Dieser Vorschlag war ein politischer Offenbarungseid und trug zu ihrem Ruf als Verbots- und Spaßverderberpartei bei. Alles muss politisch durchdrungen, normiert und geregelt werden. Es darf keine

ideologiefreien Bereiche geben. Freiräume, auf die der Staat, die Politik keinen Zugriff und direkten Einfluss haben, werden als potenzielle Gefahrenherde gesehen. Darunter fällt auch und vor allem die Familie. Die Grünen sind seit jeher vehemente Streiter dafür, dass Kinder möglichst früh aus dem Familienverband gerissen und von staatlichen Einrichtungen erzogen, sprich: indoktriniert werden sollen.

In ihrem Anspruch, das Leben der Menschen möglichst umfassend zu bestimmen, ähnelt die grün-linke Ideologie dem Islam. Auch diese Politreligion regelt und kontrolliert alle Lebensbereiche der Gläubigen und schreibt vor, wie man mit Ungläubigen/Andersdenkenden umzugehen hat. Das ist vermutlich ein Grund, warum viele Grüne trotz aller Inkompatibilitäten mehr oder weniger offen mit dem (politischen) Islam sympathisieren bzw. ihn als Gefahr für unser demokratisches System ausblenden. All diese grünen Regeln und Verbote lassen sich umso leichter, schneller und widerstandsloser durchsetzen, je größer die Angst und Hysterie der Menschen, je verstörender die aufgebaute Drohkulisse ist. Deshalb wird der Weltuntergang von den Grünen und ihren medialen Herolden seit Jahren in den schillerndsten Farben an die Wand gemalt, immer neue Katastrophenszenarien werden entwickelt, die aber wie bei allen Weltuntergangssekten nie eintreten. Seit vielen Jahre stehen wir knapp vor dem Weltuntergang. „Noch 13 Jahre, um die Welt zu retten“[175], titelte der „Focus“ 2007. „Schock-Prognose zur Klimakatastrophe: Mitte des Jahrhunderts ist die Menschheit am Ende“, titelte das gleiche Nachrichtenmagazin 2019.

Die Klimaapokalypse ist die ideale Drohkulisse, mit ihr lassen sich praktisch alle grünen Verbotsfantasien rechtfertigen, von den vielen Schikanen gegenüber Autofahrern, neuen Steuern und Abgaben bis hin zur der Gängelung der Unternehmer. Da jede menschliche und wirtschaftliche Aktivität CO_2 produziert, kann man mit dem Klimaschutz alles, wirklich alles begründen und reglementieren. Egal, ob man sich fortbewegt, fortpflanzt, etwas produziert, isst oder was auch immer tut.

Mithilfe des CO_2-Weltuntergangsszenarios versuchen die Grünen, auch das Fundament unserer Gesellschaftsordnung zu zerstören: das Recht auf Eigentum. „Privates Eigentum, die unzweideutige Unterscheidung von Mein und Dein, bildet die unverzichtbare Basis unserer Zivilisation.“[176] Die Enteignung der Bürger durch Negativzinsen im Namen des „Green Deal“, die immer höheren steuerlichen Belastungen unter dem Deckmantel des Umweltschutzes, die es Normalverdienern unmöglich machen, Eigentum zu schaffen, die Versuche, den motorisierten Individualverkehr zu unterbinden, oder die neuerdings angedachten Hausbauverbote gehen alle in diese Richtung. So verkündete Birgit Hebein, die Chefin der Wiener Grünen: „Wien braucht nur die Hälfte der Autos“[177]. Ob die Besitzer ihre Autos brauchen, interessiert Hebein dabei nicht. Entscheidend ist vielmehr, dass die kollektivistischen Grünen den motorisierten Individualverkehr aus ideologischen Gründen abschaffen wollen. Wer künftig auf sein Auto verzichten muss, nach welchen Kriterien die Menschen enteignet werden, wer künftig noch das Privileg hat, mit einem Auto durch Wien fahren zu dürfen, hat Hebein nicht präzisiert, dieser Vorschlag zeigt aber drastisch das grüne Selbstverständnis und ihre undemokratische, ja totalitäre Grundeinstellung.

Der Marsch der ’68er durch die Institutionen ist mit dem Einzug der Grünen in die Regierung und die Hofburg erfolgreich abgeschlossen, nach dem vorpolitischen Raum haben sie nun auch die wichtigsten politischen Ämter und Schaltstellen erobert. Das ist ein weiterer großer Schritt in Richtung einer sozialistischen Ökodiktatur.

3. Ideologie und inhaltliche Positionen

3.1 Heimat und Nation

Heimat ist für Grüne ein „mutmaßliches Naziwort“[178], ein negativ konnotierter Begriff, der für Patriotismus, Chauvinismus, Nationalismus, Provinzialismus und Engstirnigkeit steht, also für all das, was Grüne verachten und politisch bekämpfen. Zumal sich die Grünen selbst als weltoffen, tolerant, globalistisch und kosmopolitisch sehen und definieren.

Zwischen den Begriffen Heimat, Patriotismus, Nation und Nationalismus wird nicht differenziert, sie beschreiben für Grüne ein und dasselbe Symptom. Trotzdem wird Heimat auch von grünen Politikern in einem positiven Kontext verwendet, wenn man in Wahlkämpfen zwecks Stimmenmaximierung auch bürgerliche Wähler ansprechen und erreichen möchte. Hier gibt es ein stilles Übereinkommen mit der grünen Kernwählerschicht, die weiß, dass die Partei den Heimatbegriff aus strategischen, wahlkampftechnischen Gründen verwendet und keinerlei Ambitionen auf einen politischen Kurswechsel hat.

Bei der vergangenen Bundespräsidentschaftswahl warben die Grünen mit dem Heimatland Österreich und ihrer angeblichen Liebe zur Heimat. Dafür setzte man Alexander Van der Bellen, dem man ein bürgerliches Image zu verpassen suchte, in einer an einen Heimatfilm erinnernden Bergidylle in Szene. Auch die Salzburger Grünen gingen 2018 mit dem Werbespruch „Heimat beschützen“ auf Stimmenfang. Der Heimatbegriff der Grünen hat wenig bis nichts mit seiner eigentlichen Bedeutung und der gängigen Definition von Heimat zu tun, er wird lediglich als politisches Lockmittel für bürgerliche Wähler und als Kampfansage an die rechten Kräfte – „Wir lassen uns den Heimatbegriff nicht nehmen“ – verwendet. Heimat ist für Grüne ein „Konzept“, das es zu überwinden gilt, weil Heimat für Linke „von Grund auf ausgrenzend und antiemanzipatorisch“[179] ist. „Links ist da, wo keine Heimat ist“[180], bringt es die Autorin Nina Monecke auf den Punkt.

Astrid Rössler, grüne Spitzenkandidatin in Salzburg, sieht das genauso, sie verpackt es für ihre Salzburger Wähler nur bekömmlicher: „Es gibt einen weltoffenen Heimatbegriff, der auch die Umwelt, die Landschaft und auch Zusammenhalt und Vielfalt miteinbezieht. Das zu verknüpfen und als offenen Begriff zu sehen, ist mein Verständnis von Heimat“[181]. Heimat als offener Begriff, sprich: ein leeres Gefäß, ein Worthülle ohne konkrete Bedeutung. Man entkernt den Heimatbegriff und befüllt ihn mit den bekannten linken Multikulti- und Gerechtigkeitsphrasen, mit Ideen von einer grenzenlosen Multikultiwelt. Man nennt solche politisch missbrauchten Worte „Weasel Words“. „Ein Wieselwort verwendet man, um einem Begriff die Zähne zu ziehen, wenn man ihn zwar gebrauchen muss, ihm aber alle Nebenbedeutungen nehmen will, die die eigenen ideologischen Prämissen infrage stellen.“[182]

Heimat ist also nur eine Worthülse, die man über seine eigenen ideologischen Vorstellungen einer offenen, diversen, bunten und grenzenlosen Gesellschaft stülpt. Willkommenskultur und Heimat sind für Grüne das Gleiche, zumal Heimat „immer wieder neu ausgehandelt werden“[183] müsse, so die Grünen im Deutschen Bundestag. Etwas uncharmanter drückt es Grünen-Chef Robert Habeck aus: „Vaterlandsliebe fand ich stets zum Kotzen.“[184] In einer Abwandlung von Carl Schmitt könnte man sagen: Wenn ein Linker Heimat sagt, will er betrügen. Die Grünen stehen in der Tradition der Frankfurter Schule und der ’68er, dementsprechend geht es um die Auflösung von traditionellen, bürgerlichen Strukturen, Werten und Grenzen, ob physischer, konzeptioneller oder moralischer Natur.

Und da ein Nationalstaat zwangsläufig Menschen ausgrenzt, müssen Grenzen geöffnet, sprich abgeschafft und somit der Nationalstaat aufgelöst werden, so wie das im Herbst 2015 in Deutschland und Österreich zur Freude der Grünen kurzfristig der Fall war. Wer seine Grenzen im Ernstfall nicht schützen kann oder will, wer sie für alle öffnet, der tut das nicht aus Menschlichkeit und Nächstenliebe, sondern um den Nationalstaat und das, was ihn ausmacht bzw. von ihm abhängt, von der Kultur bis zur Demokratie, zu zerstören. Der Philosoph Peter Sloterdijk bezeichnete den Nationalstaat als „einziges politische[s] Großgebilde, das bis zur Stunde halbwegs funktioniert“[185].

Es ging niemals darum, Menschen temporär aufzunehmen, die vor Krieg, Folter und Verfolgung flüchteten, sondern darum, die Zuwanderung aus der Dritten Welt anzukurbeln, das neomarxistische Multikultiprojekt voranzutreiben. Die Fraktionschefin der deutschen Grünen, Katrin Göring-Eckardt, sagte bereits 2013: „Es geht einerseits darum, sind wir ein Land, was für Migrantinnen und Migranten offen ist, was Leute anzieht. Die wir übrigens dringend brauchen. Nicht nur die Fachkräfte, sondern weil wir auch Menschen hier brauchen, die in unseren Sozialsystemen zu Hause sind und sich auch zu Hause fühlen können.“[186]

Die Grünen zählen zu den wichtigsten Vertretern der Refugees-welcome-Bewegung, sie waren und sind quasi ihr politischer und parlamentarischer Arm. Die Migrationsdebatte wird seit Jahren von den Grünen dominiert. Sie sind die wichtigsten Lobbyisten der Massenzuwanderung in die heimischen Sozialsysteme, auch wenn sie diese mehrheitlichen Armuts- und Wirtschaftsmigranten aus wahlkampftechnischen Gründen als Schutzsuchende bezeichnen und bewusst die Grenzen zwischen Asyl und Migration ver-

wischen. Die GRAS, die grüne Studentenorganisation, fordern auf ihrer Facebookseite: „No Border, No Nation, Stop Deportation“[187]. Ihr Traum und Ziel ist es, den Nationalstaat zu zersetzen, zu überwinden. „Wer Österreich liebt, muss Scheiße sein“[188], plakatierten die Jungen Grünen in Wien. Die Gründe für den Hass auf Heimat, Herkunft, Kultur und Nation liegen unter anderem im Neomarxismus der ’68er-Jahre und in einem europäischen Schuldkult, der sich als kultureller Selbsthass bei gleichzeitiger Verehrung des Fremden in der Denktradition von Jean-Jacques Rousseau[189] äußert. Die Migrationskrise von 2015 bot den grünen Neulinken die Gelegenheit und die Voraussetzungen, um ihre Ideen und Pläne unter dem Deckmantel der Humanität und Nächstenliebe voranzutreiben, der Utopie einer grenzenlosen multikulturellen Gesellschaft näher zu kommen.

Mit der unkontrollierten Einwanderung von Menschen aus der Dritten Welt konnten Deutschland bzw. Österreich zeigen, dass sie bereit sind, ihre nationale und egoistische Identität abzulegen. „Wir sind plötzlich Weltmeister der Hilfsbereitschaft und Menschenliebe“, freute sich Katrin Göring-Eckardt am Höhepunkt der Migrationskrise. Nachdem Deutschland der Weltmeister des Bösen war, ist es nun Weltmeister der Menschenliebe, des Guten und der Moral. Die Grünen wähnen sich über allen anderen, an der Spitze der Menschheit und der Evolution. „Wer einem Einwanderer klar machen möchte, was typisch deutsch ist, sollte ihn nicht in ein Bierzelt bringen oder auf einen Weihnachtsmarkt, sondern auf einen grünen Parteitag“[190], folgert Politikwissenschaftler Roger Schelkse.

Eine andere grüne respektive linke Strategie, den Nationalstaat zu schwächen bzw. zu zerstören, ist es, möglichst viele seiner Kompetenzen an Brüssel abzutreten. Weshalb sich die Grünen, als sie das als gangbaren politischen Weg erkannten, von EU-Verweigerern zu glühenden EU-Zentralisten entwickelten. Parteichef Werner Kogler warb 2019 im EU-Wahlkampf für die „Republik Europa“. Doch für die Grünen ist eine möglichst starke EU, die im Konzert der Großen dieser Welt mitspielt, nicht das Ziel. Die EU ist lediglich eine Zwischenstation auf dem Weg zu einer größeren grünen Utopie. Man kämpft nicht für ein starkes Europa, das im globalen Wettkampf den Anschluss nicht verliert, das von den Großmächten USA und China ernst genommen wird. Es geht auch nicht um eine europäische Identität: „Die Europäische Republik ist der erste Schritt auf dem Weg zur globalen Demokratie“[191], postulierten linke Künstler in ganz Europa im Sinne der Grünen auf Initiative von Robert Menasse und Ulrike Guérot beim „European Balcony Project“. Der Soziologe Fabio Witzeling: „Wir sehen also, dass sich hinter den Floskeln des vereinten Europas paradoxerweise ein tiefes anti-europäisches Ressentiment verbirgt. […] die Vereinigung wird hier als Vorstufe zur Auflösung ungewohnt offen ins Feld geführt.“[192] Die Grünen unterstützten und bewarben dieses Projekt. Schließlich sei das „Europa der Nationalstaaten gescheitert! Und die Idee des Einigungsprojektes verraten“[193], so bewarben die Grünen eine Veranstaltung mit Robert Menasse und Werner Kogler.

Nationalstaat und Heimat werden als Anachronismen, als überkommene Konstrukte betrachtet, weil sich Grüne als die neue Elite einer „globalen Demokratie“ – die, wie

Die Entdeckung der Heimat aus dem Geist des Nutzens: Präsidentschaftskampagne 2017.

Plakat zur EU-Abstimmung 1994: Als die Grünen noch EU-Gegner waren.

hier schon mehrfach ausgeführt, so demokratisch und frei nicht sein wird – sehen und fühlen. Diese grüne Verortung basiert allerdings auf einer falschen Selbsteinschätzung bzw. -erhöhung. Die Grünen definieren sich als weltoffen, als Kosmopoliten, als die Gewinner und Profiteure der Globalisierung, die nichts mit den Modernisierungsverlierern, die nach wie vor in ihrer Heimat verwurzelt sind, die sich als Österreicher und nicht als Weltbürger betrachten, gemein haben.

Sie betrachten sich als neue Elite der Menschheit, die sich nicht mehr über Herkunft, Nation und Bildung definiert, sondern über Gesinnung, Moral und Lifestyle. Man grenzt sich von den angeblich Abgehängten, den Modernisierungsverlierern, Nationalisten ab. Viele zeitgeistige linke Theorien unterscheiden die politischen Konfliktlinien nicht mehr zwischen links und rechts, sondern zwischen Globalisten und Kommunitariern bzw. zwischen „Anywheres" und „Somewheres". „Nach einer Studie der Universität Leipzig sei bei 20 Prozent der Europäer die Neigung zu einer kosmopolitischen Weltsicht ‚besonders stark ausgeprägt, sie bilden in Deutschland das Wählermilieu der Grünen.'"[194]

„Bei den Grünen tummeln sich die Gewinner der Globalisierung"[195], schreibt der „Spiegel", der weiß, wie er seine Zielgruppe in ihrer eitlen Selbstwahrnehmung bestätigen kann. Auch ORF-Anchor Armin Wolf ist von dieser neuen und simplen Schubladisierung der Menschen angetan. Er zitiert auf seinem Blog: „Die Anywheres sind Menschen mit Universitätsabschluss, mobil, urban. Sie legen Wert auf Autonomie, Offenheit, und sie definieren sich über das, was sie erreicht haben. Somewheres sind Menschen, die an einem Ort verwurzelt sind, eine weniger gute Ausbildung haben, sie legen Wert auf Sicherheit, Tradition, Familie. Sie identifizieren sich über Gruppen, Veränderungen mögen sie nicht."[196]

Doch diese Selbsteinschätzung der Grünen, ihrer Sympathisanten und Medien, ihre Verortung in der Gesellschaft und der Welt sind Unsinn, Wunschdenken. Die Grünen sind weder offene Weltbürger, noch sind sie Globalisierungsgewinner. Im Gegenteil, das grüne Milieu lebt in hohem Ausmaß direkt oder indirekt vom Staat, gehört zu jenen gesellschaftlichen Gruppen, die in hohem Maße vom umverteilenden Nanny-Staat, also vom Nationalstaat bzw. von der EU abhängig sind und profitieren.

Der Politikwissenschaftler Roger Schelkse: „All die Lehrer, Sonstwas-Beauftragten und ÖR-Redakteure, die zur treuesten Klientel der Grünen gehören, gerieren sich als Globalisten nicht etwa deshalb, weil sie von der Entgrenzung profitieren, sondern weil sie dank Verbeamtung, Pensionsgarantie und einer dicken Erbschaft produktiverer Vorfahren von ihren Folgen verschont bleiben."[197]

„[...] dass die Grünen zumindest in ihrer Gründungs- und Entwicklungsphase zwar den Staat, so wie er sich im Verlauf des Demokratisierungsprozesses im bundesrepublikanischen Nachkriegsdeutschland herausgebildet hatte, nicht akzeptierten, sondern verachteten, verhöhnten und bekämpften, aber gleichzeitig keine Skrupel hatten, alle vom Staat in welcher Form auch immer zur Verfügung gestellten Ressourcen für sich zu nutzen."[198]

— Manfred Güllner, 2012

49 % der Mitglieder der Grünen sind im Öffentlichen Dienst beschäftigt. Zu diesem Ergebnis kam eine interne Parteimitgliederstudie im Jahr 1998 in Deutschland[199]. Der Meinungsforscher Wolfang Bachmayer stellte 1983, also in den Anfangszeiten der Grünbewegung, fest, dass die „Aktivisten der neuen Bewegungen" vor allem aus „Erziehungsberufen" kommen.[200]

Daran hat sich wenig geändert, zumal es in der Natur der Sache liegt, dass jene, die für einen möglichst umfassenden Umverteilungsstaat und gegen den freien Markt kämpfen, sich auch beruflich im Staat und staatsnahen Bereich bewegen. Als Gegner der Leistungsgesellschaft versucht ein großer Teil von ihnen, unter dem Rock des Nanny-Staates ein warmes Plätzchen zu finden. Linke und Grüne haben in der Regel auch wenig anzubieten, was außerhalb staatlicher und staatsnaher Strukturen nachgefragt wird und wofür Privatpersonen freiwillig Geld zahlen würden.

Viele Grüne wären in einem freien marktwirtschaftlichen System, in einem sogenannten Nachtwächterstaat, die Verlierer. Grüne brauchen einen bürokratischen, überregulierten, aufgeblähten Staat mit einem riesigen Beamtenapparat, der möglichst viel Geld verteilt, unter anderem an Vereine, Institutionen, NGOs, Bildungs- und Kultureinrichtungen etc. Das ist das Biotop, in dem und von dem ein Großteil der grünen Bewegung lebt. Es liegt in ihrem ureigensten Interesse, einen möglichst großen Umverteilungsstaat zu schaffen und zu erhalten. Das ist nur eine der vielen Widersprüchlichkeiten der grünen Ideologie: Man rebelliert und kämpft gegen seinen Ernährer, Versorger und Beschützer. „Die Reichtumsmaschine Kapitalismus ermöglicht erst die Verschwendungskaskaden des Wohlfahrtsstaates"[201], so der Freiheitsdenker Roland Baader.

Die Abgeordneten der Grünen, die 2019 wieder in den Nationalrat eingezogen sind, haben zum Großteil ihre berufliche Karriere im staatlichen, staatsnahen oder im spenden- und steuergeldgetriebenen NGO-Bereich gemacht. Parteichef Werner Kogler inklusive. Bis auf wenige Ausnahmen ist die Privatwirtschaft für die grünen Nationalratsabgeordneten fremdes Terrain. Ein typische Biografie einer Grünen-Politikerin sieht so aus: Faika El-Nagashi studierte

Politikwissenschaft (Diplomarbeit: Migrantische Sexarbeiterinnen – Überschreiterinnen des Erlaubten: feministische Positionen in Österreich zu Prostitution*Sexarbeit), seit 2013 als sozialpolitische Referentin und integrationspolitische Referentin für die Wiener Grünen tätig. Seit 2015 Wiener Landtagsabgeordnete; jetzt sitzt sie im Nationalrat[202].

„Kultur ist nun nicht mehr ein System aus Symbolen, Werten und Normen, in die man hineingeboren wird, sondern ein Konsumangebot, aus dem globalen Arsenal weltweiter Folklore zum Zweck individueller Selbstverwirklichung."[203]

— Alexander Grau

Es gibt unzählige Belege dafür, wie sehr man im grünen Milieu den Nationalstaat und auch jene, die ihn finanzieren, verachtet. Darüber können auch keine Plattitüden in Wahlkämpfen oder verkrampft-hohle Heimatrhetorik hinwegtäuschen. Hier tut sich besonders der grüne Nachwuchs hervor, der etwa „Nimm ein Flaggerl für dein Gaggerl" und „Wer Österreich liebt, muss Scheiße sein" plakatierte. Die erwachsenen Grünen sahen auch angesichts heftiger Kritik keinen Grund dazu, sich von solchen Aussagen zu distanzieren. Man sprach lediglich von einer „unglücklichen Geschichte", die über den „guten Geschmack hinausgeht"[204]. Zum Nationalfeiertag 2019 postete der grüne Nachwuchs: „Der heutige ‚Nationalfeiertag' ist der Feiertag des österreichischen Nationalismus. Viele Menschen feiern an diesem Tag die ‚Nation', den Staat und das Militär. Doch keine Nation und kein Staat haben es verdient, gefeiert zu werden. Auch Österreich nicht. Politische Kämpfe für Gleichberechtigung, für eine saubere Umwelt und für die Überwindung der Klassengegensätze sind international. Daher sagen wir: Wir wollen uns nicht als Österreicher*innen feiern, sondern als Menschen."[205] Viele Grüne sind sehr stolz darauf, nicht stolz auf ihr Land zu sein, obwohl das keine Anstrengungen, Entbehrungen und Leistungen erfordert.

Wer den Nationalstaat als solchen ablehnt, der will und braucht ihn auch nicht zu verteidigen. Seit ihren Anfängen kämpfen die Grünen für die Abschaffung oder Verkleinerung des Bundesheeres bzw. für dessen Umwandlung in eine Katastrophenschutztruppe. Im „Programmatischen Manifest" der ALÖ hieß es in den 1980er-Jahren: „Das Militärbudget soll von Jahr zu Jahr verringert werden. Die freiwerdenden Kräfte und Finanzmittel sollen für den Aufbau einer solidarischen Gesellschaft und damit für den Übergang zur sozialen Verteidigung eingesetzt werden [...]. Stopp der Waffenproduktion. Umstellung der Rüstungsbetriebe auf zivile Produktion, wobei die Arbeiter der betroffenen Abteilungen mitentscheiden."[206]

1989 forderten die Grünen „die gänzliche Abschaffung des Bundesheeres und die Einführung einer Grenzschutztruppe"[207]. Ein Jahr später setzte sich der Bundesgeschäftsführer der Grünen, Franz Floss, sogar für die „ersatzlose Abschaffung des Bundesheeres"[208] ein.

An dieser Position hat sich bis zum heutigen Tage wenig geändert. Auch der derzeitige Oberbefehlshaber des Bundesheeres, Alexander Van der Bellen, hatte während seiner politischen Karriere – bevor er Bundespräsident wurde – nur wenig Sympathien für das Heer. Er wollte seine Stärke halbieren und das Kommando der UNO übertragen[209]: „Schweres Gerät wie beispielsweise Kampfpanzer sollten ‚langsam verschrottet werden'. Den Ankauf von Abfangjägern lehnte Van der Bellen neuerlich kategorisch ab. ‚In einer Zeit, wo jeder Schilling bei einem Notstandshilfe-Empfänger überprüft wird, ist nicht einzusehen, daß wir für etwas, das wir nicht brauchen, Milliarden ausgeben'".[210]

Auch in diesem Bereich waren die Grünen, obwohl sie nie für das Verteidigungsressort zuständig waren, dank ihres Einflusses auf die Politik der anderen Parteien und der öffentlichen Meinung erfolgreich. Österreichs Bundesheer wurde zu Tode gespart und ist nicht mehr in der Lage, das Land, seine Bevölkerung und die Grenzen im Ernstfall zu schützen.

3.2 Zuwanderung, Multikulti und Islam

Jedes Jahr hält die linke NGO „SOS Mitmensch" ihre Passegal-Wahl ab. Dabei dürfen Menschen, die in Österreich leben, aber keine österreichische Staatsbürgerschaft besitzen, ihre Stimme abgeben. Das Ergebnis dieser aktionistischen Wahl im Jahr 2019[211]:

Grüne	51,47 %
SPÖ	27,47 %
KPÖ	6,34 %
ÖVP	1,47 %
FPÖ	0,78 %

Dieses Ergebnis ist weit davon entfernt, repräsentativ zu sein. Es zeigt trotzdem, warum die Grünen – neben vielen anderen Gründen – so vehement ihre Open-borders-Politik betreiben, warum sie so vehement auf ein Ausländerwahlrecht drängen, warum sie die Sozialsysteme für möglichst viele Migranten öffnen wollen. So forderten die Grünen 2014 unter anderem: „Wer hier lebt, soll hier wählen dürfen!"[212]

Trotz unterschiedlicher Ausgangslage versuchen Grüne wie SPÖ, durch Zuwanderung ihre Chance bei Wahlen zu erhöhen, ihre politische Macht zu festigen bzw. auszubauen. Die SPÖ muss, nachdem die Arbeiter und die untere Mittelschicht mehrheitlich zur FPÖ und zur Kurz-ÖVP

abgewandert sind, ihr ausgetrocknetes Wählerreservoir neu befüllen, zumal die urbane, linke Bobo-Schicht ihre politische Heimat bei den Grünen hat.

Die Grünen, die nie eine Arbeiterpartei waren, versuchen, mithilfe von Zuwanderern, insbesondere von Armutsmigranten aus der Dritten Welt, ihren Stimmenanteil zu erhöhen. So schätzt Günther Ogris vom Sora-Institut, dass je nach Wahl „60 bis 80 Prozent der Wiener Migranten mit türkischen Wurzeln die SPÖ wählen“[213]. Aber auch die Grünen profitieren von der Zuwanderung: „Die Grünen sind bei wahlberechtigten Zuwanderern laut Ogris zur zweitstärksten Partei aufgestiegen.“[214] Allerdings: „Die migrantenfreundliche Politik der Grünen bringt ihnen Stimmen, aber nicht so viele, wie sie erhoffen.“

Diese Strategie der Grünen ist äußerst kurzsichtig, zumal sie von diesen Gruppen nicht aus politscher Überzeugung gewählt werden. Es ist vielmehr ein Tauschgeschäft zulasten der Steuerzahler: Die Grünen und die SPÖ sind für Armutsmigranten der Garant dafür, dass reichlich Transferleistungen in ihre Richtung fließen. Das rot-grün regierte Wien ist mit seinen großzügigen Sozialleistungen zu einem Magneten für Armutsmigranten geworden. Teilweise wurden die Sozialleistungen sogar ohne Überprüfung verteilt, wie der Stadtrechnungshof kritisierte: „Die Kosten für die Mindestsicherung explodieren in nur vier Jahren von 626 Millionen auf 1,6 Milliarden Euro. Und es fanden sich massive Kontrollmängel: Selbst Fremde ohne Ausweis oder ‚Phantom-Kinder‘ erhalten Steuergeld, Akten fehlen“[215], schrieb die „Kronen Zeitung“ 2017.

Selbstredend wählen Armutsmigranten jene Parteien, die sich am stärksten für ihre Interessen einsetzen und ihnen ein möglichst gutes Leben und möglichst umfangreiche Sozialleistungen garantieren. Diese Sozialleistungen sind ein gewaltiger Pullfaktor, also Anreiz für Armutsmigranten aus aller Welt, das hat auch eine Studie der Princeton University[216] nachgewiesen. Politisch und weltanschaulich gibt es wenige Überschneidungen zwischen den Grünen und den Armutsmigranten, die überwiegend aus vormodernen, islamischen, tribalistischen und patriarchalen Gesellschaften nach Österreich gekommen sind. In fast allen zentralen Punkten sind die Einstellungen und Wertehaltungen der Grünen und die ihrer migrantischen Wählerschaft einander diametral entgegengesetzt, sprich: inkompatibel.

Es ist eine temporäre politische Zweck-, keine Gesinnungs- oder Wertegemeinschaft. Jede Seite versucht, die andere für ihre Interessen und Ziele, die nichts miteinander gemein haben, zu benutzen und zu instrumentalisieren. Die Interessen des Landes bzw. der österreichischen Bürger spielen dabei keine Rolle, sie sind in erster Linie diejenigen, die die beiden Gruppierungen zu finanzieren haben.

Das wird deutlich, wenn man sich das Wahlergebnis

Die Grünen waren nie eine Arbeiterpartei, aber immer eine Partei der Zuwanderer.

der in Österreich lebenden Türken bei der türkischen Präsidentschaftswahl 2018 ansieht. 70 % von ihnen stimmten für Amtsinhaber Recep Tayyip Erdoğan. Er hat damit in Österreich mehr Stimmen erhalten als in der Türkei. „Erdogan-Fans feiern in Wien-Favoriten“, titelte die „Presse“. Man zelebrierte auf den Straßen Wiens den Sieg eines Islamisten und Nationalisten. Nicht nur in ihrer Wählerschaft, auch innerhalb der grünen Partei gibt es Erdoğan-Fans, wie die „Presse“[217] 2013 berichtete. Dass es hier nicht um politische Überzeugungen geht, bestätigt Mustafa Isilak, grüner Gemeinderat in Jenbach: „Überhaupt scheint sich seine Loyalität gegenüber seiner Partei in Grenzen zu halten. ‚Die Grünen waren halt die Ersten, die auf mich zugekommen sind und mir einen aussichtsreichen Listenplatz angeboten haben‘, sagt der 38-Jährige. ‚Hätte mich die SPÖ zuerst gefragt, hätte ich ihr Angebot angenommen und wäre jetzt SPÖ-Gemeinderat. Meine Wähler haben mich gewählt, nicht die Partei.‘“[218] Er vertritt die Interessen seiner türkischen Community, nicht die der Grünen. Deutlicher kann man es nicht sagen.

Das bedeutet: Sobald sich diese Migrantengruppen politisch selbst organisieren, eigene Parteien gründen, haben SPÖ und Grüne ihre Schuldigkeit getan, werden sie nicht mehr als Vehikel für die Gruppeninteressen, die sehr wenig mit den Überzeugungen und politischen Zielen der Grü-

nen gemein haben, gebraucht.[219] Diese links-grüne Strategie ist aus diesem und anderen Gründen demokratiepolitisch fragwürdig und hochriskant. Mit den mehr oder weniger erkauften Leihstimmen von Wählern, die die Politik der Linken in weiten Teilen ablehnen, können SPÖ und Grüne ihre Politik, die auch in der autochthonen Bevölkerung keine mehrheitliche Zustimmung findet, wie etwa im Gender-, Bildungs- oder Klimabereich, durch- und umsetzen.

„Die Motivlage ist selten Altruismus bei den Grünen, sondern es handelt sich um eine reine Instrumentalisierung [...]."[220]

— Bettina Röhl

Trotzdem müssen die Grünen Rücksicht auf diese Wählergruppen und ihre Interesse nehmen, müssen sich Parteien, die solche Strategien verfolgen, arrangieren: „European Parties operating in areas of Muslim concentration are faced with Muslim electorates that are not wedded to particular parties and whose ethnic networks and religious institutions coalesce to turn them into a potent electoral force. In their search for votes, local party elites will find these realities hard to ignore. Some may even work welcome to ease with wich enclave voters can be drummed up. As a result, they may incorporate large numbers of Muslim candidates and voters on an ethnoreligious basis, notwithstanding ideological tensions or non-Muslim opposition."[221]

Das ist der Preis, den die Grünen für kurzfristige Wahlerfolge, für diese Strategie zu zahlen haben. Dass westliche linke Parteien von orthodoxen Muslimen oder Nationalisten vor allem aus strategischen Gründen unterstützt werden, führt aufgrund der konträren politischen Ziele und Ansichten zwangsläufig zu Spannungen, Auseinandersetzungen, Verwerfungen und Konflikten innerhalb dieser Parteien.

Die Grünen haben die Massenzuwanderung vorzugsweise aus dem islamischen Raum und aus Afrika aber nicht nur aus wahlstrategischen und machtpolitischen Überlegungen vorangetrieben und unterstützt. Es ist vielmehr Teil ihrer Ideologie, ihrer Utopie von einer besseren Menschheit, von einer grenzenlosen multikulturellen Gesellschaft, von einem globalen, sozialistischen Umverteilungssystem. „Es geht den Grünen nicht um das Schicksal der zuwandernden Menschen, jedenfalls nicht in erster, zweiter oder dritter Linie. Die Möchtegern-Moralmonopolisten der Grünen haben mit Moral wenig am Hut. Die Euro- und die Europa-Politik der Grünen ist in Wahrheit eine First-step-Politik, Deutschland in Europa untergehen zu lassen und dann Europa mit dem Westen gleichsam zu versenken"[222], schreibt die Autorin und Kennerin der Linken Bettina Röhl.

Die Zuwanderung ist ein Instrument, ein Weg, den Nationalstaat, die abendländischen Traditionen, Werte, Normen und Strukturen, den verhassten Westen zu zerstören bzw. in einem Multikultistaat aufgehen zu lassen. Oder, wie es die SPD-nahe Friedrich-Ebert-Stiftung formuliert, Deutschland in eine „transformatorische Siedlungsregion"[223] umzubauen. Deshalb spricht auch die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel, die mit den Grünen in mittlerweile fast allen Politikfeldern auf einer Linie liegt, nicht mehr von Deutschen, sondern von jenen, „die schon länger hier leben"[224].

Dieses parteiübergreifende grüne Denken hat sein Fundament im Marxismus, in der Frankfurter Schule. Die Utopie des Sozialismus war nach den Schrecken des Stalinismus und Maoismus komplett desavouiert. Da die Arbeiterklasse als revolutionäres Subjekt versagt hatte, musste die Linke neue Heilsbringer finden. Der Arbeiter, das Proletariat wurden durch den Migranten aus der Dritten Welt und durch verschiedene Minderheiten ersetzt. Eines der wichtigsten und für die Neulinken prägendsten Bücher der '68er-Bewegung war, auch wenn es mittlerweile in Vergessenheit geraten ist und es kaum noch ein Grüner kennt, „Die Verdammten dieser Erde" von Frantz Fanon. „An allen Übeln dieser Welt ist die europäisch-westliche Kultur mit ihrem Kolonialismus schuld"[225], beschreibt der Soziologe Michael Ley die Kernaussage dieses Werkes. Im Vorwort zu Fanons Buch schreibt Jean-Paul Sartre: „Einen Europäer erschlagen heißt zwei Fliegen auf einmal treffen, nämlich gleichzeitig einen Unterdrücker und einen Unterdrückten aus der Welt zu schaffen. Was übrig bliebt, ist ein toter Mensch und ein freier Mensch [...]. Wenn der letzte Kolonialherr getötet, davongejagt oder assimiliert ist, wird die Art der Minderheit verschwinden und der sozialistischen Brüderlichkeit Platz machen"[226].

Auf dieser rassistischen Weltsicht baut der Multikulturalismus auf, hier liegen unter anderem die Wurzeln des kulturellen Selbsthasses der linken Europäer. „Der Rassismus von Frantz Fanon besteht also nicht darin, eine einzige ‚Rasse' über alle anderen zu erheben, sondern, eine einzige ‚Rasse' dem Rest der Welt entgegenzustellen."[227] Davon ausgehend hat sich auch das aktuelle Feindbild des „alten weißen Mannes" herausgebildet. Fanon schrieb damals: „Man ist reich, weil weiß, man ist weiß, weil reich"[228].

Auf dieser Denkweise beruht ein Trend aus den USA, der sich gerade im europäischen, grün-linken vor allem universitären Milieu verbreitet: „Check your privilege". Hier geht es vor allen um das „White Privilege"[229], also darum, dass jeder „Weiße" von Geburt an Vorteile gegenüber allen anderen Menschen genieße, eine privilegierte Sonderstellung einnehme, unabhängig von seiner tatsächlichen ökonomischen und sozialen Situation. Der „Weiße" ist

demnach von Anfang an schuldig, von Geburt an Täter, Unterdrücker, und kann von seiner (Erb-)Schuld nur durch Buße und das richtige Bewusstsein erlöst werden.

„Unser Land wird sich ändern, und zwar drastisch. Und ich freue mich drauf!"[230]

— Katrin Göring-Eckardt

Mit der Idee des Multikulturalismus wollen die Neulinken die bürgerliche Gesellschaft zer- und ersetzen. Das ist das Motiv, warum die '68er und ihre grünen Epigonen die Zuwanderung gegen den Mehrheitswillen der europäischen Gesellschaften konsequent und mit allen Mitteln politisch durchsetzen und vorantreiben. Mit dem Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus Ende der 1980er-Jahre bekam der Multikulturalismus neue Impulse und eine noch größere Bedeutung für die grünen Ideologen. Damals schrieb der '68er und grüne Vordenker Daniel Cohn-Bendit, dass die multikulturelle Gesellschaft keine „Ersatzvision für die orientierungslos gewordene Linke abgeben"[231] solle. Genau das tat sie, zusammen mit der Gender-Ideologie.

Der Multikulturalismus rückte immer weiter ins Zentrum grüner Interessen. Die Massenzuwanderung von unqualifizierten und bildungsfernen Menschen aus der Dritten Welt wurde zu einem wichtigen politischen Anliegen und beherrschte fortan die öffentlichen Debatten. Und das unter dem Deckmantel von Humanität und Moral. Tatsächlich sind diese Armutsmigranten, die sich in Europa ein besseres Leben erhoffen, für die Grünen nur Mittel zum Zweck, politische und menschliche Verschiebemasse. Asyl und Menschlichkeit waren und sind für Grüne und andere Multikultiapologeten nur Hebel und Vorwand, um die Massenzuwanderung aus der Dritten Welt der autochthonen Bevölkerung, die ihr mehrheitlich ablehnend gegenübersteht, besser verkaufen zu können.

De facto gilt aber: Wer es nach Österreich geschafft hat, egal wie und warum, soll bleiben und Familienangehörige nachholen dürfen. Asyl wurde von Anfang an und gezielt mit Zuwanderung vermischt und stets als Grenzöffner verstanden. Seit Jahren setzen sich die Grünen gemeinsam mit ihren Vorfeldorganisationen, den NGOs, dafür ein, dass auch bei fehlendem Asylstatus niemand das Land verlassen muss. Argumente und Gründe dafür findet man ebenso leicht wie die Unterstützung der linken Mainstreammedien. So freute sich etwa der Grüne Rudi Anschober wenige Tage vor seiner Angelobung als grüner Sozialminister: „Nach zweijährigem Engagement wird heute vom Nationalrat ein Abschiebestopp für Lehrlinge während der Ausbildungszeit beschlossen."[232] Ein weiterer Etappensieg für die grünen Multikulturalisten.

Weil die Massenzuwanderung aus vormodernen, tribalistischen Gesellschaften bei der autochthonen Bevölkerung trotz der flächendeckenden Dauerpropaganda und Stimmungsmache der Mainstreammedien unpopulär ist und einer demokratischen Industrienation und der Volkswirtschaft wenig Vorteile, dafür umso mehr Nachteile und Belastungen bringt, mussten sich die grünen Ideologen und ihre medialen Helfershelfer stets neue Argumente einfallen lassen, um die Grenzen für Armutsmigranten offen zu halten. Weil es kaum rationale, wirtschaftliche oder sonst wie nachvollziehbare Gründe gibt, verlegte man sich auf Moral, Schuld, Menschlichkeit, angebliche Verantwortlichkeiten und daraus abgeleitete Verpflichtungen. Deshalb heißt es von grünen Politikern und linken Medien unablässig: „Wir müssen ..."

Von Anfang an wurde der Begriff Flüchtling, der in der Genfer Flüchtlingskonvention (Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge) genau definiert ist, mit Migrant, Asylwerber, illegaler Einwanderer, Zuwanderer etc. vermischt. Wer sich aus der Dritten Welt auf den Weg nach Europa machte, wurde von linken Politikern und Medien automatisch zum Flüchtling erklärt, später bürgerte sich der Begriff Schutzsuchender (die gutmenschliche Steigerungsform ist Schutzerflehender) ein, weil dieser im Gegensatz zum Flüchtling nicht genau definiert und damit unverfänglicher ist. Es ging nie in erster Linie darum, Menschen temporär vor Verfolgung und Krieg zu schützen. Auch die Vorstellung, mit der Aufnahme von Menschen aus der Dritten Welt könne man an der Situation in Afrika oder dem islamischen Raum etwas zum Positiven verändern, den Menschen dort helfen, ist völlig absurd.

Die Bevölkerung Afrikas wird sich bis 2050 auf über 2,5 Milliarden verdoppeln[233]. Es ist also völlig unerheblich, ob Europa jährlich 500.000, eine, zehn oder 50 Millionen aufnimmt. Dabei wäre ein wirtschaftlich starkes und politisch stabiles Europa für Afrika wesentlich hilfreicher als ein afrikanisiertes, das sich mit der Massenzuwanderung unlösbare Probleme in allen gesellschaftlichen Bereichen aufbürdet.

Die Argumente, wonach bildungsferne Menschen aus vormodernen, tribalistischen Gesellschaften unsere Wirtschaft ankurbeln, unser Pensionssystem sichern oder die Forschung beflügeln würden, waren von Anfang an Propaganda, gezielte Lügen bzw. linke Wunschvorstellungen, jedenfalls keine Prognosen auf Basis valider Zahlen, Daten und Fakten. Als diese Versprechen innerhalb kürzester Zeit an der Realität zerschellten, versuchte man die Zuwanderung in einem neuen Spin als Bereicherung und Vielfalt, als etwas per se Positives zu verkaufen. Dank der medial befeuerten und gelenkten Willkommenseuphorie reichten infantile Sprüche à la „Vielfalt statt Einfalt" oder „Wir kriegen jetzt plötzlich Menschen geschenkt"[234], um zumindest einen Teil der Bevölkerung zu überzeugen bzw. bei der Stange zu halten.

„Die multikulturelle Gesellschaft muß als Wirklichkeit anerkannt werden."[235]

— Daniel Cohn-Bendit und Thomas Schmid, 1991

Zuwanderung sei per se gut und wünschenswert, eine restriktive Zuwanderungspolitik, wie sie etwa Südkorea, Japan oder Australien betreiben, per se schlecht. Dieses Denken hat sich dank der intensiven Propaganda und Indoktrination längst auch in bürgerlichen Kreisen verfestigt: Wer nicht für offene Grenzen eintritt, schließt sich automatisch aus der Gemeinschaft der Guten aus, ist als Rassist und Xenophober ein kranker, böser Mensch. Den Linken ist es gelungen, die öffentliche Debatte von der Sach- auf eine gefühlige und moralische Ebene zu heben. Auf diesem Terrain, auf dem es keiner Sachargumente mehr bedarf, wo Gesinnung vor Verantwortung geht und alles nur noch eine Frage einer pervertierten Moral ist, sind die Grünen klar im Vorteil.

Darüber hinaus gibt es für die Linken und Grünen auch handfeste wirtschaftliche und monetäre Gründe, warum sie die Migration aus der Dritten Welt forcieren. Zuwanderer, die betreut, versorgt, beraten, integriert, geschult und ausgebildet werden müssen, sind der „Rohstoff" für die mittlerweile gigantische Asyl -und Sozialindustrie. Diese unproduktive linke „Industrie" braucht permanent Nachschub, und das Reservoir in der Dritten Welt ist unerschöpflich. Angesichts ihrer Größe, Umsätze, Beschäftigungszahlen und Bedeutung ist es durchaus angebracht, von einer Industrie zu sprechen. Allein die Caritas Österreich beschäftigt über 15.000 Mitarbeiter (plus 50.000 Ehrenamtliche) und machte 2017[236] einen Umsatz von einer Milliarde Euro. Die Caritas ist nur eine Institution, ein Sozialkonzern von vielen. Wirtschaftsmigranten und Asylwerber sind ein riesiges Geschäft, von dem vor allem linke NGOs, Institutionen und Vereine aus dem linken Umfeld profitieren. „Auf jeden Bedürftigen in Deutschland kommen nämlich heute zehn Personen, die damit beschäftigt sind, die Sozialtransfers zu verwalten, zu manipulieren, zu verplanen und hin- und herzuschieben"[237], so der liberale Denker Roland Baader.

Die Multikultipolitik der Grünen birgt nicht nur für Österreich und seine Gesellschaft, sondern auch für die Grünen selbst hohe Risiken und große Konfliktpotenziale. Schließlich stehen die meisten Zuwanderer, wie bereits dargelegt, der links-grünen Ideologie ablehnend bis feindlich gegenüber. Egal ob Frauenrechte, Umweltschutz, der Umgang mit Minderheiten oder „Ungläubigen", viele der Werte, Einstellungen, Traditionen, Normen und Verhaltensweisen, die die Menschen aus ihren Heimatländern mitbringen, widersprechen den grünen Haltungen und Einstellungen diametral.

Besonders deutlich wird das beim Islam. Obwohl es zwischen grüner Ideologie und dem (politischen) Islam durchaus große Übereinstimmungen und Schnittmengen gibt – Antikapitalismus, Kollektivismus, Antiamerikanismus, Antiimperialismus etc. –, sind die Gegensätze massiv, etwa, was die Stellung der Frau in der Gesellschaft betrifft. Hier stoßen die Grünen schnell an ihre Grenzen, weshalb sie diese unüberbrückbaren weltanschaulichen Unterschiede und Inkompatibilitäten ignorieren, verdrängen und verleugnen.

Das lässt sich anhand vieler Beispiele festmachen, etwa beim Antisemitismus. Muslimischer bzw. islamischer Antisemitismus wird von Linken und Grünen systematisch verharmlost, ist kein Thema, obwohl er durch die Masseneinwanderung aus dem islamischen Raum zu einem akuten europaweiten Phänomen und Problem geworden ist. Hier gilt für Grüne definitiv nicht: Wehret den Anfängen. Im Gegenteil. Wer darauf aufmerksam macht, wird sofort als Islamophober und Rassist gebrandmarkt. Der Überbringer der schlechten Nachricht wird an den medialen Pranger gestellt. Man versucht, das Problem unter der Decke zu halten. Dieser importierte Antisemitismus ist für die Grünen und die linken Mainstreammedien mehr oder weniger tabu.

Eine Studie des Österreichischen Integrationsfonds und des SORA-Instituts belegt, dass Antisemitismus unter Muslimen in Österreich bzw. Wien weit verbreitet ist. Der Aussage „Juden sind der Feind aller Muslime" stimmten 68 % der in Wien lebenden jugendlichen Afghanen zu, der Aussage „Juden haben zu viel Einfluss auf der Welt" 52 %.[238] Diese und viele weitere demokratiepolitisch hochbrisante Aussagen haben in den linken Mainstreammedien nur wenig Beachtung gefunden, auch von den Grünen kamen keine der Brisanz dieser Studie angemessenen Reaktionen, zumal solche Zahlen den Bürgern das Scheitern links-grüner Multikultipolitik und Integrationsbemühungen drastisch vor Augen führen würden.

Man stelle sich vor, eine repräsentative Befragung hätte ergeben, 68 % der autochthonen Wiener Jugendlichen hätten diesen Aussagen zugestimmt. Auch dass die zunehmende Gewalt gegen Frauen in einem direkten Zusammenhang mit der Masseneinwanderung aus vormodernen Gesellschaften steht, wird von den Grünen trotz aller Belege und Fakten geleugnet.

Man versucht vielmehr, die in Österreich sprunghaft angestiegenen Frauenmorde zu einem allgemeinen Männerproblem umzudeuten und – so gut es geht – die Herkunft der Täter zu verschweigen. Eben weil die Nennung der Herkunft bzw. des kulturellen oder religiösen Hintergrundes belegen würde, dass muslimische Männer bei solchen Taten deutlich überrepräsentiert sind.

Weil auch die Feministin Alice Schwarzer auf solche Tatsachen mehrfach hingewiesen hat, wird sie von vielen grünen und linken Feministinnen hart kritisiert. Schwarzer: „Unter den fünf Mördern zu Beginn dieses Jahres ist ein ‚Bio-Öster-

reicher'. Von den restlichen vier kommen drei aus islamischen Ländern beziehungsweise haben diesen Hintergrund. Wenn man das feststellt, ist das keine Ausländerfeindlichkeit, sondern eine Tatsache. Wenn wir das ändern wollen, müssen wir das erstens eingestehen und uns zweitens fragen: Warum ist das so?"[239] Genau diese Frage wollen die Grünen und andere Multikultiapologeten vermeiden, weil sie die Antworten kennen bzw. diese ihre Pläne konterkarieren und ihre Utopien zerstören würden.

Auch nach den Übergriffen in Köln in der Silvesternacht 2015/16 versuchten die Grünen, diese Vorgänge zu relativieren bzw. ihre Ursachen zu verschleiern, weil die Täter fast ausnahmslos nordafrikanische Männer waren. So sagte die grüne Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, Claudia Roth, nachdem innerhalb weniger Stunden rund 1000 Frauen belästigt wurden: „Es gibt auch im Karneval oder auf dem Oktoberfest immer wieder sexualisierte Gewalt gegen Frauen."[240] Zum Vergleich: Beim Oktoberfest 2014 wurde bei sechs Millionen Besuchern in zweieinhalb Wochen eine einzige versuchte Vergewaltigung angezeigt.[241]

Es ist eine toxische Mischung aus ideologischer Verblendung, machtpolitischen und wirtschaftlichen Interessen, vorauseilendem Gehorsam, politischer Strategie, Ignoranz und Angst, warum die Grünen gegen ihre eigenen Interessen und Überzeugungen, gegen die Frauen und die Bevölkerung agieren und die Fehlentwicklungen, die sie selbst (mit) zu verantworten haben, leugnen, relativieren und umdeuten.

Auch in der Kopftuchdebatte wird das sichtbar. Hier versuchen die Grünen, einer offenen Debatte, so gut es geht, aus dem Weg zu gehen bzw. das Kopftuch als modisches Accessoire zu verharmlosen, obwohl die Verschleierung Zeichen und Symbol der Unterdrückung, der Unfreiheit, der Besitzansprüche des Mannes und der Inanspruchnahme eines Territoriums ist. Mittlerweile werden mit der fortschreitenden Islamisierung Verschleierungen von vielen Grünen sogar zu Zeichen der Emanzipation und der Selbstbestimmung der Frau umgedeutet. Nach dem Motto: Mädchen und Frauen können tragen, was sie wollen. So, als ob es dabei keine Zwänge gäbe, als ob das Kopftuch nur ein profanes Kleidungsstück sei.

Bundespräsident Alexander Van der Bellen forderte angesichts der Kopftuchdebatte gar: „Und wenn das so weitergeht bei dieser tatsächlich um sich greifenden Islamophobie, wird noch der Tag kommen, wo wir alle Frauen bitten müssen, ein Kopftuch zu tragen. Alle."[242] Außerdem versuchte Van der Bellen, diese für eine laizistische bzw. säkulare Gesellschaft so grundlegende Debatte, in der es um die Grundwerte und -pfeiler unserer westlichen, aufgeklärten Gesellschaft geht, mit infantilen Stammbuchweisheiten zu trivialisieren: „Ist es nicht wichtiger, was man im Kopf hat, als was man auf dem Kopf hat?"[243]

Van der Bellen wischt die über Jahrhunderte blutig erkämpften Errungenschaften Europas mit einem einzigen dümmlichen Spruch vom Tisch.

Der Chef der Grünen, Werner Kogler, spricht sich in der Diskussion um ein Kopftuchverbot dezidiert gegen ein solches für Lehrerinnen aus[244]. Und die Grünen im deutschen Schleswig-Holstein haben sogar ein Verbot der Vollverschleierung an Universitäten verhindert[245]. Es verstoße gegen die Religionsfreiheit. Das Recht auf „das Tragen religiöser Symbole" sei Teil einer „weltoffenen und rechtsstaatlichen Gesellschaft".[246] Die Grünen, die vorgeben, für eine offene und tolerante Gesellschaft einzutreten, sind die wichtigsten Förderer ihrer größten Feinde.

Das problematische, ambivalente bis unterwürfige Verhältnis der Linken zum Islam illustriert auch der Fall Mila aus Frankreich. Eine 16-Jährige hatte in einem sozialen Netzwerk den Islam und den Koran derb kritisiert und wurde reflexartig mit dem Tode bedroht. Ein offizieller Vertreter des französischen Islamrates, Abdallah Zekri, sagte, die Drohungen gegen die Jugendliche seien zwar zu verurteilen, doch habe Mila sie provoziert, sie müsse damit eben klarkommen. Ein offizieller Vertreter des französischen Islam hat die Gewaltandrohung gegen eine Jugendliche damit de facto legitimiert. Die Reaktionen der französischen Politik auf diese unerhörte Aussage zeigten, wo die neuen Bruch- und Frontlinien durch die europäischen Gesellschaften tatsächlich verlaufen, wo die Verteidiger und wo die Feinde von Demokratie, Rechtsstaat und Freiheit stehen. Die „Neue Zürcher Zeitung": „Er [Zekri, A. d. V.] brachte Vertreter der konservativen Républicains sowie des Rassemblement National dazu, für Mila Partei zu ergreifen. Während es im traditionell linken politischen Lager auffallend still blieb, warnten auch mehrere Juristen angesichts der eingeleiteten Untersuchung gegen Mila vor der Gefahr, die Meinungsfreiheit zu untergraben und durch die Praxis ein Delikt namens Blasphemie zu schaffen."[247]

Demokratie, Meinungsfreiheit verteidigt man nicht in Sonntagsreden, mit infantilen Sprüchen und auch nicht gegen politische Schimären und virtuelle Nazis, sondern, wenn sie von realen Feinden bedroht wird. Es ist ein Leichtes, sich als Retter der Menschheit und des Planeten zu inszenieren, zumal es dafür außer hohler Phrasen keiner konkreten Taten und Entbehrungen bedarf. Da Islamkritik angesichts der demografischen Umwälzungen und der damit verbunden Verschiebung der gesellschaftlichen Kräfte- und politischen Machtverhältnisse zunehmend riskanter wird, versuchen die Grünen, sich mit dieser Politreligion zu arrangieren, und gehen gleichzeitig gegen deren mutige Kritiker vor. Die Grünen sind die Handlanger des politischen Islam, ob aus Kalkül oder Feigheit, ist nicht von Bedeutung.

Die links-grüne Multikultiideologie, die in der europäi-

schen Praxis nichts anderes als eine Islamisierung des Kontinentes bedeutet, ist ein Verrat an der Aufklärung, ein Verrat an den westlichen Werten, ein Verrat an der Bevölkerung, ein Verrat des Abendlandes. Dieser mehrfache Verrat lässt sich dank der kulturellen Hegemonie, dank der weit und tief reichenden Netzwerke, den medialen Helfershelfern und durch die hier mehrfach beschriebenen Strategien zumindest so lange verschleiern, bis es ohnehin kein Zurück mehr gibt.

3.3 Ökonomie und Technologie

Die Grünen und ihr politisches Umfeld haben nie eigenständige wirtschaftspolitische Ideen, Konzepte oder gar eine eigene Wirtschaftstheorie entwickelt. Ihre Wirtschaftspolitik und ihre ganze theoretische Ausrichtung basieren auf der marxistischen und anderen linken Wirtschaftstheorien. Man hat diese übernommen, den aktuellen Gegebenheiten und Anforderungen angepasst, mit ökologischem Beiwerk aufgehübscht, grün lackiert und mit einer neuen Terminologie versehen, damit der Geist von Karl Marx nicht zu offenkundig wird. Schließlich gilt es, sich als neue bürgerliche Kraft zu positionieren und zu vermarkten.

Auch wenn es innerhalb der Grünen im Spannungsfeld zwischen Realos und Fundis verschiedene wirtschaftspolitische Strömungen gibt bzw. das wirtschaftliche Denken und Verständnis gegenüber anderen Parteien und Strömungen eine untergeordnete Rolle spielt, weisen alle Überlegungen, Programme, Konzepte und Forderungen in wirtschaftspolitischen Fragen eine klare Tendenz auf. Sie gehen alle in Richtung Sozialismus, Staats- bzw. Planwirtschaft, zumal auch die wenigen Keynesianer unter den Grünen die Lehren von John Maynard Keynes nur zum Teil umsetzen wollen bzw. verstehen. Man könnte sie als halbe Keynesianer bezeichnen, da sie zwar die Konjunktur mit vermehrten Staatsausgaben, sprich: Schulden beleben wollen, aber in Zeiten guter Konjunktur wenig Bereitschaft zeigen, die Schulden auch wieder zurückzuzahlen, den Staatshaushalt wieder auszugleichen. Grüne sind deshalb auch vehemente Gegner von Schuldenbremsen und Sparprogrammen, sie sind, wie die meisten Linken, der Überzeugung, dass man mit Schulden, Billiggeld, Voodoo-Ökonomie und der staatlichen Steuerung der Nachfrage den Wohlstand erhalten und mehren kann. Wohlstand durch Schulden und Konsum ist der Traum vieler Linker, es ist eine Art sozialistisches Perpetuum mobile des Wohlstandes, das trotz unzähliger linker Versuche stets an den Gesetzen der Ökonomie scheitert. Eine Sanierung des Haushaltes, etwa durch ausgabenseitiges Sparen, sprich: Bürokratieabbau, Verschlankung des Staats etc., widerspricht den Überzeugungen und dem Wesen der Grünen.

Ein Großteil von ihnen sind aber ohnehin keine Keynesianer, sondern Verfechter der sozialistischen Staats- bzw. Planwirtschaft, auch wenn man sie aus historischen Gründen anders nennt. Aktuell wird sie unter dem harmlos klingenden Namen „Gemeinwohl-Ökonomie" verkauft und beworben. Dieses Konzept, diese vulgärmarxistische Ideensammlung (von einer Theorie zu sprechen, wäre zu hoch gegriffen) hat der Tänzer, Politaktivist und Gründungsmitglied von ATTAC Österreich, Christian Felber, zusammengestellt. Die Gemeinwohl-Ökonomie lässt, wie Felber schreibt, die Extreme Kapitalismus und Sozialismus hinter sich. Als ethische Marktwirtschaft beruht sie überwiegend auf privaten Unternehmen, doch diese streben nicht in Konkurrenz zueinander nach Finanzgewinn, sondern sie kooperieren mit dem Ziel des größtmöglichen Gemeinwohles.[248]

Diese Gemeinwohl-Ökonomie, die angeblich zwischen Sozialismus und Kapitalismus angesiedelt ist, ist die Grundlage grüner Wirtschaftspolitik. ATTAC ist eine Art antikapitalistischer grüner Vorfeldorganisation. Mit Markus Koza sitzt ein Mitbegründer von ATTAC Österreich für die Grünen im Nationalrat, es gibt Kooperationen von ATTAC und Grünen, etwa eine sogenannte Aktionsakademie[249], und das grüne Wahlprogramm von 2019 ist ganz im Sinne der von Felber propagierten Gemeinwohl-Ökonomie geschrieben worden, sie wird dort auch namentlich erwähnt. Trotz der neuen Terminologie, trotz neuer Verpackung, dieses Konzept aus linken Versatzstücken ist nichts anderes als sozialistische Planwirtschaft mit etwas grüner New-Age-Politesoterik und zeitgeistiger Gerechtigkeitsrhetorik.

Harald Mahrer, Präsident der Wirtschaftskammer, über die Gemeinwohl-Ökonomie: „Felber fordert ja die Top-down-Vorgabe eines Ziels für Unternehmen - die Unternehmen müssen ja dem ‚Gemeinwohl' dienen. Freie Unternehmer, die selbst entscheiden, wie sie ihr Eigentum einsetzen, um Nutzen und Werte zu schaffen, gibt es in der ‚Gemeinwohl-Ökonomie' nicht. Auch den Wettbewerb will Felber ausschalten. Fazit: Es wird ‚von oben festgelegt, was produziert oder nicht produziert werden soll. Das alles hatten wir schon einmal - und es hat bekanntlich ein böses Ende genommen."[250] Auch der Ökonom Michael Hörl kommt zu dieser Einschätzung: „In seiner ‚Gemeinwohl-Ökonomie' schwärmt ‚WU Wien'-Lektor Felber vom ‚demokratischen Marxismus'. Durch die Verstaatlichung der Wirtschaft, dem Verbot von Börsen, Märkten und Patenten will der Salzburger jenes Klima schaffen, in dem die Menschen ‚frei aus Lust' und ohne materiellen Druck forschen und produzieren."[251]

Weil die Planwirtschaft nach zahlreichen gescheiterten Versuchen von der UdSSR bis zum heutigen Venezuela außer am linksextremen Rand politisch kaum noch vermarktbar ist, müssen die Grünen sie camouflieren. Was hinter den Phrasen, neuen Namen, den Weltrettungs- und Gerechtigkeitsattitüden bleibt, ist die Überzeugung der Grünen, dass die Wirtschaft von einem linken Staatsapparat, sprich: einer grün-linken Politkaste kontrolliert, reguliert und gesteuert

werden muss. Das ist auch der Ausfluss des übersteigerten Selbstbildes der Grünen, die nicht nur überzeugt sind, das Weltklima steuern, die Menschheit retten und den Menschen verbessern, sondern auch ein extrem komplexes System wie die Wirtschaft zentral und von oben lenken zu können. Der Ökonom August Friedrich von Hayek: „Daß in die Ordnung einer Marktwirtschaft viel mehr Wissen von Tatsachen eingeht, als irgendein einzelner Mensch oder selbst irgendeine Organisation wissen kann, ist der entscheidende Grund, weshalb die Marktwirtschaft mehr leistet als irgendeine andere Wirtschaftsform."[252] Diese wichtige Erkenntnis kann sich bei den Grünen auch deshalb nicht durchsetzen, weil sie den Politikern in ökonomischen Fragen Zurückhaltung auferlegt, ihnen die Funktion eines Aufpassers zuweist, der sich lediglich um die Rahmenbedingungen und die Einhaltung wichtiger Regeln zu kümmern hat, eine Rolle, mit der sich die Grünen nicht zufriedengeben können und wollen. Einem freien Markt, wo Unternehmen und Konsumenten frei agieren können und der Staat nur Schiedsrichter, aber kein Mitspieler ist, stehen sie deshalb skeptisch bis ablehnend gegenüber. Ihn gilt es zu bekämpfen.

Dazu gehört auch, dass die Grünen, wie alle anderen Neomarxisten, Wachstumskritiker sind. Das geht auf die bereits erwähnte Studie „Die Grenzen des Wachstums" des Club of Rome aus dem Jahr 1972 und die damaligen Ölkrisen zurück. Die Linke, die noch in den 1960er-Jahren vom technischen Fortschritt und vom Wachstum überzeugt war, interessierte sich nun nicht mehr dafür, wie man Wohlstand generiert, sondern wie man Wohlstand, sprich: Besitz und Gewinn, verteilen kann.

„What exactly is your ‚fair share' of what ‚someone else' worked for?"

— Thomas Sowell

Das Wirtschaftsprogramm der Grünen für die Nationalratswahl 2019 wurde mit „Wirtschaften jenseits des Wachstumszwangs"[253] betitelt. Dort heißt es: „Die bisherige Wirtschaftspolitik hat sich zu sehr am Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) orientiert."[254] Das klingt, als ob man das Programm der ALÖ aus den 1980er-Jahren kopiert hätte: „Wirtschaftswachstum ist kein Wert an sich, denn das herrschende Industriesystem zerstört seine natürliche Grundlagen […]."[255] Auch hier zeigt sich einmal mehr, nicht die Grünen sind in den vergangenen Jahrzehnten bürgerlicher geworden, die Gesellschaft, das politische Koordinatensystem des Landes hat sich durch die Grünen deutlich nach links verschoben.

Wirtschaftswachstum und freier Markt sind die Voraussetzungen für Wohlstand. Grüne Wirtschaftspolitik, die man auch als Öko-Planwirtschaft bezeichnen könnte, bedeutet hingegen: Wohlstandsverlust, Verarmung, Arbeitslosigkeit, Abwanderung von Industrie und Kapital. „‚Wohlstand für alle' und ‚Wohlstand durch Wettbewerb' gehören untrennbar zusammen; das erste Postulat kennzeichnet das Ziel, das zweite den Weg, der zu diesem Ziel führt"[256], so Ludwig Erhard, der Vater des deutschen Wirtschaftswunders. Doch statt Wettbewerb setzen die Grünen auf den Staat, auf die Plan- bzw. Staatswirtschaft. Noch einmal Ludwig Erhard: „Demokratie und freie Wirtschaft gehören logisch ebenso zusammen wie Diktatur und Staatswirtschaft."[257]

Wohin grüne Wirtschaftspolitik letztendlich führt, lässt sich knapp zusammenfassen: „Die Planwirtschaft ist eine Wirtschaftsform, deren wichtigstes Merkmal die zentrale Gestaltung und Steuerung sämtlicher Marktprozesse durch ein zentrales staatliches Organ ist. Unternehmen und Konsumenten haben dabei nur wenig bis gar keine Entscheidungsfreiheit über die Art, wie sie an der Wirtschaft teilnehmen wollen, da Preispolitik, Güterzuweisungen, Einstellungen oder Entlassungen von Arbeitskräften, Geldüberweisungen bis hin zu Werbemaßnahmen von der Regierung bestimmt werden. Dabei wird in regelmäßigen Abständen vom Staat ein Plan, meistens ein Fünfjahresplan, aufgestellt, der für den entsprechenden Zeitraum die Zielvorgaben setzt."[258]

Wer wie die Grünen davon überzeugt ist, das Weltklima mit ein paar Stellschrauben steuern zu können, der glaubt auch, ein so komplexes System wie die Wirtschaft zum Wohle der Menschheit umbauen und steuern zu können. Wenn Grüne von Ökonomie sprechen, dann ist zumeist von Umbau und Reform die Rede. Man geht offenbar davon aus, dass man es selbst besser könne als die vielen Sozialisten, die es bisher erfolglos versucht haben. Alle bisherigen linken Experimente scheiterten grandios und endeten in Armut, Krieg, Konflikten, Unruhen, Fluchtbewegungen und Hungersnöten. Aktuell kann man die Implosion eines solchen planwirtschaftlichen Großversuches in Venezuela beobachten, wo die Menschen trotz riesiger Erdölvorkommen nicht einmal mehr das Notwendigste zum Leben haben und zu Hunderttausenden flüchten. Bis vor Kurzem galten Venezuela und der mittlerweile verstorbene Diktator Hugo Chavez für die europäische Linke als große Zukunftshoffnung, als Vorzeigeprojekt, als „Sozialismus des 21. Jahrhunderts". Auch viele Grüne schwärmten für dieses sozialistische Projekt in Lateinamerika.

Doch auch dieses gescheiterte planwirtschaftliche Projekt hat zu keinem Umdenken in der europäischen Linken und bei den Grünen geführt. Wie in solchen Fällen üblich, argumentiert die Linke, der Sozialismus sei auch in diesem Fall nicht richtig umgesetzt worden. „Gescheitert ist nicht der Sozialismus, sondern der Reformismus"[259], so eine dieser

bereits ritualisierten Argumentationen. Und weil man davon überzeugt ist, macht man weiter wie bisher, auf Basis längst widerlegter Konzepte und Rezepte aus der sozialistischen Mottenkiste, um erneut zu scheitern.

Wer sich die grüne Wirtschaftspolitik, also die Pläne, Forderungen, Vorschläge, Programme und Konzepte der vergangenen Jahre und Jahrzehnte ansieht, erkennt eine rote Linie, eine eindeutige Ausrichtung: mehr Staat, mehr Staatsinterventionen, mehr Steuern, mehr Bürokratie, weniger unternehmerische Freiheit, mehr Umverteilung, mehr Ausgaben, mehr Schulden.

Das hängt neben ihren sozialistischen Überzeugungen auch mit ihrem Selbstbild und ihrer Stellung in der Gesellschaft zusammen. Wie bereits beschrieben, ist das grüne Milieu in hohem Maße vom Staat abhängig, es liegt deshalb in seinem ureigensten Interesse, dass der Staat möglichst viele Aufgaben übernimmt. Ein schlanker Staat, der sich nur um die Kernaufgaben kümmert, und eine freies Wirtschaftssystem wären für die Grünen eine existenzielle Bedrohung. Die Grünen sind deshalb, trotz aller gegenteiligen Lippenbekenntnisse, überzeugte Feinde der Freiheit, sie versuchen die Fundamente einer solchen Gesellschaft zu untergraben. Man stellt selbst das zentrale Recht auf Eigentum, auf dem alle anderen und unser gesamtes Gesellschaftssystem aufbauen, infrage. Thomas Chorherr, ehemaliger Wiener Planungssprecher der Grünen, forderte bereits 2014 „Zwangsmaßnahmen“ bis hin zur „Enteignung“[260].

Auch Robert Habeck, Chef der Grünen in Deutschland, der von den Medien als „Realo“, ja sogar als Bürgerlicher gefeiert wird, unterstützt eine Initiative zur Enteignung von Wohnungen in Berlin. Darin sieht Habeck ein „legitimes Mittel gegen Bodenspekulanten“[261]. Ob solcher kommunistischen Fantasien schreibt die „Neue Zürcher Zeitung“: „Wenn sich die Grünen tatsächlich auf dem Weg zur Mitte und zu einer bürgerlichen Partei befinden, dann ist der Weg noch sehr weit.“[262] Auch in Österreich haben Grüne wenig Respekt vor dem Eigentum anderer Menschen. Georg Willi, Innsbrucker Bürgermeister, will „Bauland für sozialen Wohnbau beschlagnahmen lassen“[263]. Und Birgit Hebein, Chefin der Wiener Grünen, möchte den Bürgern einfach ihre Autos wegnehmen.[264] Mit der schlagkräftigen Begründung, dass „wir“, also die Grünen, sie nicht „brauchen“.

Gerade beim Wohnungsmarkt, etwa in Wien, setzen die Grünen auf sozialistische Maßnahmen: Regulierungen, Limitierungen und Enteignungen. Dass solche kommunistischen Methoden, egal ob Mietpreisdeckel oder Enteignungen, den gegenteiligen Effekt erzielen, also Wohnen weiter verteuern, zeigen viele internationale Beispiele. Trotzdem heißt die grüne Lösung für fast alle Problemstellungen: Mehr Staat, weniger privat.

Wie in anderen Politikfeldern ist der sogenannte Klimaschutz auch in der Ökonomie eine ideales Vehikel, um sozialistische Ideen populär zu machen und umzusetzen. „Nicht die Verelendung der Arbeiterklasse, sondern Verelendung des Klimas ist diesmal das Fanal.“[265] Unter dem Vorwand, das Klima zu retten, soll die Marktwirtschaft in eine Öko-Planwirtschaft umgebaut werden. In Deutschland wird im Namen des Klimaschutzes sogar die letzte verbliebene Schlüsselindustrie, die Autobranche, geopfert. Man nimmt dafür Massenarbeitslosigkeit, Wohlstandsverlust, die Überdehnung und -forderung des Sozialstaates, soziale Spannungen bis hin zu Unruhen in Kauf. Dieser ökosozialistische Umbau der Wirtschaft bedeutet die Deindustrialisierung Österreichs und Deutschlands. Schon jetzt wandern Industrien mit hohem Energieverbrauch angesichts der teuren europäischen Energiepreise ab[266].

Beim grünen Feindbild Unternehmer sind auch Tiervergleiche erlaubt.

Auch aus Österreich werden im Namen des Umweltschutzes Unternehmen mit immer mehr Auflagen, Steuern, Bürokratie und Vorgaben vertrieben. Der Magna-Konzern, der viele tausend Menschen in Österreich beschäftigt, hat angesichts grüner Pläne bereits davor gewarnt, seine Produktion ins Ausland zu verlagern.[267]

Nicht die Unternehmen und Konsumenten bestimmen, was in welchen Mengen und zu welchen Preisen produziert, gekauft und konsumiert wird, sondern die grüne Politelite. Es geht um eine Transformation der Wirtschaft und der Gesellschaft, davon sprechen die Grünen ganz offen. Die Heinrich-Böll-Stiftung der deutschen Grünen träumt von der „grünen Transformation der globalen Wirtschaft“[268].

Um diesen „Umbau“, diese „enormen Veränderungen“ finanzieren zu können, brauche es „enorme“ Summen. Und vor allem eine „bewusste politische Gestaltung dieses Prozesses“[269]. Nachdem die Planwirtschaft auf nationaler Ebene mehrfach gescheitert ist, träumen die Grünen nun vom glo-

balen Umbau. Das ist mehr als nur eine gefährliche Drohung. Die Grünen sprechen gern von einer Wende, der Fahrplan dazu sieht in etwa so aus: Auf die Energiewende folgt die Ressourcenwende, die Mobilitätswende, die Ernährungswende, die Urbane Wende, die Industriewende und schließlich eine „transformative Wissenschaft", soll heißen, die Abschaffung der objektiv-neutralen Wissenschaft[270]. Dass die Ziele der großen Klimawende mehr oder weniger deckungsgleich mit jenen des Kommunismus sind, ist zwar, wenn man hinter die Ökofassade blickt, offenkundig, wird aber von linken Journalisten, Experten, Kulturschaffenden und Wissenschaftlern selbstredend nicht thematisiert und schon gar nicht problematisiert.

Die Grünen haben dank ihrer kulturellen Hegemonie wesentlich zu dem in Österreich vorherrschenden unternehmer- und wirtschaftsfeindlichen Klima beigetragen. Bereits in dem von Linken dominierten Bildungssystem wird Kindern und Jugendlichen diese auf sozialistischen Dogmen aufbauende wirtschaftsfeindliche Haltung angelernt. Eine Studie der Gesellschaft für angewandte Wirtschaftsforschung über heimische Schulbücher kam zu dem Ergebnis, dass in vielen dieser Bücher ein „undifferenzierter, emotionalisierender und unternehmerkritischer Ton angeschlagen" werde und vielen Schulbuch-Autoren das Verständnis „selbst für einfachste wirtschaftliche Zusammenhänge" fehle[271].

Grüne stehen nicht nur der Wirtschaft und dem freien Unternehmertum, sondern auch der Technik und dem Fortschritt kritisch gegenüber, Das unterscheidet sie von den Altlinken, die in den 1970ern noch für Atomkraftwerke eintraten, die aber mittlerweile auch auf den grünen Kurs eingeschwenkt sind. Europa war der Ausgangspunkt und das Zentrum des technischen Fortschrittes. Die industrielle Revolution hat die Welt und des Leben der Menschen grundlegend verändert und Europa zu dem gemacht, was es noch ist bzw. bis vor Kurzem war. Mittlerweile herrscht in Europa, vor allem im deutschsprachigen Raum, dem Kerngebiet der Grünen, eine tief verwurzelte Fortschritts- und Technikfeindlichkeit.

Diese Einstellung, die über alle ideologischen Grenzen hinweg herrscht, hat dazu geführt, dass diese einst führende Region immer mehr den Anschluss verliert. Die Technikfeindlichkeit war auch der einzige gemeinsame Nenner, auf den sich die bürgerlichen und die linken Grünen in den 1970er- und 1980er-Jahren einigen konnten. Man protestierte gemeinsam gegen Atom- und Wasserkraftwerke und andere technische Großprojekte. Für die linken Grünen war diese Einstellung anfänglich nur eine Strategie, um die linke Ideologie über seinen beschränkten Aktionsradius hinaus verbreiten und mehr Menschen für den Umbau der Gesellschaft begeistern zu können.

Dass es dabei nicht um Umweltschutz und die Rettung des Planeten geht, zeigt, dass viele grüne Ideen der Umwelt mehr schaden als nützen und die von den Grünen forcierten Technologien (Windräder, Lastenfahrräder, Solarpaneele etc.) nur Ausdruck ihrer romantisch-naiven Zurück-in-die-vorindustrielle-Gesellschaft-Haltung sind. Silke Mende: „Eine Ambivalenz gegenüber Technologie und Technik kann man bei den Grünen seit ihrer Gründungsphase beobachten. Teile der Anhängerschaft standen beidem von Beginn an sehr skeptisch gegenüber, insbesondere natürlich der Atomkraft. Technologie und Wissenschaft galten dieser Gruppe als seelenlos, als etwas, das die Menschen von der Natur entfremdete und bedrohlich war."[272]

Viele Grüne sind vom technischen Fortschritt, seiner Geschwindigkeit und der sich dadurch verändernden Lebenswelt überfordert, sie sehnen sich nach der heilen vorindustriellen Welt zurück, die freilich nur eine rückwärtsgerichtete Utopie, ein infantil-eskapistischer grüner Traum ist. In neuen, komplexen, fortschrittlichen Technologien, die wirklich das Potenzial hätten, eine echte Energiewende herbeizuführen, sieht man keine Chance, sondern vor allem Gefahren und eine Bedrohung. Ginge es nach den Grünen, hätten wir nicht einmal Internet und Smartphones, sondern würden noch immer mittels Briefen und staatlichen Vierteltelefonen kommunizieren und unsere Informationen aus Zeitungen und dem terrestrischen Rundfunk beziehen. Das ist keine Übertreibung, im Programm der Grün-Alternativen Liste (GAL) aus den 1980ern heißt es: „Die neuen Technologien schaffen nicht nur massive Arbeitslosigkeit, sondern auch eine verstärkte Überwachung, Bespitzelung und vergrößerte Arbeitshetze [sic]. Deshalb treten wir für die Kontrolle des Einsatzes der neuen Technologien [...] der ‚Heimverkabelung' durch Computer oder BTX (Bildschirmtext) ein. Darüber hinaus stellen Teile der grün-alternativen Bewegung den Einsatz der neuen Technologien grundsätzlich in Frage, da diese als Herrschafts- und Überwachungsinstrumente konzipiert sind und die herrschenden gesellschaftlichen Ungleichheiten verstärken."[273]

Diese generelle Skepsis gegenüber Technik und neuen Technologien haben die Grünen erfolgreich in der Gesellschaft verankert. Das ist ein Pyrrhussieg, denn er bedeutet, dass Europa mit Nationen wie Südkorea, China oder den USA nicht mehr mithalten kann, dass Europa seinen Wohlstand mittelfristig nicht mehr halten können wird.

3.4 Kampf gegen rechts

Die Grünen haben sich seit ihren Anfängen in den 1980ern erfolgreich als Umweltpartei positioniert, sie stehen wie keine andere politische Kraft für Klima- und Umweltschutz. Der USP, also das politische Alleinstellungsmerkmal der Grünen, ist aber nicht die Umwelt und der Schutz derselben, es ist, wenn man die Außenkommunikation und

die Wahlstrategien der vergangenen Jahre und Jahrzehnte betrachtet, der „Antifaschismus", der „Kampf gegen rechts". Selbstredend kämpfen fast alle Parteien gegen rechts, aber für keine andere ist dies von so zentraler Bedeutung, schon allein aufgrund der eigenen Positionierung am politisch linken Rand.

Dieser Kampf, den die Grünen auch als solchen verstehen, bildet, entsprechend ihrer ideologischen Ausrichtung, ihrer Wurzeln in den kommunistischen, neomarxistischen und sozialen Bewegungen das Herzstück ihrer Politik und die Basis ihres Selbstverständnisses. Von Anfang an haben sich die Grünen als Bollwerk gegen rechts inszeniert. Kaum ein Wahlkampf, bei dem die Grünen nicht vor der Machtübernahme bzw. -ergreifung der FPÖ bzw. vor einem Rechtsruck, vor einer rechten Bedrohung von Demokratie und Rechtsstaat warnten. Das war von Beginn an das zentrale Argument, ihre Trumpfkarte in fast jeder Wahlauseinandersetzung. Wie die Grünen auf ihrer Website schreiben, gab es 1986, also dem Jahr, als sie erstmals in den Nationalrat einzogen, eine „Wende nach rechts". Und zwar „in der Katholischen Kirche (von Kardinal König zu Groër), in der Regierung (von Sinowatz zu Vranitzky), an der Spitze des Staates (von Kirchschläger zu Waldheim) und in der FPÖ (von Norbert Steger zu Jörg Haider)."[274]

Diese politischen Veränderungen einschließlich der grünen Warnungen vor einem Rechtsruck, vor einer Gefährdung der Demokratie waren für ihren Wahlerfolg, den Einzug in den Nationalrat mindestens so entscheidend wie das Umweltthema. Die Grünen um Peter Pilz und Freda Meissner-Blau positionierten sich als politischer Gegenpol zu Kurt Waldheim und Jörg Haider, schafften es, sich als Kämpfer gegen die Gefahr von rechts politisch zu vermarkten. Unter anderem mit plattem Aktionismus: „Andreas Wabl enthüllte als Protest gegen Bundespräsident Kurt Waldheim im Parlament eine Hakenkreuzflagge."[275]

Seither kämpfen die Grünen in jedem Wahlkampf gegen die FPÖ – und je nach politischer Stimmungslage oder strategischer Überlegung auch gegen die ÖVP.

Bevor der Klimawandel im Zuge des medialen und politischen Greta-Thunberg-Hypes eine Hysterie und Weltuntergangsstimmung im Westen auslöste, war der Kampf gegen rechts bzw. das Verhindern einer Regierung mit FPÖ-Beteiligung meist sogar das einzige zugkräftige Argument, mit dem die Grünen um Stimmen warben. Welche Bedeutung dieser Kampf, diese Positionierung hat, zeigte sich beim Bundespräsidentschaftswahlkampf 2016. Damals konnte man mit dieser Strategie alle entscheidenden gesellschaftlichen Kräfte – Journalisten, Wissenschaftler, Industrielle, Schauspieler, Musiker, Schriftsteller und die anderen Staatskünstler – mobilisieren und hinter sich vereinigen, um der Bedrohung von rechts in Person von Norbert Hofer entgegenzutreten.

Stets das zentrale Argument: Grün wählen, Rechtsruck verhindern. Plakat zur Nationalratswahl 2017.

Ähnlich wie die Klimaapokalypse wird auch der Kampf gegen rechts vor einer selbst gebastelten Drohkulisse, vor einem selbst geschaffenen Untergangsszenario inszeniert. Die Demokratie, der Rechtsstaat und der soziale Friede stünden auf dem Spiel. Die Rechten bzw. Rechtsextremisten seien die größte und mehr oder weniger einzige echte Bedrohung für das Land und die Gesellschaft. Es gehört zu den Instrumentarien und Methoden der Grünen, mithilfe der Medien und anderer vorpolitischer Kräfte eine dauerhafte und akute Bedrohungslage zu konstruieren.

Diese Mechanismen der Herrschaft hat der deutsche Soziologe Helmut Schelsky analysiert: „Es kommt dabei gar nicht darauf an, ob die Situation des Elends, die Heil erfordert, im Alltag wirklich so ist oder nur eingebildet. Der Heilsglaube erwächst, wenn es den Heilsverkündern [Grüne, Neomarxisten, intellektuelle Eliten] gelingt, den Alltag als Elend, als Notsituation, darzustellen. Es kommt darauf an, dass die Gegenwart als unerträglich empfunden wird. Nicht rationale Einsicht und traditionelle Bindungen sind entscheidend für die Hingabe der Gläubigen, sondern ihr ‚Elendsbewusstsein'"[276].

Alexander Van der Bellen warnte zum Auftakt seines Intensivwahlkampfes, würde Norbert Hofer die Wahl gewinnen, würde sich Österreich in eine „blaue Republik", in eine Art „Alpenmordor"[277] verwandeln, also in ein Land des Bösen, in dem Untermenschen, die Orks, die Macht übernehmen würden. Das ist an Populismus, Alarmismus und Menschenverachtung nur schwer zu überbieten. Doch dieses von Van der Bellen gewählte Bild entspringt und entspricht dem grünen Denken, grünen Herrschaftsstrategien, dem simplen Freund-Feind-Schema, wie Grüne politisch Andersdenkende sehen und was diese zu erwarten haben, sollten die Grünen mehr Macht erringen können. Während der selbst ernannte Brückenbauer seine politischen Mitbewerber offenbar als Orks, als widerliche Kreaturen sieht, ist er, wenn auch nicht

direkt ausgesprochen, in diesem Vergleich der weise und gute Zauberer Gandalf, seine Wähler die engelsgleichen Elben.

Ja, in dieser Inszenierung, die unter anderem der moralischen Selbsterhöhung dient, die mit der Erniedrigung, Abwertung und Ausgrenzung des Gegners, der Andersdenkenden, der Rechten einhergeht, gibt es nur Freund und Feind, Gut und Böse, moralisch und verkommen, ohne Abstufungen und Zwischentöne. Deshalb ist es absurd, wenn Van der Bellen bzw. die Grünen vom Bauen von Brücken, Toleranz, dem Zuschütten von Gräben, Dialog und dem Zugehen aufeinander sprechen. Sie praktizieren das Gegenteil.

Im Wahlkampffinale, beide Kandidaten lagen Kopf an Kopf, ging ein Video viral, in dem eine „Frau Gertrude" vor der Wiederkehr der Nazis warnte und für Van der Bellen warb, der das verhindern könne. Wie erst nach der Wahl bekannt wurde, war die betagte Dame nicht – wie vom Team von Alexander Van der Bellen behauptet – „auf sie zugekommen"[278], sondern Teil der Wahlkampfstrategie. Das Video wurde von der Agentur Jung von Matt Donau produziert und mit Guerilla-Marketing-Methoden verbreitet, wofür sie auch vom Creativ Club Austria (CCA) mit dem Preis für die beste Werbung des Jahres ausgezeichnet wurde. Bei der Verleihung gratulierte der unter anderem dank dieses Videos zum Bundespräsidenten gewählte Van der Bellen der Agentur persönlich.

Der frühere EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso fühlte sich durch einen Vorschlag Hofers an „Konzentrationslager im Zweiten Weltkrieg" erinnert[279]. Und der Grünen-Abgeordnete Karl Öllinger ließ während des Wahlkampfes verlauten: „Noch nie wurde die Sympathie der FPÖ für die Rechtsextremen so offen zur Schau getragen wie jetzt durch Kickl, aber auch durch Strache, der die Bürgerkriegsrhetorik der Rechtsextremen als politische Position der FPÖ übernommen hat."[280] Diese Zuspitzung, Angstmache, Hysterisierung und die Instrumentalisierung der Verbrechen des Nationalsozialismus muss vor dem Hintergrund gesehen werden, dass die Linke zu dieser Zeit angesichts der Folgen der Masseneinwanderung, der damit verbundenen Imagekrise und der politischen Veränderungen in Europa um ihre Vormachtstellung bangte und in einem nationalen Schulterschluss und unter Mobilisierung der mit ihnen sympathisierenden gesellschaftlichen Kräfte alles in die Waagschale warf. Man inszenierte die Wahlauseinandersetzung als Entscheidungsschlacht zwischen Gut und Böse. Nach dem Sieg Van der Bellens verkündete Wiens damaliger SPÖ-Bürgermeister Michael Häupl: „Das Gute hat das Böse besiegt"[281]. Häupl hat das Weltbild der Grünen und Linken in seiner gesamten Schlichtheit in einem Satz beschrieben.

Angesichts der eigenen Ideen-, Orientierungs- und Konzeptlosigkeit setzten die Grünen alles auf die „Nazi-Karte". Weil wenige schlagkräftige Argumente für die Person Van der Bellens sprachen, war die Strategie der Grünen, den „rechten" Norbert Hofer zu verhindern. Eine Politik gegen den Rechtsruck, gegen eine konservativ-rechte Wende als Programm und politische Daseinsberechtigung der Grünen. Mit diesen beiden Drohkulissen, dem Kampf gegen rechts und dem CO_2-induzierten Weltuntergang, haben die Grünen zwei tragfähige politische Standbeine.

Wie enorm wichtig der Kampf gegen rechts nach wie vor ist, zeigt auch das aktuelle Regierungsprogramm. Hier findet sich zwölfmal das Wort „Rechtsextremismus", während der Linksextremismus kein einziges Mal erwähnt wird. Was ein weiterer Beleg dafür ist, dass Grüne nicht um den Rechtsstaat und die Demokratie besorgt sind und auch politischen oder religiösen Extremismus nicht grundsätzlich ablehnen, ihn nicht als Bedrohung sehen oder als problematisch empfinden, sondern dezidiert und mehr oder weniger exklusiv gegen alle nichtlinken politischen Strömungen Politik machen. „Dass nur Nazis Diktaturen errichten können, mag ja der neuste Clou der deutschen Erinnerungskultur sein, dreist und falsch bleibt es trotzdem."[282]

- Ein Aktionsplan gegen Rechtsextremismus und gegen den religiös motivierten politischen Extremismus (politischer Islam) wird ausgearbeitet
- Ausweitung von Schulworkshops (insbesondere Berufsschulen) zur Rechtsextremismusprävention, Vergangenheitspolitik und gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit
- Beratung und Aufklärung (Etablierung und Evaluierung, Digitalisierung, Neue Medien, Neue Rechte, Rechtsextremismus, Antisemitismus & Islamismus)
- Mobile Kompetenzstelle gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Gewalt
- Informations- und Aufklärungskampagne gegen Rechtsextremismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit
- Schaffung einer offenen Internetplattform zur Information über Rechtsextremismus (Schulungsunterlagen, Workshop-Konzepte für Jugendvereine, Jugendzentren und Schulen)
- Verankerung einer Forschungsstelle Rechtsextremismus und Antisemitismus (im DÖW) mit Zuständigkeit für jährlichen Rechtsextremismusbericht (Zugang zum notwendigen Datenmaterial aus Innen- und Justizministerium), Maßnahmen gegen Extremismus und Terrorismus
- Vollständige statistische Erfassung der Delikte aus VerbG, SymbG, AbzG, EGVG, § 283 StGB etc.
- Verfassungsschutzbericht: Wiederaufnahme der Beobachtung und Einschätzung rechtsextremer Burschenschaften
- Einberufung eines jährlichen Koordinationsausschusses zwischen Regierung, Parlament, Ländern und der Zivilge-

sellschaft über Maßnahmen zur Bekämpfung des Rechtsextremismus
- Fokus Rechtsextremismusprävention
- Maßnahmen setzen, um Vereine, die staatsfeindliches Gedankengut (so wie die Identitären) verbreiten, wirksam zu bekämpfen[283]

Weil der Kampf gegen rechts für den Erfolg und Machterhalt bzw. -ausbau der Grünen eminent wichtig ist, haben sie gemeinsam mit anderen Linken im Laufe der Jahre die Grenzen zwischen rechts und rechtsextrem zunehmend verwischt. Mittlerweile werden die Begriffe Nazis, Rechte, Rechtsextreme, Faschisten und Konservative von den meisten Grünen mehr oder weniger synonym gebraucht. Immer öfter schreiben linke Mainstreammedien von der „rechtsextremen" FPÖ[284].

Der Alt-Grüne Karl Öllinger kämpft mit seiner Website „Stoppt die Rechten" dezidiert gegen Rechte, nicht gegen Rechtsextreme, so, als ob rechte politische Einstellungen etwas Minderwertiges, Undemokratisches oder Verbotenes wären. Mit solchen Methoden, mit diesem Framing haben die Grünen gemeinsam mit den ihnen nahestehenden Kräften die öffentliche Wahrnehmung dahingehend manipuliert, dass die Linke generell als etwas Positives – sozial, gerecht, menschlich, fortschrittlich etc. – gesehen wird, während die Rechte ausschließlich negativ konnotiert ist – menschenverachtend, ausgrenzend, hasserfüllt, rückwärtsgewandt etc.

Weshalb es kaum noch Bürger, Parteien, Medien, Kulturschaffende, Institution etc. gibt, die sich angesichts des gewaltigen medialen und politischen Druckes selbst als politisch rechts bezeichnen bzw. einordnen würden. Schließlich ist der Vorwurf, ein Rechter bzw. ein Nazi zu sein, in einer politisch korrekten Gesellschaft der schlimmste Vorwurf, den man einem Menschen machen kann, die Höchststrafe. Selbst Pädophile oder islamistische Terroristen dürfen mit mehr Verständnis rechnen, was sich auch in den Urteilen einer tendenziell linken Justiz niederschlägt.

Die Grünen haben mit der Ausweitung der Kampfzone den öffentlichen Diskurs erfolgreich eingeengt. Sie bestimmen als Hüter von Moral und politischer Korrektheit, was noch erlaubt und was verboten ist, was noch als Meinung akzeptiert wird und was unter Hetze oder Hass fällt.

Je mehr sich die Grünen als politische und gesellschaftliche Kraft etablieren, je mehr Bereiche des Staates und der Gesellschaft sie besetzen und unter ihre Kontrolle bringen, desto weiter fassen sie den Begriff „rechts". Das politische Koordinatensystem wurde in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten so weit nach links verschoben, dass Haltungen, Einstellungen und Meinungen, die früher als bürgerlich galten, von den politisch korrekten Meinungshütern nun als rechtsextrem eingestuft werden. Was einst die politische Mitte war, befindet sich nun am äußeren rechten Rand. Die Grünen gelten aufgrund der verschobenen öffentlichen Wahrnehmung nun als Bürgerliche, obwohl sie ihre inhaltlichen Positionen, ihre politischen Ziele und sozialistischen Gesellschaftsutopien nie abgelegt haben und mit ihren tiefroten Rülpsern stets aufs Neue beweisen, wo sie politisch stehen. Vor allem Alexander Van der Bellen in Österreich und Robert Habeck in Deutschland gelten als Inbegriff der neuen Bürgerlichkeit.

Das hat auch zur Folge, dass inhaltliche Positionen und Einstellungen, die früher als linksextrem verdammt wurden, ihren Weg in die Mitte der Gesellschaft gefunden haben. Selbst, dass die Grünen immer öfter das Grundrecht auf Privateigentum infrage stellen, also das Fundament eines demokratischen Rechtsstaates untergraben, gilt vielen Menschen mittlerweile als ein legitimes politisches Mittel, als akzeptable Haltung.

Die Grünen haben das „Overton window"[285], das Wahrnehmungsfenster, mit ihrer Politik und Kommunikationsstrategie über die Jahre weit nach links verschoben. Nach dem Overton-Modell existiert ein Fenster der Wahrnehmung für gesellschaftliche Themen, das für die große Bevölkerungsmehrheit definiert, was als akzeptabel, umkämpft und außenseiterisch gilt.[286] Overton entwarf diese Skala: Policy, Popular, Sensible, Acceptable, Radical, Unthinkable[287].

Der politische und mediale Dauerkampf gegen rechts, die kontinuierliche Ausweitung der politischen Kategorie „rechts" und der von Linken befeuerte Alarmismus haben dieses Wahrnehmungsfenster derart weit verrückt, dass einst bürgerliche Ansichten nun als „unthinkable" gelten, während linksextreme Einstellungen nicht mehr als „radical", sondern als „acceptable" gelten. So akzeptieren auch immer mehr Menschen, dass unter dem Vorwand, die Gesellschaft und den Staat vor den Rechten schützen zu müssen, immer mehr demokratische Grundrechte, wie etwa die Meinungsfreiheit, eingeschränkt werden. Auch deshalb, weil die linken Mainstreammedien diese schrittweise Demontage unserer Demokratie und unserer Grundrechte nicht nur nicht kritisieren, sondern goutieren und propagandistisch unterstützen. Man ist schließlich Teil und Profiteur dieses Netzwerkes der Macht.

Mit der oft zitierten Faschismuskeule können Linke für sie unangenehme und gefährliche Debatten im Keim ersticken, mit diesem Totschlagargument politische Gegner mundtot machen und dank neuer Gesetze immer öfter auch kriminalisieren bzw. mit der Androhung von Strafen massiv einschüchtern. Der politische und soziale Druck auf die Bevölkerung ist mittlerweile so groß, dass viele Angst davor haben, ihre Meinung offen auszusprechen. Das bestätigt eine Studie des Instituts für Demoskopie Allensbach: „Fast zwei Drittel der Befragten (63 Prozent) stimmten zu, dass man heute sehr aufpassen müsse, zu welchen Themen man sich wie

äußert. [...] 58 Prozent meinen, zumindest bei einigen Themen sei Vorsicht geboten. Nur 18 Prozent gaben an, in der Öffentlichkeit bei allen Themen frei seine Meinung äußern zu können."[288]

Der Kampf gegen rechts ist zudem das wichtigste Bindemittel des links-grünen Spektrums von Sozialdemokraten und Grünen, Linksextremen und kirchlichen Verbänden, marxistischen Splittergruppen und gewaltbereiten „Antifaschisten". Unter diesem Banner können sie sich versammeln, um den gemeinsamen Feind, den politischen Konkurrenten auszuschalten bzw. kleinzuhalten, ins gesellschaftliche Abseits oder gar in die Kriminalität zu drängen. Es ist ein Zweckbündnis, dem sich auch einst bürgerliche Kräfte angeschlossen haben, unter anderem aufgrund des gewaltigen Druckes, den die linken Kräfte in den meinungsbildenden Milieus ausüben. Da der Begriff des Kampfes gegen rechts auf immer weitere Bevölkerungsschichten ausgedehnt wurde, mutierten die Bürgerlichen in den vergangenen Jahrzehnten zu Linken, um nicht selbst ins Fadenkreuz der selbst ernannten Antifaschisten zu geraten, um nicht als Rechtsextreme von der Gesellschaft und vom öffentlichen Diskurs ausgeschlossen zu werden. Weshalb die bürgerlichen Parteien, die Union in Deutschland und die ÖVP in Österreich, ihre Bindung an das rechtskonservative Milieu aufgegeben bzw. dieses verraten haben.

„Ein marxistisches System erkennt man daran, dass es die Kriminellen verschont und den politischen Gegner kriminalisiert."

— Alexander Solschenizyn

Doch dieses Anpassen, Zurückweichen und Anbiedern an den um sich greifenden linken Zeitgeist ist für die Bürgerlichen, für die politische Mitte selbstzerstörerisch, wirkungslos – und spielt den Linken in die Hände, ist Teil ihrer politischen Strategie.

Als Konservativer, Bürgerlicher oder Liberaler von Grünen und Mainstreammedien ins Nazieck gestellt zu werden, kann schnell gehen, kann jedem, der nichtlinke Positionen öffentlich und erfolgreich vertritt, passieren. Das zeigt etwa die Wahl des Ministerpräsidenten in Thüringen. Die FDP gilt, nachdem ihr Kandidat Thomas Kemmerich mit den Stimmen von CDU und AfD zum Ministerpräsidenten gewählt wurde, als schwer beschädigt und rechtsextrem. CDU-Chefin Annegret Kramp-Karrenbauer musste das Handtuch werfen. In Thüringen wurde eine scharfe rote Linke gezogen: Wer der AfD zu nahe kommt, auch wenn es darum geht, einen Kommunisten als Regierungschef zu verhindern, ist selbst ein Nazi. Die „Bild" berichtete: „Doch auch in der Gesellschaft scheinen jegliche Dämme zu brechen. Der Hass, der sich aktuell im Netz sowie auf der Straße breitmacht, ist beispiellos – besonders gegen Politiker der FDP. Es brennt vor FDP-Büros. Privathäuser und Kinder werden mit Feuerwerk beschossen. Hassmails fluten Posteingänge. ‚Verräter', ‚Nazi', ‚Fuck Nazis', ‚Fuck FDP', ‚Nazi-Freund', ‚Nazi-Hure', ‚Nazi-Kollaborateur', ‚Fotze', ‚Faschisten', ‚Antifa is watching you' – das alles steht auf Plakaten, an Hauswänden oder wird FDPlern ganz unverhohlen auf offener Straße entgegengerufen."[289]

Angesichts dieses enormen Druckes, zu dem auch der Straßenterror linker Antifa-Fußtruppen gehört, hat sich das Parteienspektrum dramatisch verändert und nach links verschoben. Das zeigt sich auch an Bundeskanzlerin Angela Merkel. Viele Positionen, die sie in der Umwelt-, Zuwanderungs-, Verteidigungs-, Finanz- oder Europapolitik vertritt, liegen mehr oder weniger auf einer Linie mit den Grünen, oder sie positioniert sich in einigen Bereichen, etwa in der Genderpolitik, als eine Grüne-light-Politikerin. Seit ihrem Kurswechsel in der Migrationspolitik im Jahr 2015 wird Merkel von den linken Mainstreammedien unterstützt. Solange sie sich in dem von den Grünen vordefinierten Feld des Erlaubten bewegt, wird sich das auch nicht ändern, so lange hat sie, wenn schon nicht die öffentliche, so zumindest die veröffentlichte Meinung hinter sich, was in einer Mediengesellschaft ein entscheidender Faktor ist. Vor allem Merkel – aber auch Kurz passt seine Politik und Entscheidungen dem von den Grünen geprägten Zeitgeist an.

Da immer mehr Bürger auch in Österreich erkannt haben, dass die Grünen bzw. die Linken nicht die Lösung der aktuellen Probleme sind, sondern deren Verursacher und Verstärker, reagieren diese mit einer Strategie der Dämonisierung und Skandalisierung des politischen Gegners. Das ist – neben dem Schüren von Klimaängsten – das politische Konzept, die politische Überlebensstrategie der Grünen.

Neben aller Ideologie und Strategie geht es, wie bei den meisten ihrer politischen Positionen, auch beim Kampf gegen rechts um Geld und um die wirtschaftliche Existenz der Grünen. Auch das zeigt das aktuelle Regierungsprogramm. Die vielen zusätzlichen Vereine, Institute und Organisationen, die sich künftig dem Kampf gegen rechts widmen, tun das mit Steuergeldern, die als Förderungen, Subventionen oder unter welchem Titel auch immer an diese Organisationen und deren Mitarbeiter fließen. Dieser vom Staat finanzierte Kampf gegen rechts dient den Grünen auch dazu, ihre Mitstreiter zu versorgen.

All das führt zu einem inflationären Gebrauch der Begriffe Faschismus, Nazis, Rechtsextreme. Dadurch werden der Nationalsozialismus und seine Verbrechen verharmlost. Die ZDF-Journalistin Nicole Diekmann twitterte, dass für sie alle Nichtwähler der Grünen Nazis seien.[290] Das hat

ihr zwar einen Shitstorm von „Nazis“ eingebracht, aber die Mitarbeiterin des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, der in Deutschland wie in Österreich den Grünen nahesteht, hat auf den Punkt gebracht, wer für die Grünen die Nazis sind. Es mag überspitzt formuliert gewesen sein, trifft aber im Kern die Einstellung und Sichtweise der Grünen sehr gut: Wer nicht für uns ist, ist gegen uns und damit ein Nazi, ein Feind. Frau Diekmann hat getwittert, was viele ihrer grünen Gesinnungsgenossen derzeit nur denken.

Beim Kampf gegen rechts heiligt der Zweck die Mittel: „Andere Meinungen auszugrenzen, niederzubrüllen, zu ächten, möglichst zu vernichten, in jeder Form jeden Diskurs auszumerzen.“[291] Die allgegenwärtige rechte Gefahr ist für Grüne auch eine Ablenkungsstrategie, ein lauter Haltet-den-Dieb-Ruf. Je mehr sich etwa der politische Islam dank der unverantwortlichen und weitgehend unkontrollierten Massenzuwanderung in den europäischen Gesellschaften etabliert, ausbreitet und zur mit Abstand größten Herausforderung für unsere Demokratie und westliche Gesellschaftsordnung wird, desto lauter werden die Warnungen der Open-borders-Ideologen vor den Rechten, obwohl ein halbwegs ungetrübter Blick auf die aktuelle Bedrohungslage zeigt, dass der Islamismus in jeglicher Hinsicht, was die Zahl der Anhänger, die Gewaltbereitschaft, die Radikalisierung, die Fähigkeit zu mobilisieren etc. betrifft, die ungleich größere Bedrohung für die europäischen Staaten darstellt. Im Verfassungsschutzbericht des BVT aus dem Jahr 2018 heißt es: „Für Österreich geht die größte Bedrohung unverändert vom islamistischen Extremismus und Terrorismus aus“[292]. Trotz dieser eindeutigen Einschätzung der Gefahrenlage dominiert der Kampf gegen rechts die öffentliche Debatte, die Berichterstattung der Medien und die Politik.

Diejenigen, die in ihrer linken Willkommenseuphorie und multikulturellen Heilserwartung Gotteskrieger, Terroristen, Hassprediger und deren Sympathisanten ins Land gelassen und willkommen geheißen haben, warnen über die ihnen zur Verfügung stehenden Apparate und Kommunikationskanäle vor einer rechten Bedrohung. Weshalb auch alle negativen Entwicklungen und Kollateralschäden, die im Zusammenhang mit der von den Grünen und Linken befeuerten Massenzuwanderung stehen, systematisch verharmlost und verschwiegen werden, während gleichzeitig alles, was sich irgendwie als rechts interpretieren lässt, zur großen Bedrohung aufgeblasen wird. Unter anderem deshalb, weil die politische Nachfrage nach Nazis wesentlich größer als das Angebot ist. Nur in den Köpfen der Grünen und Linken, nur in ihren kulturellen Hervorbringungen, in rezenten Theaterstücken, Büchern, Kabarettprogrammen und TV-Filmen lauert hinter jedem Busch ein Faschist. In der freien Wildbahn, also in der Realität, findet man sie nur selten.

Deshalb braucht es die Skandalisierung und Inszenierung. Man erinnere sich etwa an die Rattenfabel eines oberösterreichischen FPÖ-Funktionärs, die es sogar zum weltweiten Skandal brachte, während Behörden und Politik auf der anderen Seite nach der Bluttat eines bosnischstämmigen Österreichers in der Grazer Innenstadt, bei der drei Menschen starben und 36 zum Teil schwer verletzt wurden, reflexartig – und noch bevor mit den Ermittlungen richtig begonnen werden konnte – einen terroristischen bzw. extremistischen Hintergrund ausgeschlossen und den Anschlag als Tat eines psychisch Kranken dargestellt haben, was die Mainstreammedien entgegen ihrer ansonsten polizeikritischen Grundhaltung in diesem Fall völlig unkritisch und unhinterfragt übernahmen.

An diesen beiden Beispielen zeigt sich die Interessenlage: Während man rechte Skandale dringend benötigt und diese entsprechend medial aufbereitet bzw. selbst konstruiert, werden anderseits linksextreme und islamistische Gefahrenherde ignoriert, verharmlost und umgedeutet. Das liegt auch darin begründet, dass der Kampf gegen rechts für jene, die ihn betreiben, mit keinerlei Risiko oder Gefahr verbunden ist. Es ist nur Schattenboxen, man hat einen Popanz geschaffen, um sich selbst als mutig, couragiert und entschlossen darstellen zu können. Es geht auch hier um Selbsterhöhung auf Kosten und zulasten anderer und darum, von der Verantwortung, die man für viele gesellschaftliche Fehlentwicklungen trägt, abzulenken. Es ist viel bequemer, erfolgversprechender und glamouröser, jene Probleme zu lösen, die man selbst erfunden hat, als tragfähige Konzepte für komplexe Problemlagen zu entwickeln.

Rechte sind für Linke universelle Sündenböcke und Projektionsflächen, sie haben jene Funktion, die gemäß linker Klischees „der Ausländer“ für die Rechten hat. Der antifaschistische Abwehrkampf der Linken kann zudem auf einem Terrain geführt werden, auf dem die Grünen besonders erfahren und versiert sind: Hier geht es nicht um Fakten oder reale Bedrohungslagen, hier geht es um Moral, Haltung, Ideologie und Gefühle. Wenn man schon nicht die Schulden-, Finanz- oder Integrationskrise lösen kann, weil die politischen Werkzeuge und das ideologische Gerüst dafür völlig ungeeignet und zu grobschlächtig sind, weil man dafür nicht einmal das richtige Problembewusstsein hat, muss man die zukunftsrelevanten Fragen und die Bedrohungen für Bürger und Gesellschaft selbst kreieren, um politische Handlungsfähigkeit vorzutäuschen.

Angesichts dieses Scheinkampfes vor dramatischen Drohkulissen fällt es vielen Bürgern nicht auf, dass ihre Rechte und Freiheiten immer mehr beschnitten und eingeschränkt werden, die Demokratie immer weiter ausgehöhlt wird.

4. Die Netzwerke der Grünen

4.1 Medien

Einer der wichtigsten, wenn nicht der entscheidende Faktor für den politischen Erfolg und Einfluss der Grünen, der weit über ihre zumeist einstelligen Wahlergebnisse hinausgeht, sind die Medien. Nur durch deren Unterstützung und dank der engen Verflechtung mit den wichtigen Medien des Landes, der Kommunikations- und Kreativbranche, konnten die Grünen zur bestimmenden politischen Kraft der vergangenen Jahre und Jahrzehnte aufsteigen. Die Medienbranche, die linken Parteien im Allgemeinen und die Grünen im Besonderen sind eine symbiotische Beziehung eingegangen.

Viele Journalisten und Medienleute stehen den Grünen politisch und ideologisch nahe, oder besser: Ein großer Teil der Journalisten sympathisiert offen mit den Grünen, fühlt sich ihnen verbunden. „Grüne Wertmuster und Themen erhalten durch viele Medien einen Verstärkereffekt."[293]

„Bis heute sind die Grünen eine kleine Partei geblieben, aber ihre Anliegen haben das ganze Land politisch und gesellschaftlich durchdrungen. Sie fanden besonders viele Anhänger in den akademischen Milieus, bei Studenten, Lehrern, in den Medien, bei Kulturschaffenden aller Art, was ihre kulturelle Dominanz erklärt."[294]

— Giovanni di Lorenzo, Chefredakteur der „Zeit"

Medien und Journalisten unterstützten die grüne Bewegung von Anfang an, standen ihr stets wohlwollend gegenüber. Der deutsche Kommunikationswissenschaftler Siegfried Weischenberg hat 2004 erhoben, dass 36 % der deutschen Journalisten mit den Grünen sympathisieren. Das heißt, fünfmal mehr Medienleute als Wahlberechtigte sind grünenaffin[295]. In Österreich ist die Situation ähnlich: Der Kommunikationswissenschaftler Andy Kaltenbrunner hat für die Studie „Österreichs Medienmacher und ihre Motive" zwar nicht die Parteipräferenzen, aber die politische Ausrichtung unter den heimischen Journalisten abgefragt. Demnach verorten sich zwei Drittel der Wiener Journalisten im politisch linken Lager („links" bzw. „eher links") und nur zwölf Prozent im „rechten" bzw. „eher rechten" Lager[296]. Bei einer repräsentativen Befragung der Freien Universität Berlin im Jahr 2010 gaben 26,9 % der deutschen Politikjournalisten an, sie stünden den Grünen nahe, 5,5 der SPD, 9,0 den Unionsparteien, 7,4 der FDP und 4,2 der Linken[297]. Bei einer Umfrage der Universität München im Jahr 2017 positionierten sich die meisten deutschen Journalisten politisch links der Mitte. Auf einer Skala von 0 (links) bis 10 (rechts) lag der Mittelwert bei 3,96[298]. „Journalisten sehen sich gern als mutige Streiter wider den Mainstream. Leider legen die Zahlen nahe, dass es mit dem Widerspruchsgeist nicht so weit her ist. Die meisten Medienmenschen bewegen sich in einem Umfeld, in dem fast alle so denken wie sie selbst."[299]

„Zweidrittel der im Meinungsgeschäft Tätigen sympathisiert mit Rot-Grün."[300]

— „Der Spiegel"

Aktuelle Studien und Befragungsergebnisse liegen derzeit nicht vor, aber seit die Grünen von der Krise der Sozialdemokratie und der Greta-Thunberg-Bewegung massiv profitieren, dürfte auch der Anteil an grünenaffinen Journalisten eher gestiegen sein. Die in der Medien- und Kommunikationsbranche Beschäftigten repräsentieren nicht die Gesellschaft, sind kein Abbild von ihr, sie stehen in Österreich und Deutschland politisch deutlich weiter links als die Bevölkerung. Dieser Umstand bedeutet eine dauerhafte Beeinflussung, Verzerrung bzw. Störung des öffentlichen Diskurses und der öffentlichen Meinung zugunsten linker Parteien sowie eine permanente, strukturelle Benachteiligung und Diskriminierung aller nichtlinken Kräfte. Die Rahmenbedingungen sind durch diese mediale Schieflage für konservative, liberale, patriotische und rechte Parteien deutlich schlechter als für die Grünen.

Das ist für Gesellschaft, Demokratie und Rechtsstaat hochproblematisch, weil sich linke Journalisten in der Regel nicht als Berichterstatter, sondern als Politaktivisten, als politische Player begreifen. Das Berufsbild hat sich in den vergangenen Jahren gewandelt, der sogenannte Meinungs- bzw. Haltungsjournalismus hat sich durchgesetzt. Längst gilt das Gegenteil des vom TV-Journalisten Hanns Joachim Friedrichs geprägten Grundsatzes: „Ein Journalist macht sich mit keiner Sache gemein, auch nicht mit einer guten."[301]

Der linke Meinungsdrall der Medien wird zu einer Gefahr für die öffentliche Meinungsbildung und Demokratie, wenn er zum unhinterfragten Mainstream wird, wenn Dogmen und Meinungen zu Wahrheiten und Fakten gerinnen. Man will die Menschen nicht informieren, sondern erziehen, steuern, indoktrinieren, disziplinieren, zumal sich der gemeine linke Haltungsjournalist intellektuell wie moralisch dem „kleinen Mann von der Straße" überlegen fühlt, er dermaßen davon überzeugt ist, auf der richtigen Seite der Geschichte zu stehen und für die gute Sache zu kämpfen, dass er seine Überzeugungen und Ziele für alternativlos, sprich: nicht verhandelbar hält. Mainstreammedien liefern zu jeder Information stets die richtige Haltung, Sichtweise, Interpretation und Meinung mit. Die ist praktisch immer grün-links. Nicht

der Rezipient soll sich seine Meinung, sein Weltbild auf Basis möglichst neutraler Informationen, die er von möglichst objektiv berichtenden Medien bezieht, bilden, die richtige Haltung und Denkanleitung ist im modernen, politisch korrekten Journalismus in jedem Bericht, jeder Nachricht und jeder Information inkludiert. Man hat über Jahre hinweg eine grün-linke Meinungsblase und mediale Echokammer geschaffen. Sie unterscheidet sich neben der Ideologie nur in einem Punkt von den in linken Medien gern und oft kritisierten rechten Blasen: Sie ist viel größer und wirkmächtiger.

Bei der oben angeführten Studie der Universität München gaben 66,7 % der befragten Journalisten an, ihre Aufgabe sei es, „Toleranz und kulturelle Vielfalt" zu fördern. Nicht einmal die Hälfte sieht hingegen ihre Aufgabe als Journalisten darin, „Menschen die Möglichkeit zu geben, ihre Ansichten zu artikulieren"[302]. Der Journalist als politischer Erzieher, als Priester und Verkünder einer weltlichen Politreligion.

Dieser missionarische Eifer der grün-linken Journalisten und Medienmacher lässt keinen echten Diskurs im Sinne eines gleichberechtigten Austausches von Argumenten zu. In den Mainstreammedien und der breiten Öffentlichkeit finden nur noch Scheindebatten innerhalb eines eng abgesteckten Meinungskorridors statt; über die großen Zukunftsfragen darf nicht mehr diskutiert werden. Das gilt für Umwelt-, Sozial-, Energie-, Sicherheits-, Integrations- und Einwanderungspolitik. Grün-linke Politik wird in diesen und anderen Politikfeldern von der politmedialen Elite als alternativlos dargestellt. Über die Alternativlosigkeit linker Utopien herrscht dank der kulturellen Hegemonie der Grün-Linken in Medien, Wissenschaft, Zivilgesellschaft Einigkeit. Alternativlos ist im Zusammenhang mit Politik ein Euphemismus für undemokratisch, für autoritär.

Die vor allem von den Medien betriebene Diskursvermeidung wird in der sogenannten Klimadebatte besonders deutlich, die keine mehr ist, weil kritische Meinungen geächtet, ignoriert und de facto nicht mehr zugelassen werden. So forderte der ORF-Wetterchef Markus Wadsak: „Klimaleugner sollen keine Bühne in den Medien bekommen"[303]. Und auch hier bestimmen die Grün-Linken, die sich dank höherer Einsichten, die nur ihnen zugänglich sind, selbst ermächtigt haben, darüber, was noch erlaubte Zweifel sind und was bereits unter Klimaleugnung fällt.

Da sogenannten Klimaleugnern keine medialen Plattformen mehr geboten werden, es ihnen verunmöglicht wird, sich in der Öffentlichkeit zu artikulieren, herrscht, wie Grüne und Experten gern betonen, Einstimmigkeit darüber, dass der Mensch der Hauptverursacher des Klimawandels sei. Alle sind einer Meinung, weil abweichende Standpunkte geächtet, verfolgt und unterdrückt werden. Ähnlich verhält es sich bei politischen Diskussionen: Rechte Meinungen sind keine, Rechte verbreiten keine Meinungen, sondern ausschließlich Hass und Hetze. Weshalb die Äußerungen von rechten Abweichlern generell bekämpft, verfolgt, kriminalisiert und nach Möglichkeit verboten werden müssen.

Besonders intensiv ist die Unterdrückung rechter, oder besser: unliebsamer Positionen seit dem medialen Sündenfall von Köln. In der Silvesternacht 2015/16 wurden Hunderte Frauen auf der Kölner Domplatte von überwiegend nordafrikanischen Zuwanderern massenhaft sexuell belästigt. Mainstreammedien, Politik und Behörden versuchten, diese Vorfälle zu vertuschen[304], was aber nicht gelang, da alternative und soziale Medien über die Geschehnisse informierten und so die politisch korrekte Schweigemauer der Mainstreammedien unterspülten. Seither stehen diese Onlinekanäle, die das Informationsmonopol, die Meinungs- und Deutungshoheit der Mainstreammedien durchbrochen haben, unter Dauerbeschuss grüner und linker Kräfte – man wirft ihnen die Verbreitung von Fake News, Hass und Hetze vor.

Es geht aber nicht um Hass, Lügen und Desinformation, sondern um die Deutungs- und Meinungshoheit, die die Grünen und ihre Helfershelfer mit Zähnen und Klauen verteidigen. Schließlich sind die mit ihnen ideell verbundenen Mainstreammedien eine unverzichtbare Stütze ihrer Macht, vom Erfolg und der Bedeutung dieser Medien hängt der Erfolg, ja das politische Überleben der Grünen ab.

Die linken Mainstreammedien greifen seit 2015, seit die sogenannten rechtspopulistischen Kräfte an Zulauf gewonnen haben, aktiv und offen in Wahlkämpfe ein. Man versucht seither nicht einmal mehr, eine objektive und unabhängige Berichterstattung vorzutäuschen. Besonders deutlich wurde das im bereits erwähnten Bundespräsidentschaftswahlkampf 2016, wo die Medien fast geschlossen offen Wahlkampf für den Kandidaten der Grünen, Alexander Van der Bellen, betrieben.

Nach der Nationalratswahl 2019 hat sich ein Großteil der Medien massiv für das Zustandekommen einer türkis-grünen Koalition eingesetzt und mit entsprechender Berichterstattung versucht, die Österreicher auf diese Koalitionsvariante einzustimmen. Erst durch die Propaganda und Stimmungsmache der Mainstreammedien und der durchgängig positiven Berichterstattung über die Grünen stiegen auch die Zustimmungswerte in der Bevölkerung für die türkis-grüne Koalition. Man machte sich mit der „guten", sprich: der grünen Sache gemein.

Die Journalisten haben ein mediales Umfeld geschaffen, das die Grünen massiv fördert, bevorzugt und ihre Gegner benachteiligt. Deshalb finden alle politischen Auseinandersetzungen unter extrem unterschiedlichen und unfairen Voraussetzungen und Rahmenbedingungen statt. Im demokratischen Wettstreit der Parteien und Ideen herrscht definitiv keine Waffengleichheit. Die Medien sind nicht mehr die sogenannte Vierte Gewalt, die die Mächtigen kontrolliert; sie

haben sich ganz in den Dienst der Linken, im Besonderen der Grünen gestellt. Sie sind längst nicht mehr die Vertreter, Fürsprecher oder Anwälte der Bürger, sondern ihre schärfsten Kritiker, wenn diese vom linken Weg abkommen sollten.

Dank des medialen Druckes, dank der Propaganda gelang es den Grünen, weit über die Stärke, die ihnen die Wähler an der Urne verliehen haben, hinaus die Politik und Gesellschaft zu beeinflussen und zu verändern, zumal die anderen etablierten Parteien diesem enormen Druck wenig entgegenzusetzen hatten und stattdessen immer mehr grüne Vorstellungen übernahmen, sich dem Zeitgeist anpassten oder unterwarfen.

Auch die ÖVP unter Sebastian Kurz wird vom grünen Koalitionspartner mit Unterstützung der Mainstreammedien, allen voran des ORF, massiv unter Druck gesetzt, grüne Ziele umzusetzen. Die linke Medienmacht sorgt dafür, dass der kleine Koalitionspartner mit seinen 14 % in der Regierung deutlich mehr Gewicht bekommt. Die Grünen treiben mithilfe der mit ihnen verbundenen Journalisten den Regierungspartner und die anderen Parteien vor sich her. „Die von den Grünen betriebene Propaganda dient in erster Linie dazu, die eigenen Ziele und Vorstellungen von Politik als Mehrheitsmeinung auszugeben oder zumindest in der öffentlichen Wahrnehmung so aussehen zu lassen.[305]

Wie sehr der Erfolg der Grünen von der breiten medialen Unterstützung durch linke Mainstreammedien abhängt, zeigte sich bei den Nationalratswahlen 2017. Im Vorfeld gerieten die Grünen im Zuge der sogenannten Flüchtlingskrise von 2015 mit ihrer überzogenen und von weiten Teilen der Bevölkerung abgelehnten Willkommenskultur, ihren Forderungen nach offenen Grenzen in eine Krise.

Damit einher ging die Kritik, die Grünen seien eine oberlehrerhafte, spießige Verbotspartei. Selbst grünen-affine Medien begannen, wenn auch nur in homöopathischen Dosen, die Grünen zu kritisieren, wohl auch deshalb, weil die Journalisten fürchteten, ihre politischen Verbündeten könnten, wenn sie an diesem Kurs und ihrer Außenkommunikation festhielten, von der politischen Bühne verschwinden. Schließlich brauchen die Medien die Grünen wie die Grünen die Medien, es ist eine symbiotische Beziehung. Der „Kurier“ schrieb damals: „Grüne in der Imagefalle: Gegen Spaß, für Verbote“[306]. Und selbst der linke „Falter“ kritisierte Parteichefin Eva Glawischnig, weil sie sich mit Peter Pilz und der Grünen Jugend zerstritten hatte. Eine für die Grünen ungewohnte, neue Situation.

Nachdem sie über Jahrzehnte aus einer medialen Komfortzone heraus agieren konnten, waren sie von diesem leichten medialen Gegenwind, der ohnehin nur eine Brise war, von dieser konstruktiven, anspornenden Kritik vollkommen überfordert. Glawischnig warf entnervt das Handtuch. Bei ihrer Rücktrittsrede beschwerte sie, die von den Medien stets

Lupenreiner linker Haltungsjournalismus: „profil“ als Wahlkampfhelfer Van der Bellens.

hofiert wurde, sich, dass „die politische und mediale Aggressivität wahnsinnig zugenommen“[307] habe. Völlig skurril wurde es, als sich ausgerecht die Chefin der Grünen darüber echauffierte, dass es an „Respekt vor einer anderen Meinung“ mangele[308].

Diese ohnehin nur minimalen Änderungen in der Berichterstattung und der Tonalität stürzten die Grünen in eine tiefe Krise und Orientierungslosigkeit, brachte sie aus dem Konzept. Dass der mediale Schutzwall, der die Grünen vor jeglicher Kritik aus den niederen Sphären der einfachen Bürger abschottete, kleine Risse bekam, reichte aus, um sie zu verunsichern. Ohne das permanente positive mediale Feedback, ohne mediale Dauerpropaganda verloren die Grünen auch den Rückhalt in der Bevölkerung. Bei der Nationalratswahl 2017 verpassten sie mit 3,8 % den Einzug ins Parlament.

Grüne Wertvorstellungen, Ideen und Utopien, die in den meisten Fällen den Interessen der Österreicher entgegenstehen, lassen sich nur mit intensiver und flächendeckender medialer Propaganda in der Bevölkerung verankern. Und auch hier nur in einem relativ kleinen Segment. Ohne diese mediale Unterstützung, ohne Indoktrination und Propaganda sind die Grünen als Partei, als Bewegung, als politische Kraft, die das Land in den vergangenen Jahrzehnten geprägt und auf Linkskurs gehalten hat, bedeutungslos, gesellschaftspolitisch irrelevant.

Unter anderem auch deshalb, weil die Mainstreamme-

dien für das positive Image der Grünen verantwortlich zeichnen. Wo andere Parteien viel Geld für Agenturen, PR und Werbung ausgeben müssen, bekommen es die Grünen gratis. Die Grünen gelten als die Partei der sauberen Politik und der Transparenz, obwohl sie wie ihre politischen Mitbewerber auch in verschiedene Affären verwickelt sind. Auch den Grünen sind Postenschacher oder Korruption nicht fremd. Dank der engen Verflechtung mit den Medien kommen ihre Skandale und Verstrickungen entweder gar nicht auf oder werden systematisch klein gehalten. Im Umfeld der Grünen wird auch nicht, wie das bei ÖVP und vor allem FPÖ üblich ist, bis hinunter auf die kommunale Ebene intensiv nach belastendem Material gesucht. Falls erforderlich, kommt sogar von Halbweltgestalten produziertes Belastungsmaterial gut getimet vor Wahlentscheidungen zum medialen Einsatz. Auch hier zeigt sich das gute Zusammenspiel linker Kräfte. Skandale werden zum Schaden des politischen Gegners inszeniert bzw. aufgeblasen, oftmals auf Basis von aus der Justiz herausgespielten Informationen. Nach der Veröffentlichung wird die politmediale Empörungs- und Skandalisierungsmaschinerie hochgefahren, beginnt ein gut eingeübtes politmediales Ritual, bei dem die Akteure aus den verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen von den NGOs bis hinauf zum Bundespräsidenten ihre Rollen und Aufgaben gut kennen.

Nein, dafür braucht es niemanden, der das plant und orchestriert, hier wirken Kräfte zusammen, die ähnliche Interessen und Ziele verfolgen. Über die Jahre hat sich das eingespielt, vom Tweet des Armin Wolf und den Ermahnungen des Bundespräsidenten über die Analysen der ORF-Experten und die Presseaussendungen der NGOs bis hin zu den Demos des grün-linken Fußvolkes. Wie die grün-linken Netzwerke echte oder konstruierte Skandale des Gegners politisch für ihre Zwecke ausschlachten, läuft stets nach dem gleichen Schema ab.

Im Fall der Grünen arbeiten diese Netzwerke oder Interessengemeinschaften in die andere Richtung: Man versucht, alles für diese Partei Unangenehme fernzuhalten. Die Mainstreammedien berichten nur, was über andere Kanäle bereits bekannt geworden ist. Hier gilt der alte Grundsatz von Kriminellen: Nur zugeben/berichten, was ohnehin schon jeder weiß. Auch die Grapsch-Affäre von Peter Pilz wurde erst medial gespielt, und zwar vom inoffiziellen Organ der Grünen, dem „Falter", als Pilz die Grünen verlassen hatte und damit zu einer Gefahr für sie wurde.

Aufschlussreich ist auch, wie die Medien mit dem „System Chorherr" umgehen, das, obwohl es um Millionensummen geht und schon auf den ersten Blick die Optik mehr als schief ist, von ihnen kaum beachtet wird, sieht man von OE24 und anderen wenigen Ausnahmen ab. Auch die politischen Postenbesetzungen im rot-grünen Wien sind für die grünenaffinen Mainstreammedien kein Thema.

Die Positionierung als Sauber-Partei, als Partei der Guten und Anständigen, ist nur dank der breiten medialen Unterstützung möglich.

Aus dem Wahldebakel von 2017 haben die Grünen und, mehr noch, die grünenaffinen Medien gelernt. Ihnen wurde bewusst, dass die Grünen nur in einer geschlossenen, homogenen linken Medienumgebung politisch überleben können. Eine plurale, ausgewogene, eine – um die Terminologie der Grünen zu verwenden – bunte Medienlandschaft, in der rechte, linke, konservative, alternative, liberale und bürgerliche Medien mehr oder weniger ausgewogen bzw. entsprechend den Präferenzen der Bevölkerung nebeneinander existieren, wäre für die Grünen existenzbedrohend. Weshalb sie sich, seit sie in der Regierung sitzen, massiv für die Stärkung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks einsetzen. Der ORF ist für die Grünen aufgrund seiner nach wie vor beachtlichen Reichweite, der engen Beziehungen, der Mitsprachemöglichkeiten und der Möglichkeit der politischen Einflussnahme, die die Grünen über offizielle (Stiftungsrat etc.) und inoffizielle Kanäle haben, das für sie weitaus wichtigste Medium.

Die Grünen haben sich in den vergangenen Jahren und Jahrzehnten entsprechend ihren machtpolitischen Strategien und ihrer ideologischen Ausrichtung immer für die Stärkung des staatsnahen Rundfunks eingesetzt. Dabei geht es den Grünen nicht um ein ausgewogenes, faires duales Rundfunksystem, also ein ausgeglichenes Nebeneinander von öffentlich-rechtlichen und privaten Sendern. Die Grünen brauchen einen den Markt dominierenden staatsnahen Rundfunk, der mit Gesetzen und Privilegien vor der privaten Konkurrenz geschützt wird und diese, ausgestattet mit solchen Wettbewerbsvorteilen, kleinhält. Das erhöht einerseits seine politische Abhängigkeit, anderseits profitieren die Grünen massiv von seinen hohen Marktanteilen und Reichweite, also vom großen Einfluss, den der ORF auf die Bildung der öffentlichen Meinung nach wie vor hat. Je weniger von der Politik und dem Staat unabhängige Medien am Markt sind, desto höher sind die Chancen der Grünen, gute Wahlergebnisse einzufahren.

Das ist auch der Grund, warum sie die sogenannten alternativen bzw. freien Medien politisch unterstützen. Das sind TV- und Radiosender, die finanziell und strukturell von öffentlichen Geldern, sprich: vom linken Umverteilungsstaat abhängig und dementsprechend politisch weit links angesiedelt sind, etwa Okto-TV oder Radio Orange. Wie groß die Abhängigkeiten und stark die politischen Verflechtungen auch in diesem Bereich sind, zeigt der linke Wiener TV-Sender Okto.

OE24 berichtet, dass trotz Unstimmigkeiten bei der Verwendung von Fördergeldern die Grünen in Wien eine weitere Subvention von 1,75 Millionen Euro „durchpeitschten"[309]. Im Vorstand jenes Vereines, zu dem auch der TV-Sender ge-

hört, saß wiederum jahrelang der Chefredakteur der linken Wiener Wochenzeitung „Falter“, Armin Thurnher. Der „Falter“ wird ebenfalls zum Großteil mit Inseraten der öffentlichen Hand, insbesondere von der rot-grün regierten Stadt Wien, finanziert.

Dort, wo die Grünen über die politischen Möglichkeiten und finanziellen Mittel, also Steuergelder, verfügen, bauen sie sich auf Kosten der Steuerzahler mediale Netzwerke auf. Sie unterstützen ihnen politisch und ideologisch nahestehende Medien, um über eigene Kommunikationskanäle zu verfügen, über die sie ihre Botschaften unverzerrt transportieren können.

Ein für die Grünen besonders wichtiges und zentrales Medium ist die schon öfter erwähnte linke Wiener Wochenzeitung „Falter“. Die Verfilzung zwischen der Partei und dem Blatt ist dicht und augenscheinlich. So war etwa Peter Pilz „Falter“-Kolumnist, und Christoph Chorherr gehörte zu seinen ständigen Mitarbeitern[310]. Angesichts dieses Näheverhältnisses, seiner finanziellen Abhängigkeit vom rot-grün regierten Wiener Rathaus und seiner Blattline kommt der „Falter“ einem grünen Parteiorgan sehr nahe. Deshalb ist es auch nicht verwunderlich, dass der „Falter“, der als das investigative Medium des Landes gilt, in der Spendencausa Christoph Chorherr versucht, die schwerwiegenden Vorwürfe gegen ihn zu entkräften. Dabei geht es um Millionensummen, es steht der Verdacht des Amtsmissbrauchs und der Bestechung im Raum. Der „Falter“ stellte deshalb die rhetorische Frage: „Ist dieser Mann korrupt?“[311] Von solchen medialen Freund- und Seilschaften können nichtlinke Parteien wie die FPÖ nur träumen. Diese nichtlinken Parteien stehen im Fokus des „Falter“. Das linke Blatt trägt zusammen, was sich irgendwie gegen FPÖ und ÖVP verwerten lässt, dabei werden ihm sehr oft vertrauliche Dokumente aus der Justiz zugespielt. Der „Falter“ wäre aufgrund seiner niedrigen Auflage und seiner Wienlastigkeit kein relevantes, meinungsbildendes Medium, dazu machen ihn erst andere Medien wie der ORF. Sie übernehmen jene Geschichten des „Falter“, die sie für die politische Auseinandersetzung verwerten können, die den konservativen und rechten Kräften schaden und den Grünen nutzen. ORF und andere linke Medien steigern indirekt die Reichweite und damit die gesellschaftspolitische Relevanz des „Falter“. Auch daran erkennt man, wie weit verzweigt und mächtig die Netzwerke der Grünen sind.

Daraus ergibt sich eine extreme Schieflage im politischen Wettkampf. Während rechte und bürgerliche Parteien mit permanenten Skandalisierungen, Medienkampagnen, Desinformation und Propaganda konfrontiert sind, werden die Grünen von den relevanten Medien stets positiv dargestellt, ihre Politik und Ziele gefördert.

Die „Kronen Zeitung“, Österreichs größte Tageszeitung mit allerdings rasch abnehmender Reichweite und Bedeu-

Grüne Sauber-Partei: skandalfrei dank medialer Mithilfe und Schweigemauer.

Foto: trend 2/1992

ORF und Grüne hautnah: Robert Wiesner (1987–2018 ORF-Redakteur) und Peter Pilz.

tung, hat eine wechselvolle Beziehung zu den Grünen. In der Ära des legendären Zeitungsgründers Hans Dichand setzte sich die „Krone" massiv für den Umweltschutz ein. Mit ihrer Hainburg-Kampagne war sie ein wichtiger Geburtshelfer der grünen Bewegung. Auch Madeleine Petrovic, Chefin der Grünen von 1994 bis 1996, wurde von Dichand unterstützt, weil sie sich, so wie er, für den Tierschutz engagierte. Nach der Ibiza-Affäre und der Übernahme von Anteilen der „Krone" durch den der ÖVP nahestehenden Immobilienmilliardär René Benko ist die „Kronen Zeitung" erneut auf einen grünenfreundlichen und FPÖ-kritischen, oder besser: -feindlichen Kurs eingeschwenkt. „In der Folge der Ibiza-Affäre verdingten sich sowohl die ‚Kronen Zeitung' in ihrer Gesamtausrichtung als auch einzelne maßgebliche Akteure in einer Blattlinie, welche sich in erdrückendem Umfang gegen die FPÖ richtete."[312]

Fast alle relevanten Medien in Österreich stehen den Grünen mehr oder weniger wohlwollend gegenüber. Lediglich die sogenannten alternativen bzw. rechten Medien bilden hier eine Ausnahme, sie sind aber aufgrund ihrer überschaubaren Reichweite sowie der Ausgrenzung durch die etablierten Medien und die politmediale Klasse im öffentlichen Meinungsbildungsprozess nur eine Randerscheinung.

Die Macht und der Einfluss der Grünen speisen sich vor allem aus der medialen Unterstützung. Eine Medienpolitik, die eine Liberalisierung des Marktes, eine möglichst unabhängige und vielfältige Medienlandschaft zum Ziel hat, die Rahmenbedingungen für einen von staatlichen und politischen Einflüssen möglichst unabhängigen Medienmarkt schafft, wäre für die Grünen fatal.

4.2 Kunst und Kultur

Was für die Medien- und Kommunikationsbranche gilt, trifft auf Kunst und Kultur in noch weit höherem Maße zu. Dieses Milieu wird wie kein anderer Bereich der Gesellschaft von linken Kräften dominiert. Die roten und grünen Sozialisten verfügen hier über ein De-facto-Monopol, wobei die Kulturschaffenden tendenziell eine höhere Affinität zu den Grünen und anderen weit links verorteten Kräften als zu den gemäßigteren Sozialdemokraten haben.

Dies umso mehr, seit die Grünen aufgrund ihrer Regierungsbeteiligung mehr Einfluss auf die Verteilung öffentlicher Gelder, mehr politische Gestaltungsmöglichkeiten und Kompetenzen haben, zumal die Kulturbranche in hohem Maße vom Wohlwollen und den Geldleistungen der öffentlichen Hand abhängig ist, zumal sie viel vom Staat und wenig vom Markt zu erwarten hat.

„Ein guter Pizzabäcker bringt es nicht selten zu mehr Wohlstand als ein hoch gebildeter Doktor der Philosophie. Auf diese Kränkung reagieren die meisten Intellektuellen mit Antikapitalismus und einem starken Glauben an staatliche Planung und Lenkung. Im romantisch geprägten Deutschland wird daraus häufig ein Ressentiment gegen die Oberflächlichkeit der westlichen Zivilisation. Im Gegensatz zum Kapitalismus offerieren totalitäre Führer ein gewaltiges Jobprogramm für Intellektuelle in Propaganda und Planung."[313] So beschreibt Roland Baader das gegenseitige Abhängigkeitsverhältnis zwischen Künstlern, Intellektuellen und der Staatsmacht. Aufgrund ihrer wirtschaftlichen Stellung tendieren Kulturschaffende, Intellektuelle und Menschen, die in meinungsbildenden Berufen tätig sind, zu totalitären linken Ideologien.

Bei den Kulturschaffenden, wo die Abhängigkeit vom Staat und seinen Geldleistungen besonders hoch ist, ist deshalb auch das Klima repressiver als in der Medienbranche. Hier herrscht ein enormer Gruppendruck, eine lückenlose soziale Kontrolle, die die Künstler dazu nötigt, ihre korrekte politische Gesinnung stets aufs Neue durch Worte und Taten kundzutun und zu beweisen. Wer das nicht tut, gilt bereits als verdächtig.

Deshalb wird auch die Schlagerbranche, die politische Botschaften meidet, von linken Künstlern verachtet. Während der Flüchtlingskrise 2015 gab es wiederholt Forderungen von Künstlern in Deutschland und Österreich, die populären Schlagermusiker müssten sich öffentlich politisch bekennen. So forderten Thomas Spitzer und Klaus Eberhartinger von der Unterhaltungsband EAV nach den von Politik und Medien erfundenen Menschenjagden in Chemnitz: „In Zeiten wie diesen kannst du nur Komplize sein oder Rebell. [...] Schön wäre es, wenn die politisch keimfreie Fraktion wie [Helene] Fischer oder Gabalier in ihren Liedern zum Nachdenken anregt. [...] Zumindest einen Kommentar abgeben."[314] Künstler werden genötigt, sich der herrschenden Ideologie unterzuordnen, mit den Linken mitzumarschieren, andernfalls ist man „Komplize" von Menschenfeinden, Nazis etc.

Dass sich ausgerechnet jene, die sich weitgehend unkritisch dem Zeitgeist angepasst haben und nur vorgekaute und erlaubte Phrasen und Inhalte vorbringen, wie sie auch von allen anderen relevanten gesellschaftlichen und staatlichen Kräften verbreitet werden, als Rebellen sehen, liegt, wie bereits beschrieben, in der Ideologie und den Anfängen der linksalternativen bzw. grünen Bewegungen begründet. Ein gutes Beispiel für die Ausgrenzung von Künstlern, die sich dem linken Gruppendruck entziehen, ist Andreas Gabalier. Weil er – völlig untypisch für die durchgängig linke Unterhaltungsbranche – für traditionelle Werte steht und eintritt, gilt er in diesem Milieu, das seine primäre Aufgabe in der Schaffung von „richtigem" politischen Bewusstsein sieht, als Fremdkörper und Außenseiter.

In der linken Kunst- und Medienbranche ist er zum Feindbild geworden, über das man sich lustig macht, das man

kritisiert und bei Auszeichnungen und Ehrungen[315] übergeht. Nachdem Gabalier beim Formel-1-Grand-Prix in Spielfeld die Bundeshymne in der ungegenderten Originalversion gesungen hatte, schrieben die „Grünen Frauen Wien" einen offenen Brief an Gabalier, in dem sie die „Klärung der Causa" forderten.[316]

Seine Künstlerkollegen, die den Begriff „Kollege" wohl brüsk von sich weisen würden, linke Blätter wie „Falter" oder „Die Zeit" versuchten, Gabalier als politisch problematisch und anrüchig darzustellen, als jemanden, der wisse, „wie man mit rechten Ideen spielt"[317]. KPÖ, Grüne und diverse Künstler kritisierten, dass Gabalier von der Stadt Graz für seine Verdienste ausgezeichnet werden sollte. Als Gabalier in München der Karl-Valentin-Preis verleihen wurde, sorgte das für große Aufregung. Die Grünen in München protestierten heftig und forderten, den Preis zu verstaatlichen: „Hier wird ein Sänger geehrt, dessen unkritische Heimatseligkeit sowie häufig frauenfeindliches und homophobes Auftreten mit dem Valentinschen Hintersinn unvereinbar ist."[318] Grüne, Künstler und linke Medien versuchten mit ihren bekannten Methoden, Gabalier zu desavouieren, als Nazi, als Frauenfeind, Ausländerhasser und Homophoben darzustellen. Je größer die Popularität, je höher die Flughöhe eines nichtlinken Andersdenkenden, desto schwerer werden die Geschütze, die man gegen ihn auffährt. In ihrem Hoheitsgebiet dulden die Linken keinerlei Abweichung und Abweichler. Buntheit, Vielfalt sind bei den Grünen nur Oberfläche, wie bei Smarties; innen drin müssen alle gleich sein, sprich links, ökologisch, gendersensibel etc.

Deshalb hatte auch Alexander Van der Bellen die gesamte heimische Künstlerschaft geschlossen hinter sich, als er gegen Nobert Hofer um das höchste Amt im Staat wahlkämpfte. Hunderte Schauspieler, Regisseure, Autoren, Musiker und andere primär vom Staat abhängige Kulturschaffende bekundeten öffentlich ihre alles andere als uneigennützige Solidarität mit dem grünen Bundespräsidenten in spe. Angesichts dieses Ungleichgewichtes im Wahlkampf schrieb sogar „Profil", dass sich ebenfalls in die linken Hilfstruppen hinter Van der Bellen einreihte, von einem „Unterstützermonopol": „Kabarettisten, Schriftsteller, Schauspieler, Sänger: Die Kulturszene bildete ein selten dichtes Bollwerk gegen Hofer"[319].

Anders ausgedrückt: Die linken Netzwerke bzw. jene Netzwerke, die auf linke Kräfte in der Regierung angewiesen sind, der sogenannte Tiefe Staat, haben sich bei diesem Wahlkampf ganz offen gezeigt und gemeinsam für die Erreichung seines politischen Zieles gekämpft. Das war angesichts der damaligen Krise der Linken notwendig. Der nationale Schulterschluss all jener Kräfte, die dem grünen Netzwerk angehören bzw. von ihm profitieren oder sonst wie abhängig sind, zeigte, wie erfolgreich der Marsch der '68er und ihrer grünen Epigonen durch die Institutionen war, wie groß ihre tatsächliche Macht in der Gesellschaft ist, wie groß der Druck ist, den sie aufbauen und ausüben können, wie sehr die Gesellschaft von diesen Kräften durchdrungen ist. Es war eine eindrucksvolle grüne Machtdemonstration.

Angesichts der linksalternativen Hegemonie im vorpolitischen Raum und in der subventionsabhängigen Kulturszene kommt es einem Berufsverbot gleich, nicht mit der linken Masse mitzuheulen und mitzumarschieren oder sich gar als Rechter oder Konservativer zu outen. Nur ein einziger echter Prominenter wagte es, Norbert Hofer zu unterstützen: der Extremsportler Felix Baumgartner. Er wurde für sein Engagement mit gehässigen Medienberichten, Kampagnen und linken Shitstorms bestraft. Die Kunst-, Kultur- und Unterhaltungsbranche ist eine linke Meinungswüste, in der jedes noch so zarte Pflänzchen sofort zertreten wird, das diese linke Eintönigkeit, die linke Meinungshoheit gefährden könnte.

4.3 Bildung und Wissenschaft

Von Anfang an konnten die Grünen auf die Unterstützung gesellschaftlicher Multiplikatoren aus dem Bildungs-, Wissenschafts- und Hochschulbetrieb und von Menschen in meinungsbildenden Berufen zählen. In diesen Segmenten der Gesellschaft wird nichts produziert, sondern Sinn und Bewusstsein gestiftet. Diese linken „Sinn- und Heilsvermittler"[320] haben einen großen Anteil am Aufstieg und der Etablierung der Grünen in Staat und Gesellschaft, obwohl sie konsequent Politik gegen die Interessen des Landes und der Bürger machen. Wie bei Kunst und Medien handelt es sich auch hier um eine symbiotische Beziehung. Diese Berufsgruppen werden ihrerseits von den Grünen gefördert, finanziert und aufgewertet. Man bildet eine neue Klasse. „Die Herrschaft dieser neuen Klasse erfolgt durch Sinngebung. Mehr als physische Gewalt ist weltgeschichtlich die Macht ein Phänomen der freiwilligen Unterwerfung. [...] Als ‚Reich der Notwendigkeit' wird Arbeit und Wirtschaft unbedeutend und als vernachlässigbar angesehen, wobei die Heilsverkünder selbst jedoch auf Kosten der Produzierenden leben. Die Klasse der Heilsherrscher lebt ‚immer von der Arbeit der anderen', deren ‚Alltagsmühen und -anstrengungen sie gleichzeitig als minderwertige Lebensform verleumden und zugleich ausbeuten'"[321].

„Lehrer waren für die Verbreitung grüner Ideen in der jüngeren Generation ungeheuer wichtig. Im grünen Zeitgeist erzogene Schüler an deutschen Gymnasien waren eine wichtige und stetig sprudelnde Quelle für den Wählernachwuchs der Grünen"[322]. Ebenso wichtig war die Verankerung der Grünen in Wissenschaft und Universitäten, also den ideologischen Brut- und Ausbildungsstätten der künftigen Elite des Landes. Hier herrschen ähnliche Verhältnisse wie im Kultur- und Medienbereich. Vor allem die weichen Studienrichtungen, die Sozial- und Geisteswissenschaften, sind

längst zu Pseudowissenschaften abgesunken, die nur noch hervorbringen, was der linke Zeitgeist, was linke Politik verlangt. Sie liefern den „wissenschaftlichen" Unterbau für die grüne Ideologie.

Einer der bedeutendste Historiker der Gegenwart, Niall Ferguson, über diese Entwicklung: „Die Linken haben die Macht übernommen. Und sie, die sich in der Theorie für die Inklusion starkmachen, haben in der Praxis alle Andersdenkenden konsequent exkludiert. [...] Heute herrscht ein Regime, das sich von einer solchen offenen akademischen Gesellschaft nicht stärker unterscheiden könnte."[323]

Die Unterwanderung und Inbesitznahme der Hochschulen und der Wissenschaft, die Ferguson für die USA beschreibt, hat im gesamten Westen stattgefunden. Universitäten sind keine Stätten der Wissenschaft mehr, sondern der Ideologie, dort wird die Jugend indoktriniert. Wissenschaft möchte die Welt nicht mehr erklären, sondern sie nach linken Vorstellungen verändern. Auch in Österreich, wie die jüngsten Vorfälle rund um den Historiker Lothar Höbelt gezeigt haben, der von Linksextremisten mehrfach daran gehindert wurde, seine Vorlesungen zu halten. Eva Blimlinger, Abgeordnete der Grünen und ehemalige Rektorin der Akademie der bildenden Künste in Wien, stellte sich – wenig überraschend – gegen Höbelt und damit gegen die Freiheit von Lehre und Wissenschaft. Sie bezeichnete Höbelt als „Rechtsextremen" und verkündete im Nationalrat: „Das Thema Höbelt an der Universität Wien hat sich Gott und Göttin sei Dank bald erledigt, weil er in Pension geht."[324]

Es ist die wenig originelle, aber bewährte Methode der Grünen: Man schafft die Freiheit, in diesem Fall die Freiheit der Lehre, der Wissenschaft und der Meinung, im Namen der Meinungsfreiheit ab. Schließlich fielen rechtsextreme (= rechte) Äußerungen nicht unter die Meinungsfreiheit. Das bestimmen die linken Meinungsführer kraft ihrer selbst verliehenen Autorität. Noch einmal Historiker Ferguson: „Als Rechter bist du ein potenzieller Nazi. Kommunisten hingegen sind moralisch einwandfreie Sozialdemokraten."[325]

4.4 Zivilgesellschaft und Nichtregierungsorganisationen

Ein weiterer wichtiger Verbündeter im vorpolitischen Feld sind für die Grünen die NGOs. Sie sind die Verbinder von Straße, Aktivisten, Medien, Gesellschaft und Politik. Sie bereiten als Vorhut den politischen Boden für die Grünen, beeinflussen durch Aktivismus, Medienpräsenz und politische Forderungen das gesellschaftliche Klima, machen Stimmung, mobilisieren das linke Fußvolk, setzen die Themen, etablieren linke Standpunkte und versorgen die Medien mit Themen, Bildern und Inhalten, kurz: Sie sind für die Grünen unverzichtbar.

„Sie sind unkontrolliert, intransparent, oft lautstark moralisierend und sich empörend. Sie wollen anordnen, verbieten, erziehen. Natürlich alles im Sinne des ‚guten' Zwecks, für den sie vorgeben einzutreten."[326] Der politische Einfluss dieser Organisationen hat in den vergangenen Jahren erheblich zugenommen. NGOs bestimmen in allen zukunftsrelevanten Themenfeldern die politische Diskussion, die öffentliche Meinung und Wahrnehmung, sie treiben die Parteien vor sich her. NGOs bezeichnen sich selbst als Zivilgesellschaft. Mit diesem Framing versucht sich eine oftmals radikale gesellschaftliche Minderheit von Politaktivisten, die sich über die NGOs eine erhebliche Macht verschafft hat, als eine in der Gesellschaft etablierte Kraft dazustellen. Die Zivilgesellschaft, also die NGOs, die von den Medien und der Politik hofiert und benutzt werden, sind fast ausschließlich im grün-linken Bereich verortet. Vergleichbare Organisationen mit ähnlicher Bedeutung und Außenwirkung existieren auf der anderen Seite des politischen Spektrums, im rechten und konservativen Lager, nicht bzw. werden nicht als relevante NGOs wahrgenommen. Sie führen, ignoriert bzw. geschmäht von Medien und Politik, ein Schattendasein.

Die Bezeichnung „Nichtregierungsorganisation" ist bewusst irreführend, da fast alle dieser Organisationen personell, finanziell und ideell massiv mit Politik und Staat verwoben sind[327]. Die Verbindung von Nichtregierungsorganisationen und Regierungen, sprich: dem Staat, sind mittlerweile selbstverständlich. NGOs wirken immer öfter bei der Erfüllung originärer Staatsaufgaben mit, etwa im Asyl- oder Flüchtlingsbereich. „Im vergangenen Jahr [2018] zahlte allein die Bundesregierung 15,5 Milliarden Euro an Vereine, Stiftungen und NGOs und zum Teil auch Privatfirmen, damit diese von dem Geld Aufgaben übernehmen, die im öffentlichen Interesse liegen"[328].

NGOs sind vor allem in jenen politischen Feldern aktiv, die auch auf der Agenda der Grünen ganz oben stehen: Umwelt, Einwanderung, Asyl, Soziales, Kampf gegen rechts. Sie sind die wichtigsten Lobbyisten für eine möglichst unkontrollierte Massenzuwanderung in die Sozialsysteme, und sie sind die Vorkämpfer für den ökosozialistischen Umbau der Gesellschaft. Die Grünen verfügen mit ihren NGOs über die durchsetzungsstärksten Lobbygruppen, die weit mehr Macht und Einfluss als die viel kritisierte Atom- oder Tabaklobby haben, was die aktuellen politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen in Deutschland oder Österreich eindrucksvoll belegen, nur dass sie von den Mainstreammedien und der Politik nicht als solche bezeichnet und präsentiert werden, weil sie sich für die „richtigen" Ziele einsetzen.

Die Grünen haben in Deutschland und in Österreich ihr politisches Comeback vor allem den neuen Klimabewegungen und der von diesen verbreiteten Weltuntergangsstimmung zu verdanken. Eine Hand wäscht die andere. Werner

Kogler kündigte, nachdem er die Partei nach ihrem Rauswurf aus dem Nationalrat übernommen hatte, an, wieder „stärker mit Zivilgesellschaft und NGOs zusammenzuarbeiten“[329]. Im aktuellen Regierungsprogramm wird der besondere Stellenwert der Nichtregierungsorganisationen für Staat und Politik mehrfach hervorgehoben.

- Stärkung der Zusammenarbeit mit wissenschaftlichen Einrichtungen sowie NGOs im Bereich Sicherheitsforschung, Mediation und Krisenmanagement
- Weiterentwicklung und Intensivierung der Zusammenarbeit mit NGOs (Polizei.Macht.Menschen.Rechte)
- Errichtung eines Beirates für Elementarpädagogik (Mitglieder dieses Beirates sind NGOs, Expertinnen und Experten, Länder sowie Gemeinden) zur Förderung der österreichweiten Zusammenarbeit und um Vorschläge für einheitliche Qualitätsmindeststandards in der Elementarpädagogik zu erarbeiten
- Anerkennung der Bedeutung des zivilgesellschaftlichen Engagements und dessen Organisationen für die Demokratie; die Bundesregierung bekennt sich weiterhin dazu, einen aktiven Dialog und respektvollen Umgang mit Nichtregierungsorganisationen zu fördern[330]

Die Grünen, die dank der ÖVP mit großer politischer Macht ausgestattet worden sind, werten die NGOs weiter auf, da sie für ihren Machterhalt, Machtausbau, die Umsetzung ihrer politischen Ziele, die Bekämpfung ihrer politischen Gegner unentbehrlich sind und eine Fülle von anderen Funktionen und Aufgaben für sie übernehmen. NGOs sind zu wichtigen politischen Playern aufgestiegen, sie sind für das linksalternative grüne Milieu ein wichtiges Instrument zur Beeinflussung der öffentlichen Meinung und der Politik.

Dabei müssen NGOs keine demokratischen Mehrheiten erringen, müssen sich keinen Wahlen stellen. Ihr Einfluss und ihre Relevanz entstehen durch die anderen Akteure des linken Netzwerkes, durch Medien, Politik, Universitäten etc. NGOs haben für ihr Tun, für ihre politische Arbeit keine demokratische Legitimation. Da sich Grüne bei ihrer Einwanderungs- oder Umweltpolitik selten auf die Mehrheit der Bürger stützen können, berufen sie sich auf die Meinungen, Forderungen und Expertisen der NGOs, also mehr oder weniger auf sich selbst. Es ist ein selbstreferenzielles System, das die Bedingungen seiner Fortexistenz aus sich selbst reproduziert. Der Bürger ist nur Objekt, Staffage.

Entsprechend dicht sind Verbindungen und Verflechtungen zwischen den NGOs und dem grünen Parteienapparat. So war die grüne Infrastrukturministerin Leonore Gewessler „politische Geschäftsführerin“ von GLOBAL 2000, im Nationalrat sitzen für die Grünen ehemalige Mitarbeiter bzw. Aktivisten von Greenpeace, ATTAC, dem Verein für Frauen- und Gleichstellungspolitik (Frauenvolksbegehren), Welthaus, Verein IGA, Stopp Temelin und STOPP GATS, um nur einige zu nennen.

Dass die Macht, der Einfluss und die Bedeutung der Grünen weit über deren Wahlergebnisse hinausgehen, wurde bereits thematisiert. Die Grünen haben alle relevanten gesellschaftlichen Bereiche durchdrungen, den Marsch durch die Institutionen erfolgreich abgeschlossen. In den meinungsbildendenden, also in den gesellschaftlichen Schlüsselbereichen haben sie eine Vormachtstellung errungen, in einigen sogar ein De-facto-Monopol, etwa in der Kunst oder an den Universitäten. Man kann hier von einem Tiefen Staat sprechen, der, egal welche politischen Kräfte die gerade aktuelle Regierung stellen, die eigentliche Macht im Land darstellt, weil er die wichtigen Schaltstellen einer Gesellschaft besetzt hält.

Von linker Seite wird das gern als rechte Verschwörungstheorie abgetan. Wie real und mächtig diese grün-linken Netzwerke sind, und dass es sich dabei um keine Verschwörung, sondern um ein Zusammenspiel unterschiedlicher politischer Kräfte und Interessengruppen handelt, die in zentralen Belangen die gleichen Ziele verfolgen, zeigte sich in der kurzen türkis-blauen Ära. Obwohl die Bevölkerung für eine konservativ-rechte Wende gestimmt hatte, scheiterte diese an den Kräften des Tiefen Staates, die erfolgreich mit ihren zum Teil subversiven Methoden gegen eine populäre Regierung und die Bürger arbeiteten, schließlich die Koalition sprengten und eine Regierung mit grüner Beteiligung installieren konnten.

5. Literatur

Bachmayer, Wolfgang: Soziogramm der Grünen. In: Politische Bildung: Zeitschrift für Erwachsenenbildung; Organ des Österreichischen Instituts für Politische Bildung, PB 2/1983

Bordieu, Pierre: Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft, Frankfurt am Main 1987

Dancygier, Rafaela M.: Dilemmas of Inclusion. Muslims in European Politics, Princeton 2017

Erhard, Ludwig: Wohlstand für Alle, Köln 2009 (Originalausgabe 1957)

Fanon, Frantz: Die Verdammten dieser Erde, Frankfurt am Main 1981

Foltin, Robert: Und wir bewegen uns doch. Soziale Bewegungen in Österreich, Wien 2004

Grandt, Michael: Die Grünen. Zwischen Kindersex, Kriegshetze und Zwangsbeglückung, Rottenburg 2015

ders.: Kommt die Klima-Diktatur? Eine faktenreiche Analyse des grünen Klimawahns, Rottenburg 2019

Grau, Alexander: Hypermoral. Die neue Lust an der Empörung, München 2017

Gruppe Revolutionärer Marxisten: Nein zu den AKWs, nein zur Profitgier des Kapitals, Wien 1978

Güllner, Manfred: Die Grünen. Höhenflug oder Absturz, Freiburg im Breisgau 2012

Hayek, Friedrich August von: Freiburger Studien. Gesammelte Aufsätze, Tübingen 1969

Haidinger, Martin: Der Krämer und das Bürgerkind. Skizzen schwarzgrüner Befindlichkeiten. In: Astrid Dolak et al. (Hg.), Die ökosoziale Wende? Wien 2004

ders.: Jedermanns Land. Österreichs Reise in die Gegenwart, Wien 2018

Hobek, Martin: Molotow-Müsli. Die marxistische Vergangenheit und Gegenwart der „Grün"-Alternativen, Wien 1994

Institut für Staatspolitik (Hg.): Die Grünen. Deutschfeinde auf der Regierungsbank, Steigra 2019

Levy, William: Unser Freund Otto Mühl. Eine Studie zum Kulturschock, Löhrbach 1998

Lünenborg, Margreth / Berghofer, Simon: Politikjournalistinnen und -journalisten. Aktuelle Befunde zu Merkmalen und Einstellungen vor dem Hintergrund ökonomischer und technologischer Wandlungsprozesse im deutschen Journalismus. Eine Studie im Auftrag des Deutschen Fachjournalisten-Verbandes (DFJV), Berlin 2010

Meier-Bergfeld, Peter: Linksextremismus in Österreich. In: Knütter, Hans-Helmuth/Winckler, Stefan (Hg.): Handbuch des Links-Extremismus. Die unterschätzte Gefahr, Graz/Stuttgart 2002

Pruckner, Othmar: Eine kurze Geschichte der Grünen, Wien 2005

Reichel, Werner: Die roten Meinungsmacher. SPÖ-Rundfunkpolitik von 1945 bis heute, Baden-Baden 2012

ders.: Der deutsche Willkommenswahn. Eine Chronik in kommentierten Zitaten 2015–2016, Wien 2018

ders.: Kickl muss weg. Der schmutzige Kampf um die Macht, Wien 2019

ders. (Hg.): Europa 2030. Wie wir in zehn Jahren leben, Wien 2020

Sarasin, Paul: Weltnaturschutz, Basel 1911

Schandl, Franz / Schattauer, Gerhard: Die Grünen in Österreich. Entwicklung und Konsolidierung einer politischen Kraft, Wien 1995

Schelsky, Helmut: Die Arbeit tun die anderen. Klassenkampf und Priesterherrschaft der Intellektuellen, Opladen 1975

Ulram, Peter / Christian, Reinhold: Grün-alternative Parteien in österreichischen Gemeinden. Forschungsbericht 47/88, Wien 1988

Vanek, Marco: Von der Bewegung zur Partei. Die Entwicklung der Grünen in Oberösterreich, Wien 2007

Walcher, Susanne Heidelinde: Die RAF und ihre Erben. Linker Terror der sechziger bis neunziger Jahre. Mit Berücksichtigung der österreichischen linksextremen Szene, Wien 1996

Witzeling, Daniel / Witzeling, Fabio: Wenn der Wind sich dreht. Zeitfenster in eine neue politische Ära, Wien 2018

Witzeling, Fabio: Welches Europa? Eine Potentialanalyse des europäischen Gedankens. In: Reichel, Werner (Hg.): Europa 2030. Wie wir in zehn Jahren leben, Wien 2020

6. Quellenverzeichnis

1 Orwell 2002, Seite 200
2 https://de.wikipedia.org/wiki/Lebensreform
3 Sarasin 1911, Seite 2
4 Prickner 2005, Seite11
5 https://www.deutschlandfunk.de/appelle-des-20-jahrhunderts-3-die-grenzen-des-wachstums-1972.724.de.html?dram:article_id=418360
6 siehe Güllner 2012, Kapitel: Die Entstehung der Grünen
7 siehe Güllner 2012, Kapitel: Fazit und Ausblick
8 siehe Güllner 2012, Kapitel: Die Entstehung der Grünen
9 https://www.focus.de/politik/deutschland/politik-einst-kommunist-heut-gruen_aid_614542.html
10 https://www.nachrichten.at/oberoesterreich/Als-bei-Enns-ein-Atomkraftwerk-geplant-war;art4,2825438
11 siehe Pruckner 2005, Seite 14
12 siehe etwa: https://www.welt.de/print-welt/article587130/Die-Friedensbewegung-war-kommunistisch-unterwandert.html
13 siehe Pruckner 2005, Seite 22
14 siehe Pruckner 2005, Seite 25
15 https://www.global2000.at/erfolge
16 siehe Pruckner 2005, Seite 37
17 siehe Hobek 1994, Seite 51
18 siehe Hobek 1994, Seite 51
19 https://www.diepresse.com/4893199/grunen-mitbegrunderin-freda-meissner-blau-gestorben
20 https://www.profil.at/oesterreich/gruenen-wie-oesterreich-7634347
21 siehe Hobek 1994, Seite 73
22 siehe Hobek 1994, Seite 74
23 siehe Hobek 1994, Seite 75
24 https://www.spiegel.de/spiegel/print/d-40606485.html
25 https://www.zeit.de/2016/40/opposition-gruene-afd-wahl
26 https://www.spiegel.de/spiegel/print/d-40606485.html
27 https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/gruendung-der-gruenen-aller-anfang-verlangt-verlierer-13664398.html
28 siehe Hobek 1994, Seite 74
29 siehe Hobek 1994, Seite 79
30 Profil zitiert nach Hobek 1994, Seite 240
31 siehe Hobek 1994, Seite 85
32 siehe Hobek 1994, Seite 91f
33 siehe Hobek 1994, Seite 99
34 https://www.meineabgeordneten.at/Abgeordnete/birgit.hebein
35 https://akin.mediaweb.at/2012/19/19hebein.htm
36 https://www.wiwo.de/politik/deutschland/bettina-roehl-direkt-der-gruene-hass/8899878-5.html
37 https://kurier.at/politik/inland/streit-zwischen-glawischnig-und-jungen-gruenen-worum-geht-es-eigentlich/256.037.939
38 https://de.wikipedia.org/wiki/Die_Gr%C3%BCnen_%E2%80%93_Die_Gr%C3%BCne_Alternative
39 https://de.wikipedia.org/wiki/Pazifismus
40 https://www.heute.at/s/arzt-befund-demonstrantin-war-gar-nicht-schwanger-27525203
41 https://www.heute.at/s/arzt-befund-demonstrantin-war-gar-nicht-schwanger-27525203
42 https://www.diepresse.com/3807537/anti-identitaren-demo-festgenommene-war-nicht-schwanger
43 Friedrich-Naumann-Stiftung (Hg.), Seite 28 zitiert nach Grandt 2015, Seite 62
44 siehe Grandt 2015, Seite 69ff
45 Die RAF-Terroristin Margit Schiller schrieb in ihrer Biografie: „Als ich dorthin kam [gemeint: Frankfurt], lud mich Daniel Cohn-Bendit ein, in seiner Wohnung zu wohnen. Ich nahm sein Angebot an und blieb ein paar Tage dort. Er wohnte mit Joschka Fischer und anderen in einer großen Altbauwohnung." Siehe https://www.tagesspiegel.de/politik/fischers-vergangenheit-v-mann-mischte-in-putzgruppe-mit/202962.html
46 siehe Hobek 1994, Seite 35
47 siehe Hobek 1994, Seite 39
48 https://de.wikipedia.org/wiki/Ingrid_Strobl
49 siehe Hobek 1994, Seite 167
50 siehe Hobek 1994, Seite 173
51 https://de.wikipedia.org/wiki/Ingrid_Strobl
52 https://www.spiegel.de/geschichte/revolutionaere-zellen-als-die-feierabendterroristen-1987-aufflogen-a-1301140.html
53 https://www.diepresse.com/1448386/gaddafi-grune-und-der-wahlkampf
54 https://www.diepresse.com/1448386/gaddafi-grune-und-der-wahlkampf
55 siehe Hobek 1994, Seite 126
56 http://366xgruen.at/aegidi-spalo-raeumung
57 siehe Meier-Bergfeld 2002, Seite 149
58 https://de.wikipedia.org/wiki/TATblatt
59 https://www.focus.de/politik/ausland/oesterreich-kleine-spende-grosse-wirkung_aid_151718.html
60 TATblatt 7/93 zitiert nach Meier-Bergfeld 2002, Seite 150
61 TATBlatt 23.März 1989; minus 94 nummer
62 https://www.derstandard.at/story/2000014123745/die-akte-ebergassing-zwei-tote-im-goldwald
63 https://de.wikipedia.org/wiki/Birgit_Hebein
64 siehe Meier-Bergfeld 2002, Seite 149
65 siehe Hobek 1994, Seite 156
66 https://www.diepresse.com/5587187/als-bei-der-opernball-demo-steine-flogen
67 https://www.diepresse.com/5587187/als-bei-der-opernball-demo-steine-flogen
68 https://www.diepresse.com/5587187/als-bei-der-opernball-demo-steine-flogen
69 https://www.vice.com/de_at/article/vvvdpm/die-geschichte-des-akademikerballs-und-seiner-proteste
70 https://www.vice.com/de_at/article/vvvdpm/die-geschichte-des-akademikerballs-und-seiner-proteste
71 https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20110127_OTS0139/steinhauser-zu-wkr-ball-demo-verbot-durch-polizei-pure-eskalation
72 https://www.heute.at/s/-29960192
73 https://www.diepresse.com/727732/wkr-ball-burschen-bombe-weichspuler
74 https://www.heute.at/s/-29960192
75 https://www.derstandard.at/story/1326503977812/burschenschafterball-6000-teilnehmer-bei-anti-wkr-demo

76 siehe https://www.diepresse.com/1555982/akademikerball-noch-eine-grune-problemseite
77 https://www.diepresse.com/1555918/uni-wien-oh-geld-fur-protest-gegen-akademikerball
78 https://www.diepresse.com/1555918/uni-wien-oh-geld-fur-protest-gegen-akademikerball
79 https://kurier.at/chronik/wien/akademikerball-in-wien-schwere-krawalle-nach-demo-teuerster-polizeieinsatz/47.882.825
80 https://kurier.at/chronik/wien/akademikerball-in-wien-schwere-krawalle-nach-demo-teuerster-polizeieinsatz/47.882.825
81 https://kurier.at/chronik/wien/akademikerball-in-wien-schwere-krawalle-nach-demo-teuerster-polizeieinsatz/47.882.825
82 https://orf.at/v2/stories/2215503/2215504/
83 https://www.diepresse.com/1554445/akademikerball-grune-klausur-mit-heftigen-ball-nachwehen
84 https://kurier.at/chronik/wien/akademikerball-polizei-verfolgt-spur-zu-studenten-politikerinnen/48.948.699
85 https://www.diepresse.com/1554445/akademikerball-grune-klausur-mit-heftigen-ball-nachwehen
86 https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20140125_OTS0023/fpoe-strache-zu-akademikerball-rot-gruene-stadtregierung-ist-ruecktrittsreif
87 https://www.krone.at/2085380
88 https://www.krone.at/2085380
89 https://michael-klonovsky.de/acta-diurna/item/1105-16-april-2019
90 https://www.tagesspiegel.de/politik/political-correctness-die-masslosigkeit-der-fortschrittlichen-und-der-basket-of-deplorables/14961874-2.html
91 https://www.achgut.com/artikel/intellektuelle_im_kreisverkehr
92 https://www.zeit.de/2016/40/opposition-gruene-afd-wahl
93 https://www.zeit.de/2016/40/opposition-gruene-afd-wahl
94 https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20181216_OTS0001/kogler-ergebnisse-von-katowice-sind-ungenuegend-um-klimakollaps-zu-stoppen
95 Güllner 2012: Kapitel: Die Entstehung der Grünen
96 Güllner 2012: Kapitel: Die Entstehung der Grünen
97 https://www.ruhrbarone.de/die-neuen-eliten-der-dinkelbroetchen-kauende-duenkel/178426?fbclid=IwAR2PTNKbaNIQ4MAqDt7UYDBvAR-Et4yZawqYdoWECvBFjVRwZ2Snf66d6kE
98 https://www.ruhrbarone.de/die-neuen-eliten-der-dinkelbroetchen-kauende-duenkel/178426?fbclid=IwAR2PTNKbaNIQ4MAqDt7UYDBvAR-Et4yZawqYdoWECvBFjVRwZ2Snf66d6kE
99 Grau 2018, Seite 95
100 siehe Broder 2017
101 https://www.handelsblatt.com/archiv/von-volkspartei-zur-30-prozent-heulsusentruppe-warum-zerfaellt-die-spd/2920272.html?ticket=ST-445231-1yXwvUzIqNBoced1aAhE-ap5
102 https://www.nzz.ch/feuilleton/wokeness-gesteigerte-form-der-political-correctness-ld.1534531?mktcid=smch&mktcval=fbpost_2020-01-20&fbclid=IwAR0p7xfg3fs8VZfFwn4qWqtUIFX-UdpISmPImf5BJutGR3ZEYZbPqnqdT8o
103 https://www.tichyseinblick.de/tichys-einblick/klima-der-neue-klassenkampf/
104 zitiert nach Hobek 1994, Seite 47
105 https://www.tichyseinblick.de/daili-es-sentials/frau-illner-spricht-von-klimaschaedling/
106 http://nymag.com/intelligencer/2018/03/the-paris-climate-accords-are-starting-to-look-like-fantasy.html
107 https://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/extinction-rebellion-analyse-der-klima-rebellen-a-1290401.html
108 https://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/extinction-rebellion-analyse-der-klima-rebellen-a-1290401.html
109 siehe Grandt 2019, eBook, Kapitel 1
110 siehe Grandt 2019, eBook, Kapitel 1
111 siehe Grandt 2019, eBook, Kapitel 1
112 Gruppe Revolutionärer Marxisten, 1978, Seite 14
113 Gruppe Revolutionärer Marxisten, 1978, Seite 143
114 Klima-Aktivisten fordern, aufgrund des CO2 -Ausstoßes auf Kinder zu verzichten.
115 https://www.focus.de/magazin/archiv/fridays-for-future-gegen-kapitalismus_id_10874335.html
116 https://www.focus.de/magazin/archiv/fridays-for-future-gegen-kapitalismus_id_10874335.html
117 https://www.welt.de/wirtschaft/article199150059/Fridays-for-Future-Sozialismus-hilft-dem-Klima-nicht.html
118 https://www.focus.de/wissen/klima/es-macht-mich-traurig-besuch-in-hambach-klimaaktivistin-greta-thunberg-fordert-schnelleren-kohleausstieg_id_11018252.html
119 https://www.welt.de/wirtschaft/article199150059/Fridays-for-Future-Sozialismus-hilft-dem-Klima-nicht.html
120 https://www.focus.de/politik/sicherheitsreport/revolutionaerer-umbruch-links extreme-unterwandern-klimastreiks-wie-radikale-systemgegner-das-greta-phaenomen-fuer-sich-nutzen_id_11197067.html
121 https://www.focus.de/politik/sicherheitsreport/revolutionaerer-umbruch-links extreme-unterwandern-klimastreiks-wie-radikale-systemgegner-das-greta-phaenomen-fuer-sich-nutzen_id_11197067.html
122 https://www.tichyseinblick.de/meinungen/die-psychologie-des-gruenen-erfolgs/
123 https://www.achgut.com/artikel/von_wegen_klima._es_geht_um_das_system
124 https://www.misesde.org/2020/02/die-arbeit-tun-die-anderen-helmut-schelskys-abrechnung-mit-der-priesterherrschaft-der-intellektuellen/
125 https://www.welt.de/wirtschaft/article199150059/Fridays-for-Future-Sozialismus-hilft-dem-Klima-nicht.html
126 https://de.wikipedia.org/wiki/Leugnung_der_menschengemachten_globalen_Erw%C3%A4rmung
127 https://www.tichyseinblick.de/tichys-einblick/klima-der-neue-klassenkampf/
128 https://www.welt.de/debatte/kommentare/article13466483/Die-CO2-Theorie-ist-nur-geniale-Propaganda.html
129 https://www.donaukurier.de/nachrichten/bayern/Eike-muss-draussen-bleiben;art155371,4396753
130 https://www.tagesspiegel.de/politik/nh-hotelgruppe-laedt-eike-aus-klimawandel-leugner-muessen-sich-neuen-veranstaltungsort-suchen/25222726.html
131 https://www.diepresse.com/529062/der-prophet-der-klimareligion
132 https://www.welt.de/politik/deutschland/article191860105/Berliner-Bischof-Mich-erinnern-die-Freitagsdemos-an-die-biblische-Szene-vom-Einzug-Jesu.html
133 https://www.tichyseinblick.de/meinungen/die-terrorisierung-des-privaten-durch-das-politische/

134 https://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/gruenen-waehler-halten-rekord-bei-flugreisen-a-1002376.html
135 https://www.welt.de/politik/deutschland/article190618117/Greta-Thunberg-aendert-Meinung-zur-Atomkraft-Sprecher-wendet-sich-an-Zeitung.html
136 https://www.spiegel.de/politik/deutschland/historikerin-silke-mende-ueber-die-gruenen-wie-haelt-es-die-partei-mit-der-wissenschaft-a-22a6c20d-9299-454b-87de-20eeee6b1764
137 https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/klimahysterie-im-ersten-ard-hat-fuer-zwangsmassnahmen-was-uebrig-16297485.html
138 siehe Haidinger 2004
139 siehe Grandt 2019, eBook Einleitung
140 https://www.achgut.com/artikel/von_wegen_klima._es_geht_um_das_system
141 https://de.wikipedia.org/wiki/German_Angst
142 https://www.welt.de/geschichte/article182383980/German-Angst-Warum-End zeitaengste-deutsche-Debatten-befeuern.html
143 https://www.cicero.de/innenpolitik/die-gr%C3%BCne-unschuld/39851
144 https://www.tichyseinblick.de/meinungen/die-psychologie-des-gruenen-er folgs/
145 https://www.cicero.de/innenpolitik/die-gr%C3%BCne-unschuld/39851
146 https://www.zeit.de/2019/12/alte-weisse-maenner-sophie-passmann-feminis mus
147 https://www.achgut.com/artikel/die_leichtigkeit_des_alter_weisser_mann_seins
148 https://ze.tt/maenner-seid-weniger-bedrohlich/
149 https://www.achgut.com/artikel/gefaehrliche_weisse_heterosexuelle_maenner
150 siehe Reichel 2018, Seite 60
151 https://www.gruene.at/gruener-fluechtlingsplan
152 https://jungefreiheit.de/politik/ausland/2014/pruef-dein-privileg/
153 siehe Grandt 2019, eBook Einleitung
154 https://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/die-taz-muss-20-000-euro-an-thilo-sarrazin-zahlen-a-916975.html
155 https://www.zeit.de/kultur/2019-06/konsumverhalten-verbote-gesetze-veraen derungen-gewohnheit-freiheit/seite-2
156 https://www.zeit.de/kultur/2019-06/konsumverhalten-verbote-gesetze-veraen derungen-gewohnheit-freiheit/seite-2
157 https://www.deutschlandfunk.de/gruenen-chef-habeck-verbote-sind-die-bedin gung-fuer-freiheit 4
158 https://www.welt.de/geschichte/article187670614/Rosa-Luxemburg-Was-Frei heit-der-Andersdenkenden-wirklich-meint.html
159 https://www.grin.com/document/492831
160 Mit einer Strafandrohung von bis zu fünf Jahren. Siehe: https://www.oesterreich.gv.at/themen/bildung_und_neue_medien/internet_und_handy___sicher_durch_die_digitale_welt/3/3/Seite.1720220.html
161 https://www.tichyseinblick.de/tichys-einblick/claudia-roth-poebelt-nicht-sie-la esst-poebeln/
162 https://www.stopptdierechten.at/2020/01/10/unterbergers-enthemmung-vom-presse-chefredakteur-zum-rechten-online-troll-teil-1-voelkischer-antifemi nismus/
163 https://www.tagesschau.de/ausland/strache-oesterreich-notbremse-101.html
164 https://www.derstandard.at/story/2000109120036/presseratstrache-und-gu denus-karikatur-als-ratten-laut-kein-verstoss
165 siehe Reichel 2018, Seite 97
166 https://www.derstandard.at/story/1297822157182/jean-ziegler-will-nach-salz burg-kommen
167 https://kurier.at/meinung/kommentare/innenpolitik/sturm-im-wasser glas/122.998.769
168 Witzeling/Witzeling 2018, Seite
169 https://www.achgut.com/artikel/wie_die_gruenen_die_politik_vor_dem_netz_schuetzen_wollen
170 siehe Reichel 2019, Seite 123
171 siehe Reichel 2019, Seite 130
172 https://www.tichyseinblick.de/meinungen/die-terrorisierung-des-privaten-durch-das-politische/
173 https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/ideen-der-gruenen-heute-schon-was-verboten-12283234.html
174 https://www.welt.de/debatte/kommentare/article118713752/Der-Veggie-Day-der-Gruenen-eine-dumme-Idee.html
175 https://www.tichyseinblick.de/tichys-einblick/klima-der-neue-klassenkampf/
176 https://www.ortneronline.at/der-angriff-auf-das-eigentum/
177 https://www.oe24.at/oesterreich/politik/Gruene-wollen-Haelfte-aller-Autos-aus-Wien-verbannen/417371911
178 https://www.zeit.de/gesellschaft/zeitgeschehen/2017-10/heimat-katrin-goe ring-eckardt-frank-walter-steinmeier
179 https://ze.tt/warum-der-begriff-heimat-nicht-zu-retten-ist
180 https://ze.tt/warum-der-begriff-heimat-nicht-zu-retten-ist
181 https://www.wienerzeitung.at/nachrichten/politik/oesterreich/959396-Gruene-Heimat-blaue-Heimat.html
182 https://www.achgut.com/artikel/das_wieselwort_sozial_oder_die_kunst_begrif fe_zu_entleeren
183 https://www.gruene-bundestag.de/themen/kultur/politik-heimat-herkunft
184 https://www.derstandard.at/story/2000108895811/deutscher-gruenen-chef-habeck-heimat-ist-ein-versprechen-fuer-alle
185 https://www.faz.net/aktuell/feuilleton/debatten/fluechtlingspolitik-migration-als-reflexzonenmassage-14041777.html
186 Reichel 2018, Seite 72
187 https://www.facebook.com/dieGRAS/posts/no-border-no-nation-stop-depor tation/10151744119347287/
188 https://www.derstandard.at/story/3147516/gruen-alternative-jugend-plaka tiert-wer-oesterreich-liebt-muss-scheisse-sein
189 Rousseau war einer der bekanntesten Vertreter jener These, dass der von der Zivilisation unverdorbene Mensch, der „edle Wilde", dem Idealbild des Menschen entspreche.
190 https://www.achgut.com/artikel/die_kleine_welt_der_gruenen_kosmopoliten
191 Witzeling 2020, Seite 141
192 Witzeling 2020, Seite142
193 https://josefstadt.gruene.at/mitmachen/termine/republik-europa-robert-menas se-im-gespraech-mit-werner-kogler
194 https://www.ruhrbarone.de/die-neuen-eliten-der-dinkelbroetchen-kauende-duenkel/178426?fbclid=IwAR2PTNKbaNIQ4MAqDt7UYDBvAR-Et4yZaw qYdoWECvBFjVRwZ2Snf66d6kE
195 https://www.spiegel.de/politik/deutschland/die-gruenen-im-aufschwung-eine-vision-fuer-die-zukunft-fehlt-a-1289731.html
196 https://www.arminwolf.at/2018/01/06/anywheres-und-somewheres/

197 https://www.achgut.com/artikel/die_kleine_welt_der_gruenen_kosmopoliten
198 Güllner 2012, Kapitel: Fazit und Ausblick
199 Güllner 2012, Kapitel: Fazit und Ausblick
200 Bachmayer 1983, Seite 19
201 https://www.achgut.com/artikel/intellektuelle_im_kreisverkehr
202 https://www.andreas-unterberger.at/2019/11/hilfe-die-grnen-kommen/
203 Grau 2018, Seite 103
204 https://www.derstandard.at/story/3147516/gruen-alternative-jugend-plakatiert-wer-oesterreich-liebt-muss-scheisse-sein
205 https://www.facebook.com/watch/?v=589546811787231
206 Christian/Ulram 1988, Seite 47f
207 Zeitschrift Impuls 7/1989, Seite 19
208 Zeitschrift Impuls 3/1990, Seite 4
209 https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_19981114_OTS0029/van-der-bellen-fordert-halbierung-der-staerke-des-bundesheers
210 https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_19981114_OTS0029/van-der-bellen-fordert-halbierung-der-staerke-des-bundesheers
211 https://www2.sosmitmensch.at/rekordbeteiligung-bei-pass-egal-wahl-2019
212 https://www.gruene.at/themen/demokratie-verfassung/wer-hier-lebt-soll-hier-waehlen-duerfen
213 https://www.diepresse.com/1433229/wen-die-wiener-migranten-wahlen
214 https://www.diepresse.com/1433229/wen-die-wiener-migranten-wahlen
215 https://www.krone.at/554443
216 https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/arm-und-reich/princeton-studie-sozialleistungen-locken-zuwanderer-16492033.html?GEPC=s2&fbclid=IwAR0h_7dnCqEs9NBaLI212kCMXKWS2-YvWKBOI378EH2gkZ1FRahbrE0GXG8
217 https://www.diepresse.com/1423263/rot-grune-politiker-als-Erdoğan-fans
218 https://www.diepresse.com/1423263/rot-grune-politiker-als-Erdoğan-fans
219 Siehe dazu Dancygier 2017
220 https://www.wiwo.de/politik/deutschland/bettina-roehl-direkt-der-gruene-hass/8899878-5.html
221 Dancygier 2017, Seite 90
222 https://www.wiwo.de/politik/deutschland/bettina-roehl-direkt-der-gruene-hass/8899878-5.html
223 https://www.cicero.de/innenpolitik/leitbild-der-friedrichebertstiftung-der-umbau-von-deutschland
224 https://www.achgut.com/artikel/die_unheimliche_ansage_der_angela_merkel
225 siehe Frank&Frei 02/2017, Seite 68
226 Winkler 2015
227 Flaig 2017
228 https://www.deutschlandfunk.de/kursiv-wiedergelesen.1310.de.html?dram:article_id=193745
229 https://en.wikipedia.org/wiki/White_privilege
230 Reichel 2018, Seite 355
231 https://www.zeit.de/1991/48/wenn-der-westen-unwiderstehlich-wird
232 https://www.anschober.at/presse/artikel/ausbildung-statt-abschiebung-eine-initiative-setzt-sich-durch-1/
233 https://www.faz.net/aktuell/gesellschaft/menschen/2100-koennten-4-3-milliarden-menschen-in-afrika-leben-16240911.html
234 Das sagte Katrin Göring-Eckardt auf der EKD-Synodale 2015. Siehe dazu Reichel 2018, Seite 323
235 https://www.zeit.de/1991/48/wenn-der-westen-unwiderstehlich-wird
236 https://de.wikipedia.org/wiki/Caritas_%C3%96sterreich
237 Thagizadegan 2016
238 ÖIF-Forschungsbericht: Junge Menschen mit muslimischer Prägung in Wien – Zugehörigkeiten, Einstellungen, Abwertungen; https://www.integrationsfonds.at/mediathek/mediathek-publikationen/publikation/forschungsbericht-junge-menschen-mit-muslimischer-praegung-in-wien-213
239 https://www.aliceschwarzer.de/artikel/die-herkunft-spielt-eine-rolle-336505
240 Reichel 2018, Seite 392
241 Reichel 2018, Seite 392
242 siehe Reichel 2018, Seite 549
243 https://www.diepresse.com/5761014/van-der-bellen-wichtiger-was-im-kopf-ist-als-auf-dem-kopf
244 https://orf.at/stories/3150943/
245 https://www.nzz.ch/international/unruhe-bei-deutschlands-gruenen-hinter-dem-feigenblatt-der-religionsfreiheit-versteck-ld.1538244?fbclid=IwAR205YiSvb-0-mXKaH1ItMJ5Wowa5bFxLqgTOm04hZ2j_mLzuJlvHSLgXOk
246 https://www.emma.de/artikel/im-habeck-land-salafisten-gruene-pro-burka-336721?fbclid=IwAR028zYa91P5fkQGPdymlHZc1A7zsRhGX4qSv9d6elxeqjqUdKux79IZEA0
247 https://www.nzz.ch/international/fall-mila-frankreich-diskutiert-ueber-das-verhaeltnis-zur-religion-ld.1538447?fbclid=IwAR3rxGIrRGbv3ZmEd83L1pfEpkV-StZ3gGNCX8BjRd_zoAiwc_G1dwxUgys
248 https://christian-felber.at/buecher/die-gemeinwohl-oekonomie/
249 https://www.gbw.at/bund/veranstaltungen/ereignisansicht/event/attac-aktionsakademie/
250 https://www.derstandard.at/story/1363706673800/gemeinwohl-oekonomie-ideologische-retro-fantasien
251 http://www.eu-infothek.com/gemeinwohl-oekonomie-als-indien-von-armut-auf-wachstum-schaltete/
252 Hayek 1969, Seite 11
253 https://www.gruene.at/partei/programm/wahlprogramme
254 https://www.gruene.at/partei/programm/wahlprogramme
255 http://366xgruen.at/wp-content/uploads/2016/08/gal-kurzprogramm.pdf
256 Erhard 2009, Seite 17
257 Erhard 2009, Seite 23
258 http://www.betriebswirtschaft-lernen.net/erklaerung/planwirtschaft/
259 https://www.slp.at/artikel/venezuela-gescheitert-ist-nicht-der-sozialismus-sondern-der-reformismus-9368
260 https://www.krone.at/427045
261 https://www.nzz.ch/international/deutschland/das-einfallstor-zum-sozialismus-in-deutschland-scheint-gefunden-ld.1473562
262 https://www.nzz.ch/international/deutschland/das-einfallstor-zum-sozialismus-in-deutschland-scheint-gefunden-ld.1473562
263 https://www.diepresse.com/5469846/georg-willi-will-innsbrucker-bauland-fur-sozialen-wohnbau-beschlagnahmen
264 https://www.heute.at/s/hebein-wir-brauchen-um-die-halfte-weniger-autos--44367047
265 https://www.eike-klima-energie.eu/2019/06/26/grosse-transformation-der-gang-in-die-knechtschaft/?print=print
266 https://www.voestalpine.com/group/de/media/presseaussendungen/2015-10-01-studie-schleichende-abwanderung-energieintensiver-industrie-droht/

267 https://steiermark.orf.at/stories/3029078/
268 https://www.boell.de/de/2014/09/09/die-wege-zur-gruenen-transformation-der-wirtschaft
269 https://www.boell.de/de/2014/09/09/die-wege-zur-gruenen-transformation-der-wirtschaft
270 https://www.eike-klima-energie.eu/2019/06/26/grosse-transformation-der-gang-in-die-knechtschaft/?print=print
271 Team Stronach Akademie (Hg.) 2016
272 https://www.spiegel.de/politik/deutschland/historikerin-silke-mende-ueber-die-gruenen-wie-haelt-es-die-partei-mit-der-wissenschaft-a-22a6c20d-9299-454b-87de-20eeee6b1764
273 http://366xgruen.at/wp-content/uploads/2016/08/gal-kurzprogramm.pdf
274 https://www.gruene.at/partei/chronik/ueberblick/vorgeschichte-der-gruenen.pdf
275 https://de.wikipedia.org/wiki/Geschichte_der_Gr%C3%BCnen_%E2%80%93_Die_Gr%C3%BCne_Alternative
276 https://www.misesde.org/2020/02/die-arbeit-tun-die-anderen-helmut-schelskys-abrechnung-mit-der-priesterherrschaft-der-intellektuellen
277 https://kurier.at/politik/inland/van-der-bellen-warnt-vor-blauer-republik-und-alpen-mordor/230.876.039
278 https://www.sn.at/politik/innenpolitik/kritik-an-werbepreis-fuer-frau-gertrude-im-bp-wahlkampf-7873045
279 https://www.kleinezeitung.at/politik/bundespraesident/5105607/Konzentrationslager_Barroso-attackiert-Hofer-mit-NaziVergleich
280 https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20161027_OTS0014/oellinger-hofer-soll-sich-von-strache-sagern-und-kickl-auftritt-distanzieren
281 https://www.xn--sterreich-z7a.at/politik/Haeupl-Das-Gute-hat-das-Boese-besiegt/261245154
282 https://www.achgut.com/artikel/nazis_angebot_und_nachfrage
283 https://www.wienerzeitung.at/_em_daten/_wzo/2020/01/02/200102-1510_regierungsprogramm_2020_gesamt.pdf
284 https://www.andreas-unterberger.at/2020/02/22-sterreichische-widerlichkeiten/?fbclid=IwAR3G6LrWVNA5pD2A4oNZ0akFry5y9ZgU4Jw4zC9M7nN3p_-D9qTFWcHTbvA
285 Der Name dieses Modells geht auf Joseph P. Overton zurück.
286 https://www.publicomag.com/2019/05/publico-dossier-die-psychologie-des-gruenen-erfolgs/#
287 https://www.publicomag.com/2019/05/publico-dossier-die-psychologie-des-gruenen-erfolgs/#
288 https://www.focus.de/wissen/mensch/allensbach-studie-immer-mehr-tabus-die-deutschen-trauen-sich-immer-weniger-ihre-meinung-zu-sagen_id_11245769.html
289 https://www.bild.de/politik/inland/politik-inland/nach-wahl-in-thueringen-fdp-politiker-bundesweit-als-nazis-beschimpft-68695658.bild.html
290 https://www.tichyseinblick.de/tichys-einblick/ueberall-nazisraus-aber-wo-sind-sie-denn-nur/
291 https://www.tichyseinblick.de/tichys-einblick/ueberall-nazisraus-aber-wo-sind-sie-denn-nur/
292 Verfassungsschutzbericht 2018, Seite 11; https://www.bvt.gv.at/bmi_documents/2344.pdf
293 Güllner 2012, Kapitel: Die ‚grünen' Helfershelfer
294 https://www.profil.at/oesterreich/gruenen-wie-oesterreich-7634347
295 siehe Güllner 2012, Kapitel: Die ‚grünen' Helfershelfer
296 siehe Reichel 2012, Seite 217
297 siehe Lünenborg 2010, Seite 11
298 https://www.zeit.de/2019/16/journalismus-reporter-politischer-aktivismus-verantwortung/seite-2
299 https://www.focus.de/politik/deutschland/schwarzer-kanal/der-schwarze-kanal-warum-sind-die-meisten-journalisten-links_id_11639898.html
300 https://www.spiegel.de/politik/deutschland/s-p-o-n-der-schwarze-kanal-warum-sind-so-viele-journalisten-links-a-895095.html
301 https://www.welt.de/kultur/medien/article185040810/Anja-Reschke-Zeit-sich-mit-der-guten-Sache-gemein-zu-machen.html
302 https://www.zeit.de/2019/16/journalismus-reporter-politischer-aktivismus-verantwortung/seite-2
303 https://www.orf-watch.at/Debatte/2020/01/die-mission-der-orf-klimaprediger?fbclid=IwAR1bYaw_--PZoh7wCp5WcxqJhWjPCvytodbLb_JH8I1WPhsxD0B0ASWoQjo
304 siehe dazu Reichel 2018, Seite 377ff
305 siehe Güllner 2012, Kapitel: Die ‚grünen' Helfershelfer
306 https://kurier.at/politik/inland/imagefalle-gegen-spass-fuer-verbote/214.450.625
307 https://orf.at/v2/stories/2392086/2392085/
308 https://orf.at/v2/stories/2392086/2392085/
309 https://www.oe24.at/oesterreich/politik/Wiens-Gruen-Sender-Okto-TV-missbrauchte-620-000-Euro/413291260
310 siehe Hobek 1994, Seite 55
311 https://www.falter.at/zeitung/20190925/ist-dieser-mann-korrupt/_3b2d6c741d
312 Freilich Politische Studie Nr. 2. Seite 36
313 https://www.welt.de/print-welt/article323415/Intellektueller-Dann-schon-lieber-Pizzabaecker.html
314 https://www.krone.at/1772126
315 https://www.nachrichten.at/panorama/society/ein-armutszeugnis-gabalier-schiesst-scharf-gegen-amadeus-awards;art411,3230088
316 https://www.derstandard.at/story/2000002276391/gruene-empoert-ueber-gabalier-version-ohne-toechter
317 https://www.zeit.de/kultur/musik/2019-02/andreas-gabalier-schlagersaenger-karl-valentin-orden-verleihung-kritik
318 https://www.abendzeitung-muenchen.de/inhalt.narhalla-in-der-kritik-muenchen-gruene-fordern-staedtischen-karl-valentin-preis.c572f2fe-c495-4d8d-956f-8944a891f1cb.html
319 https://www.profil.at/shortlist/oesterreich/hofer-einsam-prominente-unterstuetzung-bundespraesidentschaftswahl-7835407
320 https://www.misesde.org/2020/02/die-arbeit-tun-die-anderen-helmut-schelskys-abrechnung-mit-der-priesterherrschaft-der-intellektuellen/
321 https://www.misesde.org/2020/02/die-arbeit-tun-die-anderen-helmut-schelskys-abrechnung-mit-der-priesterherrschaft-der-intellektuellen/
322 siehe Güllner 2011, Kapitel: Die ‚grünen' Helfershelfer
323 https://www.nzz.ch/feuilleton/niall-ferguson-als-rechter-bist-du-ein-potenzieller-nazi-sozialisten-und-kommunisten-hingegen-sind-moralisch-einwandfreie-sozialdemokraten
324 https://orf.at/stories/3151868/

325 https://www.nzz.ch/feuilleton/niall-ferguson-als-rechter-bist-du-ein-potenzieller-nazi-sozialisten-und-kommunisten-hingegen-sind-moralisch-einwandfreie-sozialdemokraten

326 https://www.achgut.com/artikel/wie_ngos_die_demokratie_untergraben_teil_1

327 https://www.achgut.com/artikel/wie_ngos_die_demokratie_untergraben_teil_1

328 https://www.welt.de/politik/deutschland/plus193468095/NGOs-Die-guten-Meinungsmacher-die-niemand-waehlt.html

329 https://www.wienerzeitung.at/nachrichten/politik/oesterreich/2016138-Oekopartei-ohne-Oekos.html

330 Regierungsprogramm 2020–2024

Guter Journalismus ist eine Frage des Standpunktes.

Tagesstimme

KRITISCH, UNABHÄNGIG UND TÄGLICH FRISCH

www.tagesstimme.com

Vergiss Amazon!

Ob Krimi, Geschichts-, Kinder- oder Liederbuch. Das gesamte deutschsprachige Buchsortiment gibts jetzt online im *Freilich*-Buchladen. Zum gleichen Preis und mit gleicher Liefergeschwindigkeit.

Fördern Sie den patriotischen Buchhandel!

BRISANTER INHALT: **Vorsichtig öffnen!**

Jean Raspail im *Freilich*-Buchladen

Von Jean Raspail sind zur Zeit sechs Bücher in deutscher Übersetzung erhältlich und weitere in Vorbereitung. Sein berühmtestes Werk ist das migrationskritische „Heerlager der Heiligen". Auch alle anderen sind geprägt vom unvergleichlichen Stil des Autors; zuletzt erschien, erstmals auf Deutsch, „Die Axt aus der Steppe" im Wiener Karolinger Verlag.

Alle Bücher erhältlich unter:
freilich-magazin.at/buchladen

Das Heerlager der Heiligen
Antaios, Schnellroda 2015
416 Seiten
ISBN 978-3-944422-12-1
A € 22,70 / D € 22,00

Sieben Reiter [...]
Antaios, Schnellroda 2013
248 Seiten
ISBN 978-3-944422-01-5
A € 19,70 / D € 19,00

Die blaue Insel. Juni 1940
Antaios, Steigra 2018
264 Seiten
ISBN 978-3-944422-07-7
A € 19,54 / D € 19,00

Die Axt aus der Steppe
Karolinger, Wien u. Leipzig 2020, 280 Seiten
ISBN 978-3-85418-186-6
A € 24,00 / D € 24,00

Der Ring des Fischers
Antaios, Steigra 2016
352 Seiten
ISBN 978-3-944422-13-8
A € 22,70 / D € 22,00

Sire
Nova et Vetera, Bonn 2005
242 Seiten
ISBN 978-3-936741-33-9
A € 29,70 / D € 24,00

Freilich
freilich-magazin.at/buchladen

freilich-magazin.at/buchladen

Freilich

WWW.FREILICH-MAGAZIN.AT

IMPRESSUM:
Freilich – Das Magazin für Selbstdenker.
Erscheinungsort: Graz. Medieninhaber und Herausgeber: Freilich Medien Ges.m.b.H.
Redaktion & Verlag: Mandellstraße 7, A-8010 Graz, Österreich. Bankverbindungen: Steiermärkische Graz,
IBAN: AT38 2081 5000 0009 8004, BIC: STSPAT2G; Postbank München, IBAN: DE44 7001 0080 0120 1628 06.
Abonnement-Preise: Österreich Euro 85,–, Deutschland Euro 94,–, Schweiz SFR 99,–
Tel.: +43(0)316/32 70 09, Internet: freilich-magazin.at, E-Mail: redaktion@freilich-magazin.at